



Landtag von Baden-Württemberg

96. Sitzung

14. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 10. Juni 2010 • Haus des Landtags

Beginn: 9:31 Uhr

Mittagspause: 11:47 bis 13:30 Uhr

Schluss: 16:03 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	6783	6. Fragestunde – Drucksache 14/6457	
1. Große Anfrage der Fraktion der FDP/DVP und Antwort der Landesregierung – Fanprojekte in Baden-Württemberg – Drucksache 14/5187.	6783	Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes	6807
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	6783, 6790	Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP.	6807, 6808
Abg. Elke Brunnemer CDU	6784	Minister Dr. Wolfgang Reinhart.	6807, 6808
Abg. Peter Hofelich SPD	6785	7. a) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – Tierversuche in Baden-Württemberg – Drucksache 14/4342	
Abg. Ilka Neuenhaus GRÜNE.	6786	b) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Tierversuche an nicht menschlichen Primaten in Baden-Württemberg – Drucksache 14/4346	6808
Minister Heribert Rech.	6787, 6790	Abg. Renate Rastätter GRÜNE	6808
2. Aktuelle Debatte – Anstieg politisch motivierter Gewalt – Demokratie muss wachsam bleiben – beantragt von der Fraktion der CDU	6790	Abg. Karl Rombach CDU	6810
Abg. Thomas Blenke CDU	6790, 6796	Abg. Fritz Buschle SPD	6811
Abg. Stephan Braun SPD	6792, 6797	Abg. Dieter Ehret FDP/DVP	6812
Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE	6793, 6798	Minister Rudolf Köberle	6813
Abg. Hagen Kluck FDP/DVP	6794, 6799	Beschluss	6814
Minister Heribert Rech.	6794, 6799	8. Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Die Krise ist jung – Sicherung von Beschäftigung und Ausbildung für unter 25-Jährige – Drucksache 14/4347.	6815
3. Wahl der Mitglieder zur 14. Bundesversammlung	6800	Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE	6815, 6821
4. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Meldegesetzes – Drucksache 14/6379.	6800	Abg. Katrin Schütz CDU	6816
Minister Heribert Rech.	6801	Abg. Gunter Kaufmann SPD	6817
Beschluss	6801	Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	6818
5. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landesbankgesetzes – Drucksache 14/6390.	6801	Staatssekretär Georg Wacker	6820
Minister Willi Stächele.	6801, 6806	Beschluss	6823
Abg. Manfred Groh CDU	6802		
Abg. Ingo Rust SPD	6803		
Abg. Eugen Schlachter GRÜNE	6804		
Abg. Dr. Hans-Peter Wetzels FDP/DVP	6805		
Beschluss	6807		

<p>9. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Baden-Württemberg in einer schweren Rezession: Den industriellen Mittelstand mit einem „Baden-Württemberg-Fonds“ unterstützen! – Drucksache 14/4350. 6823</p> <p>Beschluss 6823</p> <p>10. Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Staatsministeriums – Europakompetenz des Landes – Subsidiaritätsprüfung – Mitgestaltung statt Abwehr – Drucksache 14/4341 6823</p> <p>Abg. Jürgen Walter GRÜNE 6823</p> <p>Abg. Thomas Blenke CDU 6825</p> <p>Abg. Peter Hofelich SPD 6826</p> <p>Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP 6828</p> <p>Minister Dr. Wolfgang Reinhart. 6829, 6831</p> <p>Abg. Claus Schmiedel SPD (Kurzintervention). . . 6831</p> <p>Beschluss 6834</p> <p>11. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 29. April 2010 – Verkauf des landeseigenen Grundstücks in Langenargen, Untere Seestraße 81 – Drucksachen 14/6338, 14/6347 6823</p> <p>Beschluss 6823</p> <p>12. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 31. März 2010 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Beratende Äußerung des Rechnungshofs „BKV – Bäder- und Kurverwaltung Baden-Württemberg und ihre Beteiligungen an Bäder- und Kurunternehmen“ – Drucksachen 14/6138, 14/6349 6823</p> <p>Beschluss 6823</p>	<p>13. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 10. März 2010 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2006 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2004 – Beitrag Nr. 20: Landesbibliotheken Karlsruhe und Stuttgart – Drucksachen 14/6004, 14/6350 6834</p> <p>Beschluss 6834</p> <p>14. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 30. September 2009 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2008 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2006 – Beitrag Nr. 12: Finanzierung der Staatlichen Heimsonderschulen – Drucksachen 14/5196, 14/6351. 6834</p> <p>Beschluss 6834</p> <p>15. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 14/6407, 14/6408, 14/6409, 14/6410, 14/6411 6834</p> <p>Beschluss 6834</p> <p>16. Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 14/6385</p> <p>Beschluss 6834</p> <p>Nächste Sitzung 6834</p> <p>Anlage Vorschlagsliste der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der FDP/DVP für die Wahl der Mitglieder zur 14. Bundesversammlung 6835</p>
--	--

Protokoll

über die 96. Sitzung vom 10. Juni 2010

Beginn: 9:31 Uhr

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 96. Sitzung des 14. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Urlaub für heute habe ich Frau Abg. Queitsch und Frau Abg. Vosschulte sowie den Herren Abg. Heinz, Müller und Winkler erteilt.

Krankgemeldet sind Frau Abg. Dr. Unold und Herr Abg. Reichardt.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt haben sich Herr Ministerpräsident Mappus, Frau Ministerin Dr. Stolz und – ab 13:00 Uhr – Herr Minister Pfister.

Dienstlich verhindert sind Frau Ministerin Gönner und Frau Staatsrätin Professorin Dr. Ammicht Quinn.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Große Anfrage der Fraktion der FDP/DVP und Antwort der Landesregierung – Fanprojekte in Baden-Württemberg – Drucksache 14/5187

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion und für das Schlusswort der Fraktion der FDP/DVP fünf Minuten.

Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Einen wunderschönen guten Morgen! Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Zum Fußball gehört eine gute Portion Emotion.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Und Tore!)

Schon morgen werden wir voller Spannung und Vorfreude unsere Augen nach Südafrika richten, und auch Deutschland ist wieder im Fußballfieber. Wer die Vorbereitungen im Land für Fanpartys und Public Viewing sieht, erinnert sich gern an das Sommermärchen von vor vier Jahren. Die Resonanz war damals überaus positiv. Deutschland, Baden-Württemberg, Stuttgart konnten sich als offene, freundliche Gastgeber zeigen, und die gesamte WM stand unter einem friedlichen Stern.

Leider ist dies beim Fußball nicht immer so. Wir müssen immer öfter auch in Baden-Württemberg erleben, dass die Berichte über Gewalttätigkeiten am Rande von Sportveranstaltungen mehr Platz einnehmen als die Ergebnisse der sportlichen Wettbewerbe. Dieser Entwicklung gilt es Einhalt zu gebieten.

Wenn ich das Thema Fanprojekte anspreche, höre ich immer wieder: „Ihr wollt doch nicht für diese Rabauken auch noch Geld aufwenden! Die muss man doch ebenso radikal bekämpfen.“ Ein ganz drastischer Vorschlag ist, sie wegzusperren; auf jeden Fall sollte ihnen Stadionverbot erteilt werden. Letzterem stimme ich sehr wohl zu: Wer gewalttätig wird, muss die volle Konsequenz des Staates spüren. Das ist auch für die FDP/DVP gar keine Frage. Aber wir wollen verhindern, dass Ultra- und Hooligangruppen weiteren Zuwachs bekommen. Dazu sind eben Fanprojekte ein gutes Mittel.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Vorab muss man sagen, dass alle Sportvereine sehr viel zur Gewaltprävention tun – schon einfach dadurch, dass sie Jugendlichen jedes Alters und jeder Herkunft die Möglichkeit bieten, sich auf sportlichem Feld körperlich auszutoben, so dass sie ihre Energie nicht in Gewalt gegen Sachen und gegen andere umsetzen müssen. Auch speziell unsere Fußballvereine, vor allem die größeren, haben ihre Fanbeauftragten, die in dieser Hinsicht auch ein gutes Werk tun.

Aber das Problem ist, dass sich ein Teil dieser „Fans“ eben nicht gern vom Verein betreuen lässt. Für solche Personen, die oft auch aus sozialen Randgruppen stammen, sind die Fanprojekte als Teil der Jugendsozialarbeit eine sehr gute Möglichkeit.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Es gibt in Baden-Württemberg bereits Fanprojekte in Karlsruhe und Mannheim. Ich möchte an dieser Stelle der Landesregierung für ihre ausführliche Antwort auf unsere Große Anfrage ganz herzlich danken. Die Antwort stellt die ganze Systematik sehr deutlich dar.

Nachdem man in Stuttgart gemerkt hat, dass nicht nur gegnerische Fans, sondern auch die eigenen, dem Verein sehr nahestehenden Fans rabiat werden können, wenn sie mit den sportlichen Ergebnissen nicht mehr einverstanden sind, habe ich in Stuttgart den Eindruck, dass jetzt auch auf städtischer Seite, wo die Kofinanzierung erfolgen muss, einiges auf einem guten Weg ist. Soweit ich höre, wird es noch in der nächsten Woche im Stuttgarter Gemeinderat ein Gespräch geben, und ich habe positive Signale vernommen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr gut!)

Die Fanprojekte – ich habe es schon gesagt – leisten Jugendsozialarbeit, sind Ansprechpartner und Vermittlungsinstanz, sorgen für Integration, entschärfen Konfliktsituationen und er-

(Heiderose Berroth)

gänzen so polizeiliche Einsatzkonzeptionen. Das ist ein weiterer Grund, weshalb es sich für das Land durchaus lohnt, hier Geld in die Hand zu nehmen. Wenn man berücksichtigt, dass in der vergangenen Saison über 6 Millionen € allein an Kosten für Polizeieinsätze entstanden sind, dann, meine ich, sind die 180 000 € bzw. die 60 000 €, die wir dafür im Landeshaushalt 2010/2011 eingestellt haben, gut angelegt. Wir sollten die Weiterführung dieses Konzepts überprüfen, wobei ich jetzt noch eines erwähnen will: Das betrifft nicht nur den Fußball. Das Fanprojekt in Mannheim betreut auch Fans des Eishockeyvereins Adler Mannheim, denn beim Eishockey – das kennt man – geht es schon immer etwas rauer zu,

(Abg. Peter Hofelich SPD: Was?)

sodass Fans da offensichtlich besser begleitet werden müssen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Eishockey ist eine friedliche Sportart! – Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

– Eishockey ist ein wunderschöner Sport – damit das niemand falsch versteht.

Ein Beispiel für die, die sich nicht vorstellen können, was Fanprojekte u. a. machen, ist das Angebot, dass sie mit ihren „Mitgliedern“ zu den Auswärtsspielen Fahrten durchführen, die bewusst unter dem Motto „alkoholfrei“ angeboten werden. Sie zeigen den jungen Menschen, dass man Sport durchaus auch gewaltfrei begleiten kann und dass das viel mehr Spaß und viel mehr Freude macht. Diese begleitenden Fanprojekte wirken in den Stadien durchaus auch beruhigend ein, wenn sich irgendwo eine Eskalation zeigt. Auch das lernen die Fans im Fanprojekt.

Deshalb halten wir Fanprojekte für eine gute Sache. Die Unterstützung des Landes dafür ist gut eingesetztes Geld.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Brunner.

Abg. Elke Brunner CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Morgen beginnt die Fußballweltmeisterschaft in Südafrika. Viele von uns freuen sich auf schöne Spiele und spannende Ergebnisse. Wir alle werden erleben, wie Fußball Menschen begeistert. Fußball begeistert Menschen am Fernseher, Fußball begeistert Menschen auch bei uns in den Stadien, in den Kreis-, den Regional- und den Bundesligen.

Doch bei aller Begeisterung muss man feststellen: Es gibt auch Schattenseiten; denn im Umfeld von Fußballspielen finden sich gewaltsuchende und gewaltbereite Anhänger und sogar gewalttätige Randalierer. Ich erinnere daran: Vor Kurzem gab es einen Vorfall auf dem Bahnhof in Neu-Ulm. Dort haben Hooligans des SSV Ulm einen Zug angegriffen, in dem Fans aus Reutlingen und Stuttgart saßen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Schweinerei!)

Das, meine Damen und Herren, hat mit Sport überhaupt nichts zu tun. Das dürfen wir nicht zulassen. Solche Ausschreitungen müssen wir verurteilen. Wir müssen dagegen vorgehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

In Baden-Württemberg, meine Damen und Herren, gibt es weit über 1 000 Problemfans. Dabei ist die Bezeichnung „Problemfan“ fast ein Adelstitel.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Wenn wir uns diese Fans genauer anschauen, dann sehen wir, dass darunter neben Gewaltbereiten auch Gewalttäter sind. Das sind dann Straftäter, die den Sport als Bühne und Kulisse für ihre Schandtaten benutzen. Mit Sorge betrachten wir auch, dass immer mehr jugendliche Fans in diese gewalttätigen Fangruppen einsteigen.

Dagegen müssen wir aufs Schärfste vorgehen. Hierbei sind alle Verantwortungsträger gefordert. Im Grunde sind alle Autoritäten gefragt, im Sport genauso wie im politischen und sozialen Bereich. Wir brauchen gemeinsame Konzepte. Wir brauchen eine gute Vernetzung der vielfältigen Aktivitäten, um so dem jugendlichen Fannachwuchs den richtigen Weg in die richtige Fankurve zu zeigen.

Seit Jahren beschäftigt die Thematik „Verhinderung von Gewalt rund um den Fußball“ Bund und Länder. Baden-Württemberg nimmt in zahlreichen Gremien eine bundesweite Vorreiterrolle ein. Ich möchte an den „Sicherheitsgipfel Fußball“ 2009 erinnern. Auf Einladung der Innenministerkonferenz fand vor Kurzem ein runder Tisch zum Thema „Gewalt im Zusammenhang mit Fußballspielen“ statt.

Eines ist aber auch klar: Um das vorhandene Gewaltpotenzial zu mindern, sind neben schärfsten repressiven Maßnahmen vor allem auch aufeinander abgestimmte präventive Maßnahmen notwendig. Denn diese zahlen sich aus. Gerade in diesem Bereich sind die Fanprojekte anzusiedeln. Sie verkörpern eine besondere Form der sportnahen Jugend- und Sozialarbeit.

In Baden-Württemberg haben wir zwei Fanprojekte, eines in Mannheim/Ludwigshafen und eines in Karlsruhe. Diese beiden Fanprojekte habe ich im Herbst letzten Jahres besucht. Ich konnte mich über deren Arbeit informieren. Bei beiden Projekten wird im gewaltpräventiven und im sozialpädagogischen Bereich gearbeitet. Die Projekte fördern die kreative Fankultur und schaffen alternative Freizeit- und Bildungsangebote für jugendliche Fans. Denn die Arbeit dieser Fanprojekte orientiert sich am Lebensalltag der Fans. Sie findet in den Stadien statt, sie findet bei den Fahrten zu Auswärtsspielen statt, die organisiert werden – teilweise mit kulturellem Beiprogramm. Es werden Fantreffs und Fanturniere organisiert, und es werden vor allem auch Fanpartnerschaften geschlossen, die sehr wichtig sind.

Die Konzepte in Karlsruhe und in Mannheim haben sich außerordentlich gut bewährt. Das war für uns von der CDU-Fraktion auch ein Grund dafür, eine Initiative mit dem Ziel zu starten, dass dafür Geld in den Haushalt eingestellt wird. Das war erstmals im Jahr 2009. Auch im Doppelhaushalt 2010/2011 stehen Mittel zur Verfügung.

Allerdings möchte ich auch darauf hinweisen, dass es sich um eine Drittelfinanzierung handelt: Land, DFB und Kommunen sind daran beteiligt. Vielleicht ist das auch ein Grund, warum sich andernorts bisher noch keine Fanprojekte gegründet haben.

(Elke Brunnemer)

Damit ist aber nicht gesagt, dass dort keine präventive Arbeit stattfände. Es gibt auch in Stuttgart, in Hoffenheim, in Reutlingen und in Freiburg vielfältige Arbeitsstrukturen. Dort wird mit Jugendlichen gearbeitet und werden Projekte der Gewaltprävention vor Ort durchgeführt.

Abschließend stelle ich für die CDU-Fraktion fest: Der Schlüssel zum Erfolg in der Präventionsarbeit liegt darin, dass alle gewaltpräventiven Maßnahmen in Netzwerken auf örtlicher und überörtlicher Ebene umgesetzt werden. Wir haben den richtigen Weg eingeschlagen und müssen weiterhin am Ball bleiben.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Am Ball bleiben ist gut!)

Noch eines ist mir sehr wichtig. Wir müssen allen den Rücken stärken, die sich vor Ort dieser wichtigen Aufgabe widmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut! Genau so machen wir es!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hofelich.

Abg. Peter Hofelich SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, wertere Kolleginnen und Kollegen! In der Tat: Die Spannung steigt.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Für was der alles zuständig ist!)

Die Kollegin Margot Queitsch ist heute nicht da, und ich darf als Amateursportler heute hier antreten.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Wir alle sind Fans von Ihnen! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist schon in Ordnung so! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Wo ist der Schal? – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Die Kollegin hatte wenigstens eine Hoffenheim-Brille auf!)

Die ersten Fußballexperten tauchen auf, es gibt erste Panikäufe in Media Märkten usw.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Deswegen debattieren wir heute auf der Grundlage der Großen Anfrage der FDP/DVP ein wichtiges Thema.

Ich erinnere mich noch ganz gut an meine Kindheit auf dem Sportplatz in Salach: zwischen den Sechzehnmeterräumen Rasen, im Sechzehnmeterraum Schlacke. Am Ende des Spiels rannte ein Teil der Zuschauer hochemotional in Richtung Anspielkreis – damals hat man nach Spielschluss noch Spalier gestanden –, und es entwickelte sich ein wildes Knäuel aus Spielern, Schiedsrichtern und Zuschauern. Dazwischen standen ein paar Menschen, die eine weiße Binde mit der Aufschrift „Ordner“ am Arm trugen, die aber eher eine Statistenrolle gespielt haben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das kenne ich auch noch!)

Bei den Menschen in diesem Knäuel gingen die Emotionen hoch. Es kam zu Handgreiflichkeiten, die aber durch allgemeine Appelle, zur Besinnung zu kommen, dann wieder abebbten, meist mit dem im Schwäbischen besonders überzeugenden Satz: „Leut, morge müsset mer alle wieder schaffe gange.“ Das war eigentlich die Situation, wie ich sie zu diesem Thema aus meiner Kindheit kannte.

(Heiterkeit der Abg. Sabine Fohler SPD)

Natürlich muss man jetzt ernsthaft werden. Das Bild hat sich dramatisch gewandelt.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Genau! Es gibt keine Ordner mehr!)

Gewalt, verbale und auch nonverbale Agitationen auf Sportplätzen – nicht nur auf Fußballplätzen, aber vor allem dort, weil Fußball ein Massensport ist – haben eine ganz andere Dimension angenommen. Sie sind geplanter geworden, sie sind extremer geworden, sie sind uniformer geworden, sie sind aber auch spontaner und manchmal auch „verkehrter“ geworden, indem sie sich gegen den eigenen Verein richten, wenn es eine Enttäuschung gibt, die man als so groß empfindet, dass man sie sozusagen ventilieren muss.

Wir erschrecken darüber, und deswegen haben wir auch zu Recht eine Debatte angesetzt. Denn wir wissen wenig über das Innenleben dieser Vorgänge. Deswegen gibt es so etwas wie Fanprojekte, um dieses Innenleben kennenzulernen und auch steuern zu können. Es gibt aber auch eine Fanbetreuung durch die Vereine, insbesondere die großen Bundesligavereine, die einfach dazu da ist, nicht unbedingt die Schattenseiten anzugehen, sondern auch in den Fangemeinschaften Sinnvolles anzustiften und den Menschen zu sagen: „Wir haben hier einen Raum im neuen Benz-Center, in dem ihr eure Fahnen ablegen könnt, und wir haben Möglichkeiten für euch, mit den Spielern in Kontakt zu kommen.“ Das ist etwas Gutes, was da passiert. Das, was in unseren Vereinen und Bundesligaverainen in der Fanbetreuung passiert, ist alltäglich.

Bei den Fanprojekten reden wir vor allem über das, was sich in der letzten Zeit entwickelt hat. Da geht es vor allem um Gewaltverhinderung. Es geht aber auch um Deeskalation. Deeskalation ist wichtig, weil wir wissen, dass wir eine Eskalation – chauvinistische Sprüche, Aufrufe zur Gewalt und anderes – gesellschaftlich nicht akzeptieren können. Das wollen wir nicht, und deswegen ist es gut, dass wir im Land auch auf Druck aus der SPD diese Fanprojekte jetzt fördern.

Das ist heute eine Zwischenbilanz. Der Herr Innenminister wird uns nachher auch seine Zwischenbilanz vorlegen.

Was wurde getan? Es wurde ein Nationales Konzept Sport und Sicherheit auf Bundesebene eingerichtet. Es wurden Fanprojekte im Land – in Karlsruhe und in Mannheim – eingerichtet. Es gibt eine Koordinierungsstelle und ein Budget dafür. Das findet unsere Zustimmung, ist gut und sollte im Rahmen der Möglichkeiten, die vorhanden sind, auch so weitergeführt werden. Es gibt örtliche Ausschüsse Sport und Sicherheit. Es gibt eine Kommunikation über das Thema, es gibt Menschen, die sich fachlich austauschen. Das alles ist gut.

Es gab vor ziemlich genau einem Jahr, Herr Innenminister, einen Fußballgipfel zum Thema Sicherheit, bei dem sich Ver-

(Peter Hofelich)

treter von Kommunen, Sport, Politik und Polizei getroffen haben. Sie, Herr Minister, werden uns sicherlich auch nach einem Jahr berichten, was hierzu zu sagen ist.

Was ist zu tun? Ich denke, das ist die interessante Frage, die man heute noch einmal anschneiden kann. Manches sollte man zurechtrücken. Das Erste ist die Begriffsklärung.

(Unruhe – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Pst!)

Es geht in der Tat oft um Gewaltverhinderung. Es geht bei der Zielgruppe aber auch um mehr als die Jugend. Es gibt Menschen im Alter zwischen 20 und 30 Jahren und sogar darüber hinaus, die Spaß daran haben, wenn es im Sportbereich, im Zusammenhang mit Fußballspielen zu einer Eskalation kommt, wenn es zu Gewalt kommt. Es geht teilweise sogar um etabliertes Publikum. Es gibt z. B. den Bankkaufmann – oder die Bankkauffrau; diese aber vermutlich weniger –, der sagt: „Ich arbeite fünf Tage in der Woche ganz ordentlich, und danach lasse ich einfach einmal die Sau raus.“ Das gibt es auch. Das heißt, die Zielgruppe ist diffuser geworden, auch wenn man sich dabei besonders um die Jugend kümmern muss.

Es geht um eine Problemlösung. Die Problemlösung besagt: Es gibt in unserem Land Menschen, die Illegalität als Spielball begreifen und dafür den Sportplatz als Abenteuerwirklichkeit suchen. Das ist nicht akzeptabel. Es gibt auf der anderen Seite Menschen – in diesem Fall die Polizisten und die Vereinsverantwortlichen –, die eigentlich nur als Folien für diese Aggressivität genutzt werden. Wenn es nicht der Fußball als Massensport wäre, dann wäre es in unserer Gesellschaft vielleicht etwas anderes.

Man muss die Frage des Ortes klären. Der Ort – das ist heute noch nicht angesprochen worden – ist in letzter Zeit weniger der Erstligaklub, weil dort die Dinge auch strukturierter behandelt werden. Es ist ein Ventilieren, ein Hinüberschwappen in die dritte und die vierte Liga zu sehen. Wenn ich mit dem Leiter des Polizeireviers in Geislingen spreche, dann sagt er manchmal: Es kann sein, dass ich an diesem Wochenende mit meinen Mannschaften und Frauschaften sozusagen blockiert bin, weil ich in Aalen, in Ulm oder in Reutlingen – um einmal drei Orte zu nennen – zum Einsatz gefordert bin. Das heißt, es geht also in die niederen Klassen hinein, in die dritte und die vierte Liga. Der DFB verlangt ja, dass auch dort Fanbetreuer eingesetzt werden. Dies passiert auch vor und nach dem Spiel und nicht nur während des Spiels. Das ist das Besondere daran, weil damit auch das Fanprojekt wichtiger wird.

Man kann ferner über die Klärung der Verantwortlichkeiten reden. Die Verantwortung ist natürlich wie immer in der Gesellschaft zu suchen. Es gibt aber Anhaltspunkte im Verein, z. B. dort, wo Mitternachtsturniere stattfinden – das ist eine lobenswerte Sache, die von uns auch auf kommunaler Ebene unterstützt werden sollte –, dort, wo Schulen gefordert sind, vor allem dort, wo es darum geht, dass Bewegung selbst angeboten wird und man die Bewegung nicht in der Aggressivität sucht. Es gibt sie natürlich auch in den Institutionen und Vereinen, die sozusagen Supportervereine für Bundesligavereine sind, in denen sich die Fans zusammenschließen, damit klar ist, dass in diesem Verein die Freude im Vordergrund steht.

Das ist das, was geschieht. Ich bin gespannt, welche Zwischenbilanz der Innenminister zieht. Wir selbst unterstützen die Aktionen, die bisher vorangekommen sind. Wir wünschen uns, dass noch mehr Vereine im Land davon erfasst werden und dass sich die Kooperation mit den staatlichen Stellen, auch mit der Polizei, verbessert.

Insgesamt ist zu sagen: Prävention steht im Vordergrund. Präsenz dort, wo es zu Gewalt kommen kann, ist wichtig. Kommunikation über das Thema ist genauso wichtig, weil wir sehen müssen, dass dieses gesellschaftliche Phänomen etwas ist, was wir gemeinsam angehen müssen, vor allem dann, wenn es um Gewalt geht.

Wir müssen bei allem aber auch sehen: Es gibt immer einen Pfad, den man gehen sollte, um sich dem Problem zu nähern. Aber der Sport selbst, der Fußball selbst, die großartigste Nebensache der Welt, darf nicht „Dinge“ als Bremse erfahren. Als Angebot, das den Menschen Freude bereitet – Freude, die wir auch in den kommenden Wochen wieder erleben dürfen –, ist der Fußball mit das Großartigste, was es gibt.

Lieber Walter Heiler, wenn es außer uns beiden Experten beim Thema Fußball unter den Deutschen bald 98 % Experten gibt, dann wird es so sein, dass wir mit dem Fußball etwas haben, was wir nicht verlieren wollen. Dafür sind die Fanprojekte gut, über die heute hier debattiert wird.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Mit Ausnahme des Hinweises auf den Experten Walter Heiler als HSV-Fan war es gut! – Zurufe: Sie sind ein richtiger Allrounder! – Hofelich ist der Libero!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Neuenhaus.

Abg. Ilka Neuenhaus GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Pst!)

Wir wollen jetzt nicht noch länger darauf herumreiten, dass Sie, meine Damen und Herren von der Regierung, die notwendige Zeit gehabt hätten, hier Unterstützung zu geben. Denn seit 1993 hätte die Möglichkeit hierfür bestanden. Damals ist das Projekt vom Nationalen Konzept für Sport und Sicherheit auf den Weg gebracht worden. Dennoch stellen wir heute fest, dass in der Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP/DVP eine positive Bewertung der Fanprojekte seitens der Landesregierung zum Ausdruck gebracht wurde. Das begrüßen wir sehr.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

An dieser Stelle möchte ich sagen, dass ich die Antwort auf die Große Anfrage sehr begrüße. Sie zeigt durchaus, dass sich die Landesregierung und vor allem das zuständige Ministerium mit dem Inhalt und der Thematik der Fanprojekte auseinandergesetzt haben. Ob allerdings die 180 000 €, die wir in den Haushalt eingestellt haben, ausreichen werden, können wir im Moment noch nicht sagen. Denn jetzt liegt es an den Kommunen, den Ball aufzufangen, den wir ihnen zugespielt

(Ilka Neuenhaus)

haben, indem sie nämlich die Fördergelder, die zur Verfügung stehen und die auch seitens des Sports bereit liegen, abrufen.

Der VfB freut sich darauf, wenn endlich auch hier im Land Fanprojekte initiiert werden. Die Städte Karlsruhe und Mannheim, die bislang angeführt wurden, sind – das müssen wir klipp und klar sagen – früher dran gewesen als die Landesregierung. Sie haben erkannt, wie wichtig Fanprojekte für die Präventionsarbeit vor Ort sind, und haben bislang eigene Mittel – also ohne Landesmittel – zur Verfügung gestellt. Ulm, Freiburg und Stuttgart sind sicherlich die nächsten Protagonisten.

Wir wissen, dass Aktive vor Ort auch in enger Abstimmung mit den Zuständigen für die Fanprojekte, nämlich der Koordinationsstelle, zusammenarbeiten, um hier die Konzepte für den Gemeinderat vorbereiten, wo es auch noch notwendig ist, das Ganze inhaltlich aufzuarbeiten. Erst dann können überhaupt Anträge an die Landesregierung gestellt werden. Das ist eher die formale Ebene, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

Dass in unserem Ländle so erfolgreich gekickt wird, freut uns alle natürlich sehr. Daraus erwächst auch die Verantwortung, für geordnete Rahmenbedingungen zu sorgen, denn auch Baden-Württemberg ist kein Land der Glückseligen, was die Fanproblematik angeht.

Nach Aussage des Ministeriums gibt es unter den baden-württembergischen Fans 1 260 Personen, die als „Problemfans“ kategorisiert sind. Das ist, meine Damen und Herren, keine geringe Zahl, und wir dürfen vor diesem Phänomen nicht die Augen verschließen. In allen anderen Bundesländern, in denen Fanprojekte seit Jahren und zum Teil Jahrzehnten schon etabliert sind, haben die Polizei, die Vereine und die Ordnungsdienste die Fanprojekte als herausragend gelobt. Sie können sich eine Arbeit ohne diese Fanprojekte überhaupt nicht mehr vorstellen.

Um die Fans kümmern sich kontinuierlich Sozialarbeiter und Fanbetreuer. Geleistet wird, wie schon mehrfach erwähnt wurde, Präventionsarbeit. Es ist auch unstrittig, dass dieser Ansatz geeignet ist, um jugendlichen Gruppen bei der Bewältigung ihrer Schwierigkeiten zu helfen und sie von aggressivem Verhalten abzuhalten.

Mit ihrem Wirken verhindern die Fanprojekte, dass insbesondere sehr junge Fans in Problemgruppen abgleiten. So kann das positive Potenzial des Fußballs und seiner Anhänger in Fanprojekten viel stärker aufgegriffen werden, als das bisher geschehen ist. Unterstützt und gefördert – das ist der andere Ansatz bei diesen Fanprojekten – werden die positiven Potenziale der Jugendlichen, die in diesem Rahmen von den Sozialarbeitern aufgegriffen werden.

Ein ganz wichtiger Punkt bei den Fanprojekten ist, dass sie unabhängig von den Institutionen und den Vereinen sind. Die Fanprojekte arbeiten selbstständig und haben keine wirtschaftlichen Interessen. Ganz wichtig ist dieser Aspekt bei der Zusammenarbeit mit den Sicherheitsvertretern, und zwar im Zusammenhang mit der Vorbereitung von Großsportveranstaltungen. Es ist ganz oft so, dass bei den Fans ein Abwehrverhalten vorhanden ist und sie sich eher zurückziehen, wenn sie mit der Polizei konfrontiert werden. Die Fanprojekte können

dadurch, dass sie unabhängig sind, die Vermittlerrolle übernehmen, um ihre eigenen Interessen zu kommunizieren und zu wahren, um dann in der ganzen Entwicklung für die Sicherheitsvorbereitung ihre eigene Stellung zu beziehen.

In diesem Zusammenhang wird immer wieder die Frage gestellt: „Wieso muss sich die Politik überhaupt um die Fans kümmern? Das können die Vereine doch eigentlich auch selbst machen.“ Um einem Wiederaufflammen dieser kurzfristig gestellten Frage zuvorzukommen: Die jugendlichen Problemgruppen, die in den Fußballstadien und um die Stadien herum auffällig sind, hat nicht der Sport, also nicht der Fußball, produziert. Vielmehr handelt es sich hier um Problemgruppen, die unsere Gesellschaft produziert hat. Wir sind der Ansicht, meine Damen und Herren, dass diese Jugendlichen nicht nur die Vereine, sondern uns alle etwas angehen.

Der Sport selbst unternimmt sehr viele Anstrengungen auf den eigenen Ebenen, um die Fußballfans zu einer deutlich formulierten Distanzierung nach innen und nach außen zu bewegen, kann allerdings aber auch nicht als Reparaturwerkstatt für Versäumtes z. B. in der Bildungspolitik geradestehen.

Zum Abschluss möchte ich noch auf eines hinweisen: Wir Grünen erwarten, sehr geehrter Herr Innenminister Rech, dass Sie als Teilnehmer am „Sicherheitsgipfel Fußball“ die Fanprojekte als eine notwendige und unabdingbare Einrichtung bewerben, damit ihnen im Zusammenhang mit allen Sicherheitspartnern und Beteiligten rund um den Fußball eine angemessene Stellung eingeräumt wird. Ich denke, das brauchen die Fanprojekte noch. Sie sind hier in Baden-Württemberg noch nicht so sehr im Bewusstsein etabliert. Wenn wir hier in der Präventionsarbeit weiterkommen wollen und auch Erfolge verbuchen möchten, ist das dringend notwendig.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Innenminister Rech.

Innenminister Heribert Rech: Herr Präsident, meine Damen und Herren Kollegen! Herr Kollege Hofelich, ist Ihnen eigentlich aufgefallen, dass zu diesem Thema „Fußball und Fanprojekte“ hier Kolleginnen gesprochen haben? Wir beide sind die Einzigen, die die männliche Fahne hochhalten.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Ja, ja! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Kriegt ihr das hin?)

Ich könnte, wenn das Thema nicht so ernst wäre, jetzt noch eines draufsetzen und könnte fragen: Was ist morgen?

(Heiterkeit – Abg. Karl-Wolfgang Jägel CDU: Unsere Damen-Nationalmannschaft ist Weltmeister!)

Aber so weit will ich nicht gehen. Das Thema ist in der Tat zu ernst.

Meine Damen und Herren, ich will mich, bevor ich den ersten Aspekt aufgreife, zunächst einmal herzlich für die Einmütigkeit und die Einstimmigkeit, die es in diesem Haus über alle Fraktionen hinweg gibt, bedanken. Wir sind uns einig, dass Fanprojekte notwendig sind. Sie beziehen ja nicht nur Jugend-

(Minister Heribert Rech)

liche in die Prävention ein. Denn da gibt es durchaus auch gestandene Männer, die wieder auf das Gleis zurückgeführt werden müssen. Deswegen bin ich dankbar dafür, dass wir alle miteinander die Sinnhaftigkeit erkennen, dass wir bereit sind, unsere Unterstützung dafür zu geben, auch wenn es im Moment in der Tat nur ein Anfang ist. Finanziell könnte da durchaus noch nachgebessert und nachgesteuert werden. Das werden wir sehen, wenn wir die Ergebnisse des ersten Sicherheitsgipfels evaluiert haben. Ich komme nachher noch darauf zurück. Wir sind derzeit bei der Auswertung.

Meine Damen und Herren Kollegen, ich möchte zunächst aufgreifen, was die Kollegin Brunner hier zu Recht angeführt hat und was zeigt, dass wir mittlerweile eine neue Qualität in der Auseinandersetzung rund um die Fußballspiele haben, nämlich die Vorgänge am 29. Mai am Bahnhof Neu-Ulm. Kurze Stichworte: Ein Spiel der Regionalliga, 30 Hooligans des SSV Ulm haben einen Zug angegriffen, der mit Reutlinger und Stuttgarter Fans besetzt war.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Unverschämte! – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD: Du warst doch nicht dabei, oder? – Abg. Walter Heiler SPD: Ich kann doch den Zug nicht angreifen! Ich kann nur die Menschen angreifen! Gegen den Zug hast du doch keine Chance!)

Die Fans haben sich auf der Rückfahrt von einem Spiel in München – dem Spiel 1860 München gegen SSV Reutlingen – befunden, und das war ein gezielter Angriff. Er hatte also mit der Spielbegegnung überhaupt nichts zu tun.

Wir haben auch nach wie vor das Phänomen, dass sogenannte Drittortauseinandersetzungen stattfinden, die dritte Halbzeit, wie auch immer. Weit weg vom Stadion prügeln sich dann zwei „Mannschaften“. Das Ganze ist also schon bedenklich.

Noch einmal zurück zum 29. Mai: Das war ein gezielter Angriff, der mit dem eigentlichen Spiel überhaupt nichts zu tun hatte. Die Ulmer Hooligans sind einzig deshalb angereist, um Gewalt auszuüben. Die Polizei konnte die Fangruppen nur mit massivem Einsatz von Pfefferspray und Schlagstock voneinander trennen. Ein Polizeibeamter wurde dabei verletzt.

Wenige Zahlen: Wir haben in Baden-Württemberg rund 1 345 Problemfans, die sich vor allem in der Anhängerschaft der Vereine der ersten vier Ligen befinden. Davon sind 810 sogenannte B-Fans, also gelegentlich gewaltbereit und gewaltgeneigt, und 535 sogenannte C-Fans, also gewaltsuchend. Ich habe hier eine Liste, wie die Fans den einzelnen Vereinen, soweit es möglich ist, zuzuordnen sind. Das möchte ich aber hier jetzt nicht vortragen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das wäre interessant!
– Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

– Nein, Herr Kollege Heiler. Das wäre jetzt unfair. Wir können intern einmal darüber reden.

Wir beobachten mit Sorge – auch das ist ein Trend –, dass jugendliche Fußballfans zunehmend direkt in den gewalttätigen Fangruppierungen zu finden sind, also in der sogenannten Ultraszene. Da gibt es häufig kein Abgleiten, sondern einen direkten Einstieg in diese Szene. Das zeigt, dass der entschei-

dende Ansatz darin besteht, frühzeitig mit präventiven Maßnahmen zu beginnen.

Es gilt, die vielfältigen Aktivitäten aller Beteiligten in gemeinsamen Konzepten zu vernetzen. Kollegin Neuenhaus hat dies sehr richtig hervorgehoben.

Ich bin übrigens auch allen sportpolitischen Sprechern der Fraktionen dafür dankbar, dass sie auch in der Vergangenheit schon sehr aktiv waren. Kollegin Neuenhaus hat in diesem Haus, glaube ich, auch einmal eine Veranstaltung zu diesem Thema durchgeführt.

(Zuruf der Abg. Ilka Neuenhaus GRÜNE)

Es gibt noch einen weiteren wichtigen Baustein, den ich thematisieren möchte, nämlich das Nationale Konzept Sport und Sicherheit; Kollegin Berroth hat zu Recht darauf hingewiesen. Sie, Frau Kollegin Berroth, haben gesagt, es handle sich um eine besondere Form der Sozialarbeit. Genau das ist es. Es beinhaltet einen langfristigen präventiven Ansatz. In der Struktur sind die Fanprojekte vereinsunabhängig organisiert; auch dies wurde zu Recht gesagt. In der Regel arbeiten sie aber sehr eng mit den Fanbetreuern der Vereine und anderen Initiativen der Jugendsozialarbeit zusammen.

Der Landtag hat sich bei den Haushaltsberatungen 2009 fraktionsübergreifend für die Förderung der Fanprojekte ausgesprochen. Im Doppelhaushalt 2010/2011 stehen dafür 180 000 € bzw. 60 000 € zur Verfügung. Dies unterstreicht zunächst einmal die Bedeutung der Fanprojekte.

In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin, dass im Rahmen der sogenannten Drittelfinanzierung neben dem DFB und dem Land auch die Kommunen ihren finanziellen Beitrag leisten müssen.

Ich habe einmal die Idee eines Sicherheitseuro ins Spiel gebracht. Dabei bin ich allerdings gleich ausgepöfht worden.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Ich halte diese Idee jedoch nicht für so schlecht.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das ist eine sehr gute Idee!)

Der bürokratische Aufwand wäre gleich null. Man könnte den Sicherheitseuro auf bestimmte Ligen oder Problemspiele,

(Abg. Walter Heiler SPD: Bayern!)

wie beispielsweise High-Risk-Spiele, von denen wir im Vorfeld wissen, beschränken. Der normale Fan wäre bereit, diesen Sicherheitseuro zu zahlen. Es geht nicht etwa um Personalkosten der Polizei. Vielmehr geht es um zusätzliche Maßnahmen, die ergriffen werden können.

Der Sicherheitseuro ist zunächst einmal kein Thema. Der DFB hat mich dabei des Feldes verwiesen.

(Abg. Guido Wolf CDU: Es kommt eine neue Runde! – Abg. Ilka Neuenhaus GRÜNE meldet sich.)

– Kollegin Neuenhaus hat eine Zwischenfrage. Ich lasse diese gern zu.

Präsident Peter Straub: Frau Abg. Neuenhaus, bitte.

Abg. Ilka Neuenhaus GRÜNE: Vielen Dank, Herr Minister. – Ich würde das Thema in diesem Zusammenhang gern noch einmal aufgreifen, weil Sie es selbst angesprochen haben. Es geht um die Finanzierung der Polizeieinsätze. In der Spielsaison 2008/2009 haben wir, glaube ich, eine Summe von ungefähr 6 Millionen € aufwenden müssen. Abgerechnet wird nach wie vor über die Einsatzstunden.

In der Stellungnahme zu einem Antrag von uns haben Sie dargestellt, dass Sie nicht differenziert darstellen können, ob sich diese Großeinsätze auf Fußballspiele oder auf Großveranstaltungen anderer Art beziehen. Könnten Sie uns an dieser Stelle zusagen, dass Sie bei den nächsten Einsätzen einmal versuchen, differenziert zu erheben, welche Einsätze bei Fußballspielen – ganz konkret in welcher Liga und in welchem Umfang – und welche bei sonstigen Großveranstaltungen stattfinden, damit diese Debatte auf sachliche Füße gestellt werden kann?

Innenminister Heribert Rech: Frau Kollegin Neuenhaus, das sage ich gern zu. Allerdings will ich gleich vor übertriebenen Hoffnungen warnen. Der eigentliche Polizeieinsatz, also das Agieren der Polizei im öffentlichen Raum, kann nicht mit Gebühren zulasten der Vereine aufgewogen werden. Darüber sind wir uns einig. Das ist Aufgabe der Polizei.

Sie wollen aber Zahlen dazu hören. Es ist etwas klein geschrieben, aber ich versuche es einmal.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Ein bisschen weiter vorn halten!)

In allen Ligen in Baden-Württemberg haben wir 20 549 Beamte mit rund 127 000 Stunden im Einsatz gehabt. Aufgeschlüsselt betrifft dies die erste Liga mit rund 60 000 Stunden, die zweite Liga mit rund 20 000 Stunden und die dritte Liga mit rund 15 000 Stunden. In der Regionalliga Süd betrifft es acht baden-württembergische Vereine, in der Regionalliga West einen baden-württembergischen Verein, den SV Waldhof Mannheim. In der Regionalliga Süd haben wir immerhin noch rund 32 000 Einsatzstunden.

(Zuruf der Abg. Ilka Neuenhaus GRÜNE)

– Die haben Sie schon?

(Abg. Ilka Neuenhaus GRÜNE: Das war doch unsere Anfrage!)

Es war trotzdem gut, dass ich die Zahlen hier noch einmal deutlich gemacht habe.

Meine Damen und Herren, wir haben zwei bestehende Fanprojekte in Karlsruhe und in Mannheim. Dabei ist es besonders sinnvoll, dass sie dort agieren.

(Zuruf der Abg. Ilka Neuenhaus GRÜNE)

– Frau Kollegin Neuenhaus, ich schlüssele die Zahlen künftig nach Großveranstaltungen und Fußball auf.

Es ist darauf hingewiesen worden, dass neben diesen beiden bestehenden Fanprojekten auch schon Präventionsarbeit, Jugendarbeit geleistet wird. Die Gewaltprävention vor Ort ist seit vielen Jahren schon gut etabliert und hat gute Ergebnisse erzielt.

Die Thematik steht seit Jahren im Fokus von Bund und Ländern. Aktuell beschäftigen sich zudem – auch vor dem Hintergrund der immensen Einsatzbelastung der Polizei der Länder und des Bundes – zahlreiche Gremien, einschließlich der Innenministerkonferenz, mit diesem Thema. Baden-Württemberg hat noch im letzten Jahr den „Sicherheitsgipfel Fußball“ initiiert; die Kollegin Brunnemer hat hierauf zu Recht hingewiesen.

Ich möchte noch Folgendes sagen: Den Schlüssel zum Erfolg der Präventionsarbeit sehe ich darin, dass alle gewaltpräventiven Maßnahmen in den Netzwerken auf örtlicher Ebene umgesetzt werden. Einer meiner Vorredner hat gesagt, die Kommunen müssten den Ball jetzt aufnehmen. Das ist genau richtig. Deswegen haben wir beim Sicherheitsgipfel auch die örtlichen Ausschüsse für Sport und Sicherheit initiiert. Solche Einrichtungen sollen an allen baden-württembergischen Spielorten der ersten vier Ligen entstehen, und viele davon sind auch schon entstanden. In diesen Ausschüssen erfolgt zwischen allen Partnern ein kontinuierlicher Kommunikationsprozess, und zwar – darauf kommt es mir an – nicht nur vor bevorstehenden problembehafteten Spielen. Es ist tatsächlich ein kontinuierlicher Kommunikationsprozess, der auch auf die jeweiligen örtlichen Gegebenheiten Rücksicht nimmt.

Es gibt vieles, was man tun kann. Beispielsweise fällt mir Folgendes ein: Wenn eine S-Bahn-Haltestelle direkt vor dem Stadion liegt, haben die Fans und die verfeindeten Fangruppen einen Anmarschweg von beispielsweise nur 200 m

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Klar!)

und nicht von 2, 3 oder 4 km. Für die Polizei bedeutet ein längerer Weg zum Stadion häufig, dass sie Fangruppen über 3 oder 4 km voneinander getrennt halten und sie eskortieren muss. Das alles ist natürlich mit einem hohen Aufwand verbunden.

Abschließend will ich noch darauf hinweisen, dass die Landesinformationsstelle Sporteinsätze im Innenministerium die Szene intensiv beobachtet und eine Analyse des Fußballgeschehens mit dem Ziel durchführt, Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und gezielt gegenzusteuern.

Ob die vereinbarten Maßnahmen des ersten Sicherheitsgipfels erfolgreich wirken und wo wir gegebenenfalls nachsteuern müssen, werten wir gegenwärtig noch aus. Diese Ergebnisse und die aktuellen Entwicklungen werden wir in diesem Jahr beim zweiten Sicherheitsgipfel gemeinsam mit allen Partnern erörtern. Herr Kollege Hofelich, die Ergebnisse werden wir Ihnen selbstverständlich zeitnah zur Verfügung stellen.

Wir sind auf dem richtigen Weg; das haben Sie dankenswerterweise übereinstimmend festgestellt. Aber wir müssen am Ball bleiben, und das tun wir.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Ich sage nichts mehr!)

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Mein herzlicher Dank gilt allen, die sich an dieser Debatte so konstruktiv beteiligt haben, aber natürlich vor allem auch denjenigen, die auf dem Feld der Gewaltprävention im Sport tätig sind. Beispielsweise gehört dazu eine Gruppe, die ehrenamtlich einen Bolzplatz betreut. Von Vertretern dieser Gruppe wurde ich gefragt, ob auch sie Geld aus dem Topf für Fanprojekte bekommen könnten. Ich musste dies leider abschlägig bescheiden, hoffe aber, dass die Gruppe vor Ort inzwischen einen Sponsor gefunden hat, der für einen neuen Rasen sorgt, da der alte Rasen abgespielt war.

Dazu gehören aber beispielsweise auch die qualifizierten Jugendleiterinnen und Jugendleiter, die an unseren Schulen Betreuung anbieten und etwa das Projekt „Sport macht Freunde“ betreiben. Genauso sind dies aber auch alle, die in Vereinen als haupt- oder ehrenamtliche Trainer auf allen Ligebenen wirken, alle, die in Fanräten mitwirken oder als Fanbeauftragte tätig sind, und vor allem auch die, die in Fanprojekten aktiv sind.

Zu Recht wurde darauf hingewiesen, dass es sich bei den Fanprojekten um eine Drittelfinanzierung handelt und dass manche dieser Projekte bislang deshalb noch nicht zustande gekommen sind, weil die kommunale Beteiligung fehlt. Frau Neuenhaus, die Grünen haben im Gemeinderat der Stadt Stuttgart nun eine starke Fraktion. Ich hoffe doch, dass das jetzt klappt. Im Doppelhaushalt waren für Fanprojekte ursprünglich nur Mittel für das Haushaltsjahr 2010 enthalten; wir vonseiten der FDP/DVP haben aber extra dafür gesorgt, dass auch für das Jahr 2011 wieder entsprechende Mittel eingestellt werden, damit auch dieses Projekt zustande kommt. Dieses Geld – das wurde auch in der Debatte deutlich – müsste eigentlich vom Innenministerium kommen, weil dort, Herr Kollege und Herr Minister, eingespart wird. Sie würden, wenn die Fanprojekte nicht so aktiv wären, noch mehr Polizei brauchen, und das wollen wir alle nicht.

Aber es wurde auch schon deutlich, dass die in diesen Fanprojekten Betreuten nun gerade eine Gruppe sind, die vielleicht eine gewisse Polizeiallergie hat, weil sie aus dem einen oder anderen Grund vielleicht schon einmal unangenehmen Kontakt mit der Polizei hatten. Deswegen ist es gut, dass dieses Geld im Kultushaushalt veranschlagt ist.

Ich will auch noch einmal bestätigen, was verschiedentlich angesprochen wurde: Es betrifft in der Tat alle Ligen. Auch die Aufzählung der Einsatzstunden hat das noch einmal gezeigt. Es ist erstaunlich, dass gerade in der Regionalliga Süd, wo man das nicht mehr so vermutet, sehr starke Polizeieinsätze nötig gewesen sind.

Die Fußball-WM – so hat gestern ein Sportsoziologe gesagt – sei ein „quasireligiöses“ Event, denn – ich zitiere –:

Sie wird in Gemeinschaft gelebt, ist eine Ausnahme vom Alltag, arbeitet mit Symbolen und Ritualen.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Und glaubt an den Sieg! – Heiterkeit)

In diesem Sinn wünsche ich uns allen und allen Menschen in Baden-Württemberg eine fröhliche, eine gewaltfreie Weltmeisterschaft und unseren Nationalspielern ganz besonderen

Erfolg. Wir alle sind ja zuversichtlich und üben schon eifrig Daumenhalten. Ganz besonderen Erfolg wünschen wir natürlich den Nationalspielern, die quasi eine baden-württembergische Basis haben, auch wenn man das bei allen vier dem Namen nicht ansieht. Aber Dennis Aogo stammt aus der Fußballschule des FC Freiburg.

(Abg. Volker Schebesta CDU: SC!)

– SC, Entschuldigung.

(Unruhe)

Serdar Tasci und Sami Khedira sind hier geboren und beim VfB groß geworden. Cacau schließlich ist im Moment wohl der berühmteste VfB-Spieler. Von ihm erhoffen wir uns eben besonders viel. Ihnen also alles Gute, und insgesamt natürlich allen Vereinen, egal, in welcher Sportart, für die neue Saison alles Gute für eine sportlich erfolgreiche, vor allem aber gewaltarme neue Saison.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Peter Straub: Das Wort erhält noch einmal Herr Innenminister Rech.

Innenminister Heribert Rech: Vielen Dank, Herr Präsident. Nur eine kurze Nachspielzeit von 30 Sekunden.

Frau Kollegin Neuenhaus, mich hat jetzt doch der sportliche Ehrgeiz gepackt, und ich habe die Antwort auf die Große Anfrage gelesen.

(Heiterkeit)

Ich habe dabei festgestellt, dass die Zahlen, die ich vorhin zu den Polizeieinsätzen genannt habe, aktuell aus der Saison 2009/2010 stammen. Diejenigen, die in der Antwort auf die Große Anfrage stehen, waren aus der Vorsaison. Ich habe Ihnen die aktuellen Zahlen genannt.

Vielen Dank.

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Damit ist Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Anstieg politisch motivierter Gewalt – Demokratie muss wachsam bleiben – beantragt von der Fraktion der CDU

Es gelten die üblichen Redezeiten: fünf Minuten für die einleitenden Erklärungen und fünf Minuten für die Redner in der zweiten Runde.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Blenke.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ein sehr guter Mann!)

Abg. Thomas Blenke CDU: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! In einer Publikation der Gewerkschaft der Polizei war dieser Tage zu lesen, die Berliner Staatsan-

(Thomas Blenke)

waltschaft habe in mehreren linken Szeneläden eine Broschüre beschlagnahmt, in der Tipps für Anschläge und Sabotageaktionen gegeben wurden. Darin seien detaillierte Anleitungen, etwa wie man Brandsätze baut, wie man mit Hakenkrallen Züge stoppt oder wie man Strommasten umsägt. Die Sicherheitsbehörden in Berlin befürchteten, dass die Bereitschaft junger Autonomer zu Anschlägen weiter verstärkt werde.

Meine Damen und Herren, wir gewöhnen uns fast schon an regelmäßige Meldungen über politisch motivierte Straftaten von rechts oder von links. Diese Straftaten sind oftmals mit Gewalt und Gewalttaten verbunden. Opfer sind dann in aller Regel vor allem Polizisten. So hat der Innenminister bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts vor einigen Wochen auch gesagt:

Die Gewaltbereitschaft der linksextremistischen Szene ist alarmierend angewachsen. Auch beim Rechtsextremismus besteht kein Grund zur Entwarnung.

Ich will Ihnen kurz einige nüchterne Zahlen nennen, die die unterschiedliche Entwicklung darstellen:

Im Bereich des Rechtsextremismus ist noch immer die weit aus größere Zahl von Straftaten zu verzeichnen. Allerdings haben wir in diesem Bereich, insbesondere bei den Gewalttaten, einen deutlichen Rückgang zu verzeichnen. In den vergangenen Jahren hat sich die betreffende Zahl ungefähr halbiert. Das ist eine positive Entwicklung, wobei ganz klar ist: Jede einzelne Tat ist eine Tat zu viel. Deswegen ist in dieser Hinsicht, wie der Minister bemerkte, weiterhin Wachsamkeit angesagt.

Im Bereich des Linksextremismus jedoch war binnen eines Jahres – von 2008 auf 2009 – eine besorgniserregende Zunahme der Zahl der Straftaten zu beobachten. Sie stieg in Baden-Württemberg von 364 auf 940, während sich die Zahl der Gewalttaten von 31 auf 95 erhöht hat.

Prügelknabe ist immer die Polizei. Sie hat bei ihren Einsätzen unter einem hohen Aggressionsniveau, einer sinkenden Hemmschwelle für Gewalttaten und Respektlosigkeit zu leiden. Sie steht bei Konfrontationen zwischen rechts und links oft regelrecht zwischen den Fronten. Es ist aus unserer Sicht unerträglich, dass diejenigen, die die Ordnung zu wahren haben, die die Demonstrationsfreiheit gerade zu sichern haben – auch derer, die sie ausnutzen, um gewalttätig zu werden –, tätlichen Angriffen ausgesetzt sind.

In Ulm wurden im Mai vergangenen Jahres bei Aktionen von 500 Linksextremisten 29 Polizeibeamte zum Teil schwer verletzt. In Freiburg gab es im November 2009 eine Demonstration mit einem sogenannten schwarzen Block. Dabei wurden glücklicherweise „nur“ zwei Polizeibeamte verletzt, was der guten Schutzausrüstung der Polizei zu verdanken war. In diesem Zusammenhang ist es schon bemerkenswert, dass sich die Grünen hier im Haus veranlasst sahen, sich in einem Antrag kritisch mit dem „massiven Polizeieinsatz“ bei genau dieser Veranstaltung in Freiburg auseinanderzusetzen,

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Das muss man auch!)

und behaupten, der Einsatz sei massiv und unverhältnismäßig gewesen. Ich darf Ihnen aus der Stellungnahme des Innenmi-

nisteriums zu diesem Antrag zitieren – es ging um 150 verummumte Personen, nicht um „einzelne Personen“, wie es im Antrag der Grünen heißt –:

... wurden ... Straftaten wie Körperverletzungen, versuchte Körperverletzungen, versuchte gefährliche Körperverletzungen, Beleidigungen, Landfriedensbruch und weitere Vergehen nach dem Versammlungsgesetz festgestellt.

Da stelle ich die Verhältnismäßigkeit eines solchen Polizeieinsatzes nicht infrage. Es geht darum, die Ordnung zu wahren und Straftaten zu verhindern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rück CDU: Bravo!)

Meine Damen und Herren, der vorhin genannte Anstieg im Bereich des Linksextremismus im vergangenen Jahr war in weiten Teilen sicherlich durch die Bundestagswahl und die Europawahl sowie den NATO-Gipfel in Baden-Baden und Kehl verursacht. Das mag die Begründung sein. Aber ich will ganz klar sagen: Eine Rechtfertigung kann dies in keiner Weise darstellen. Es zeigt nämlich im Gegenteil die Perversion linksextremistischer Gewalt. Die Wahlen sind doch gerade die Grundlage der Demokratie und damit auch der Demonstrationsfreiheit. Die NATO, die hier ihren Gipfel durchgeführt hat, garantiert bei uns seit 60 Jahren Demokratie, Freiheit und damit indirekt auch die Demonstrationsfreiheit.

Deshalb, meine Damen und Herren: Demokratie muss wehrhaft sein. Wir halten die jetzt in der Innenministerkonferenz vereinbarte Erhöhung des Strafrahmens bei Widerstandshandlungen gegen Polizeibeamte für sehr gut und sehr richtig. Das ist die richtige Antwort. Das muss so sein.

Wir halten Gewaltandrohungen bei Nichterreichen politischer Ziele für völlig inakzeptabel. Wer solche Drohungen ausspricht, ist intolerant und missachtet grundlegende Spielregeln im Umgang mit demokratisch zustande gekommenen Entscheidungen.

Ich sage dies auch ganz bewusst vor dem Hintergrund, dass ein Kollege unseres Hauses, Herr Drexler, sich wegen seines Einsatzes für Stuttgart 21 derzeit exakt solchen Drohungen ausgesetzt sieht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist eine Schweinerei!)

Das ist unerträglich. Da muss die Demokratie wehrhaft sein und dagegen vorgehen.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Auf weitere Folgerungen, die insbesondere aus dem beängstigenden Anstieg der Zahl der Straftaten im Bereich des Linksextremismus, aber auch aus den anhaltend zu verzeichnenden Straftaten im Bereich des Rechtsextremismus zu ziehen sind, will ich in der zweiten Runde zu sprechen kommen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Braun.

Abg. Stephan Braun SPD: Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mit einem eingeschränkten Lob für die CDU-Fraktion beginnen. Sie wollen mit dieser Debatte das Thema Extremismus zu einem Ihrer Themen machen. Wir haben seit Jahren darauf gewartet, Sie geradezu dazu gedrängt. Zwei Zahlen mögen dies belegen: Seit Beginn der letzten Legislaturperiode, also seit 2001, kamen aus Ihren Reihen ganze 15 Anträge zu diesem Bereich; von uns waren es 51.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Von Ihnen persönlich?
– Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

15 : 51 – das ist die Relation. Das ist ein Indikator der Arbeit im Ausschuss und im Parlament. Wir haben diese Arbeit geprägt. Wir prägen sie weiter, aber wir sind froh darüber, wenn Sie sich dieser Aufgabe nun zuwenden, denn das ist um der Sache willen nötig.

Zum Inhaltlichen: Sie stellen den Linksextremismus in den Mittelpunkt Ihres Debattenbeitrags, verweisen auch auf den spürbaren Anstieg der Zahl linksextremistisch motivierter Straf- und Gewalttaten. Ich sage Ihnen: Sie tun das zu Recht. Ich tue das übrigens auch, auch wenn ich über andere Arten von Extremismus anderswo spreche.

Das Gewaltmonopol liegt beim Staat. Daran darf es keinen Zweifel geben.

(Beifall bei der SPD)

Der Anstieg der Zahl linksextremistisch motivierter Gewalttaten ist besorgniserregend und provoziert geradezu die Frage: Was tun Sie denn dagegen? Was tut der Innenminister, was tut die Kultusministerin, was tun Sie als Fraktion dagegen? Sie haben doch die Mehrheit, Sie stellen die Regierung. Legen Sie also doch bitte schön ein Programm auf, das sich zielgenau mit den Fragen des Linksextremismus befasst und zielgenau Antworten gibt,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Sehr gut!)

und lassen Sie nicht immer die Polizeibeamtinnen und -beamten die Folgen der Entwicklung ausbaden. Denn wahr ist auch, dass Links- und Rechtsextremisten am Rande von Demonstrationen zu Gewalt neigen, dass es zu Übergriffen auf friedliche Demonstrationsteilnehmer und auch zu Übergriffen gegenüber der Polizei kommt.

Wir schließen daraus erstens: Polizeibeamte müssen in besonderer Weise geschützt werden. Zweitens: Es ist eine Weiterentwicklung von Deeskalationsstrategien gefragt. Drittens, fürchte ich, hilft es wenig, nur auf verschärfte Strafen hinzuwirken. Hier müssen wir tiefer bohren. Ich denke, diese Debatte kann unter Umständen ein Anfang sein.

Nun zu der Frage, liebe Kolleginnen und Kollegen: Warum fällt es Ihnen eigentlich so schwer, mit dem Thema Extremismus umzugehen, und warum tun Sie sich so schwer, adäquate Antworten zu finden? Wir von der SPD-Fraktion meinen: Das hängt mit dem in Ihren Reihen häufig gebrauchten Totalitarismusbegriff zusammen, also dieser fatalen Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus. Deshalb will ich darüber

reden, was unterschiedliche Extremismustypen sind und was sie voneinander trennt. Denn nur, wenn wir das berücksichtigen, können wir auch die adäquaten Antworten geben.

Der entscheidende Punkt ist, dass das Grundgesetz die Würde des einzelnen Menschen in den Mittelpunkt stellt und alle anderen Werte, Garantien und Pflichten davon ableitet. Diese Vorrangstellung von Artikel 1 des Grundgesetzes, demzufolge das Kollektiv dem einzelnen Menschen zu dienen hat, in dem aller staatlichen Gewalt die Verpflichtung auferlegt ist, die Würde des einzelnen Menschen zu achten und zu schützen, besagt doch, dass im Konfliktfall in dem Spannungsfeld zwischen Individuum und Kollektiv derjenige die gesamte Argumentationslast zu tragen hat, der die Rechte des Kollektivs zu Lasten des Individuums stärken will.

Im Rechtsextremismus ist es genau umgekehrt, im Linksextremismus auch, und ich behaupte, auch im Islamismus. Das ist das, was diese Extremismustypen eint: die Trennlinie zum Grundgesetz. Aber die Begründungszusammenhänge, die dazu führen, sind grundverschieden. Da sage ich Ihnen: Es ist eben ein fundamentaler und auch ein qualitativer Unterschied, ob jemand die Gleichwertigkeit oder die Ungleichwertigkeit von Menschen zum Maßstab seiner Entscheidungen macht.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Bärl Mielich
GRÜNE – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wollen Sie etwas schönreden?)

Wer dies nicht berücksichtigt, kann auch keine adäquaten Antworten geben. Deshalb halten wir es für grottenfalsch, wenn Schwarz-Gelb in Berlin die Programme gegen Rechtsextremismus zusammenkürzen will, um die übrig gebliebenen Mittel dann irgendwie für Projekte gegen einen wie auch immer gearteten Extremismus einzusetzen.

Ich sage Ihnen: Wir, die SPD-Fraktion, nehmen jede Spielart des Extremismus ernst.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie wollen ein bisschen schönreden!)

Wir relativieren nichts, wir verharmlosen nichts. Deshalb auch ein Blick auf die Opferzahlen.

Die Anzahl der Todesopfer rechter Gewalt in Deutschland seit 1990 beträgt 140.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Deswegen die Zusammenarbeit mit der Linken! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Zuhören lernen!)

Im gleichen Zeitraum waren es in Baden-Württemberg acht. Die Zahlen zeigen, vor welchen Herausforderungen wir stehen. Da verwundert es uns schon und irritiert uns, wie Ihre Wahrnehmung bisweilen ist. Beispielsweise finden im an den Wahlkreis des Ministerpräsidenten angrenzenden Nachbarwahlkreis rassistische, gewaltverherrlichende, den Nationalsozialismus verherrlichende Konzerte statt. Das ist die Droge zum Einstieg in die Szene. Und Sie brauchen ausgerechnet die Antifa, die Sie darauf hinweist.

Da macht die Junge Union in Göppingen mit ihrer „Eislinger Erklärung“ seit Wochen Schlagzeilen.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

(Stephan Braun)

Weder der Ministerpräsident noch die örtlichen Abgeordneten finden die Kraft, sich von diesem Pamphlet zu distanzieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Marianne Wonnay SPD: Genau! – Abg. Claus Schmiedel SPD: So sieht es aus! – Zurufe von der CDU – Unruhe)

Herr Präsident, könnten Sie für ein bisschen Ruhe sorgen, damit ich durchkomme.

(Glocke des Präsidenten – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Keine Kritik am Präsidenten! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Belehrungen des Präsidenten sind nicht notwendig! – Unruhe)

Präsident Peter Straub: Herr Abg. Braun, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Abg. Stephan Braun SPD: Ich dachte, ich könnte mir das Ganze einteilen. Dann lassen Sie mich bitte zum Ende kommen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie wollen die linke Szene schönreden! – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Jeder vierte junge NPD-Kader kommt inzwischen aus Baden-Württemberg. Wir finden in der Freiburger Gegend bombenfähiges Material. Bis heute warten wir auf eine Aussage darüber,

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sie sind links-links! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie sind ein Schönredner! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

wie weit sich hier Tendenzen vom Rechtsextremismus zum Rechtsterrorismus zu verfestigen scheinen. In diesem Punkt ist der Verfassungsschutz etwas ahnungslos.

(Zuruf des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

Vom Minister haben wir bisher in diesem Bereich keine Antwort bekommen.

(Zurufe von der CDU)

Lassen Sie mich zusammenfassen: Es ist gut, wenn Sie sich mit dem Thema Extremismus befassen. Es ist gut, wenn Sie sich mit dem Linksextremismus befassen. Aber geben Sie diese fatale Gleichsetzung auf. Sie ist nicht zielführend. Sie hilft niemandem. Sie trägt zu einer Trübung der Wahrnehmung bei.

(Beifall bei der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie sind ein Verharmloser! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Unerträgliche Verharmlosung! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Getroffene Hunde bellen! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Dann sind Sie aber oft getroffen!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Sckerl.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Jetzt kommt ein Feind der linken Szene!)

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Es gibt nichts zu beschönigen: Wir haben Herausforderungen durch extremistische Gewalt von rechts und von links. Das ist überhaupt keine Frage. Die Grünen stellen sich diesen Fakten, aber auch den dahinter stehenden Phänomenen wirklich schon lange, und zwar im Alltag im Parlament, vor allem aber auch im Alltag in den Kommunen, in denen Auseinandersetzungen stattfinden.

Weder ist das Phänomen des Rechtsextremismus, noch ist das Phänomen des Linksextremismus gebannt. Beide stellen eine Herausforderung für unsere Demokratie dar. Da gibt es überhaupt nichts zu beschönigen.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Wir relativieren auch nichts, Herr Kollege Blenke.

Wenn wir verschiedene Veranstaltungen zum Anlass nehmen, genau hinzuschauen, hat das seine Gründe. Natürlich reden wir in diesem Zusammenhang nicht abfällig über die Polizei, sondern wir reden über Erfolg oder Misserfolg von Deeskalationsstrategien. Darüber werden wir auch in Zukunft noch sehr intensiv und sehr differenziert reden müssen.

Aber wo Gewalt stattfindet, wo Gewalt gegen Personen oder gegen Sachen ausgeübt wird, halten wir dagegen. Da gibt es überhaupt keinen Zweifel. Ich denke, dass das ein Grundsatz ist, der uns nicht nur in diesem Haus, sondern darüber hinaus eint. Demokratische Parteien und ihre Mitglieder sind gegen Gewalt als Mittel politischer Auseinandersetzung. Das ist überhaupt gar keine Frage. Dazu steht auch die Fraktion GRÜNE, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen)

Jetzt gibt es in Baden-Württemberg eine Entwicklung, bei der das eine Mal die rechtsextremistische und das andere Mal die linksextremistische Gewalt im Fokus steht. Laut Verfassungsschutzbericht von 2009 ist das derzeit die linksextremistische Gewalt. Das steht auch im Zusammenhang mit einer entsprechenden Entwicklung auf Bundesebene.

Werfen wir trotzdem, ohne dass ich etwas relativieren will, einen differenzierten Blick darauf. Wir glauben nicht, dass sich diese Entwicklung im Jahr 2010 fortsetzen wird. 2009 war ein besonderes Jahr. Es gab den NATO-Gipfel, den unglückseligen 1. Mai in Ulm und eine Reihe weiterer Veranstaltungen.

Der Verfassungsschutzbericht sagt uns zugleich, dass wir im linksextremistischen Bereich eine Stagnation bei den Mitgliederzahlen haben. Bei den Rechtsextremisten gibt es ebenfalls rückläufige Zahlen, auch wenn die Organisationsmuster unterschiedlich sind. Das ist natürlich kein Anlass, innezuhalten, sondern es ist Anlass, die Auseinandersetzung fortzusetzen.

Wir halten es für extrem wichtig, die Polizei mehr und mehr aus der Schusslinie zu bekommen. Denn es ist fatal, dass sie mehr und mehr in die Rolle des Prügelknaben der Nation geraten ist.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

(Hans-Ulrich Sckerl)

Da sind wir uns auch völlig einig. Da müssen bessere Ausrüstung und mehr Schutz vorhanden sein, da muss man aber als Demokrat auch bereit sein, an der Seite der Polizei zu stehen und zu sagen: So nicht. Es kann nicht sein, dass die Polizei zunehmend zum Prügelknaben in politischen Auseinandersetzungen wird.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Wenn wir uns die – von Baden-Württemberg nicht unterstützte – Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts über Gewalt gegen Polizeibeamte insgesamt ansehen, dann stellen wir fest, dass das Problem viel weiter gefächert ist. Der Zwischenbericht lag der Innenministerkonferenz vor wenigen Tagen schon vor. Gewalt gegen Polizei, Herr Innenminister, ist ein gesellschaftliches Phänomen insgesamt geworden. Wenn die Polizei in Häuser kommt, wenn die Polizei auf Feste kommt, wenn die Polizei auf Streife geht, gibt es immer öfter aggressive Gewaltausbrüche. Da haben wir eine ganz andere Diskussion und ein ganz anderes Maßnahmenbündel vor uns.

Was die politische Gewalt betrifft, kann es keinen Zweifel geben: Wir müssen dagegenhalten, wir müssen unsere Polizei schützen. Aber, Herr Kollege Blenke, Demokratie darf in diesem Zusammenhang nicht nur auf der Sicherheitsseite wachsen bleiben, Demokratie muss deutlich mehr tun. Demokratie muss stärker um Zustimmung werben, gerade bei jungen Menschen. Wenn Sie junge Menschen fragen, die gegenüber dem Linksextremismus offen scheinen – in so genannten Antifa-Gruppen, autonomen Gruppen, Gruppen, die sich kritisch mit den Folgen der Globalisierung beschäftigen –, werden Sie feststellen, dass diese jungen Leute zunächst einmal völlig edle demokratische und soziale Motive haben. Um solche Leute müssen wir als Demokraten werben und ihnen Angebote machen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Was sind edle Motive in diesem Zusammenhang?)

Unsere Demokratie muss nach wie vor mehr Möglichkeiten zum Mitmachen bieten. Da haben wir in Baden-Württemberg Handlungsbedarf. Da ist die Politik stärker gefordert.

In der zweiten Runde können wir uns gern noch darüber unterhalten.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kluck.

Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist so gekommen, wie ich es erwartet habe. Die CDU geißelt die Blindheit auf dem linken Auge, die SPD warnt vor der Sehschwäche auf dem rechten Auge, die Grünen reihen sich in die Antifaschismuseinheitsfront ein.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist ja extremer Liberalismus! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und was macht ihr? – Abg. Thomas Blenke CDU: Jetzt kommen die Liberalen!)

Für die Liberalen stelle ich fest, dass Gewalt, egal, woher sie kommt, kein Mittel der politischen Auseinandersetzung ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Meine Damen und Herren, für uns sind rechte Schläger, linke Randalierer und autonome Brandstifter keine politisch motivierten Leute, sondern ganz gewöhnliche Kriminelle, die mit der ganzen Härte des Gesetzes bekämpft werden müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Walter Heiler SPD: Wer hat etwas anderes gesagt?)

Die FDP/DVP unterscheidet auch nicht zwischen Gewalt gegen Menschen und Gewalt gegen Sachen. 48 Gewalttaten von rechts im Jahr 2009 sind 48 zu viel, und 95 Gewalttaten von links sind 95 zu viel. Durch eine Anfrage meines Fraktionskollegen Dr. Hans-Peter Wetzels vom Januar ist die steigende Tendenz deutlich geworden. Die Zahl rechter Straftaten stieg von 1 166 im Jahr 2005 auf 1 268 im letzten Jahr, die Zahl linker Straftaten im gleichen Zeitraum von 460 auf 940.

Dieser steigenden Tendenz gilt es Einhalt zu gebieten. Über eine teilweise rückläufige Entwicklung bei Delikten rechter Gewalt können wir uns nicht recht freuen, wenn gleichzeitig die Zahl der Delikte linker Gewalt zunimmt. Wir dürfen der zurückgehenden Anerkennung staatlicher Autorität und dem damit einhergehenden Mangel an Respekt vor Justiz-, Sicherheits- und Ordnungsbehörden nicht tatenlos zusehen. Wichtig ist vor allem, diesem Krawalltourismus ein Ende zu bereiten.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Dazu brauchen Polizei und Justiz unser aller Unterstützung.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Jawohl!)

Es reicht aber nicht, politisch motivierte Gewalt nur mit Schlagstock und Bestrafung zu bekämpfen; wichtig ist die geistig-politische Auseinandersetzung mit dem Extremismus. Vor allem Kinder und Jugendliche müssen gegen rechte wie linke Gewaltparolen immunisiert werden. Hierzu leistet das Landesamt für Verfassungsschutz wertvolle Beiträge. Wichtig ist auch das von der Landeszentrale für politische Bildung und von der Landesstiftung unterstützte Projekt „Team meX. Mit Zivilcourage gegen Extremismus“, in dessen Beirat ich mitarbeiten darf.

Die FDP lehnt bekanntlich Monopole ab – mit einer Ausnahme: Wir stehen uneingeschränkt zum staatlichen Gewaltmonopol. Wir wollen eine wehrhafte Demokratie und danken allen, die sie gegen Feinde von rechts wie links verteidigen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger und Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP: Sehr gut!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Innenminister Rech.

Innenminister Heribert Rech: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin dankbar dafür, dass wir heute

(Minister Heribert Rech)

über die Entwicklungen der politisch motivierten Gewalt debattieren. Es ist wirklich so: Wir müssen wachsam sein. Allerdings müssen die Statistiken hinterfragt und relativiert werden. Wir müssen lange Zeiträume im Blick haben. Wir müssen über Entwicklungen und nicht über einzelne Zahlen diskutieren.

Ich will sagen: Auswüchse wie in Berlin oder Hamburg, wo regelmäßig Autos brennen, haben wir in Baden-Württemberg nicht. Aber es gab dennoch auch in Baden-Württemberg bereits Brandanschläge, zu denen sich militante linksextremistische Gruppen bekannt haben.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das FDP-Büro in Heilbronn!)

Die Öffentlichkeit hat diese Vorfälle nicht oder jedenfalls kaum wahrgenommen. Aber sie haben uns in unserer Wachsamkeit noch weiter bestärkt.

Die Entwicklung der politisch motivierten Gewalt spricht eine deutliche Sprache. Auf eine Zahl will ich doch noch hinweisen: Im letzten Jahr ist die Gesamtzahl dieser Taten bundesweit um ein Fünftel gestiegen. Damit haben wir den höchsten Wert seit dem Jahr 2001 zu verzeichnen. Baden-Württemberg ist von dieser Entwicklung nicht verschont geblieben. 175 politisch motivierte Gewaltdelikte im Jahr 2009 bedeuten eine Steigerung um über 30 % im Vergleich zum Vorjahr.

Der leichte Rückgang bei den rechtsextremistischen Straftaten ist zwar erfreulich, aber kein Grund zur Entwarnung.

Ich möchte Sie auf einen Artikel im „Reutlinger General-Anzeiger“ hinweisen, der gestern, am 9. Juni, erschienen ist. Er zeigt in erhellender Weise die Tendenz im Spannungsfeld auf.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Immer Reutlingen!)

– Nein, nein. – Da beklagen sich Polizeibeamte – das ist ein Appell an uns, an die Politik –, dass Fischwilderei stärker sanktioniert sei als Angriffe auf Polizisten. Sie sehen in der Anhebung des Strafrahmens, die wir in der Innenministerkonferenz beschlossen haben, immerhin ein Signal, dass Angriffe auf Polizeibeamte keine Kavaliersdelikte sind. Dann sagen sie aber weiter: Allein bei der Reutlinger Polizeidirektion ist die Zahl der Beleidigungen gegen Beamte im letzten Jahr um 10 % auf 69 Delikte gestiegen. Diese unerfreuliche Quote kann man repräsentativ für alle Polizeidirektionen im Land sehen. Sie sagen aber dazu: Beleidigungen landen überwiegend nicht vor Gericht.

Es zeigt sich noch eine andere Tendenz: Wenn Beamte jemanden wegen Widerstand anzeigen, dann kommt immer häufiger eine Gegenanzeige wegen Körperverletzung im Amt. Dies kann schon während der Überprüfung, während des Verfahrens dienstrechtliche Konsequenzen haben. Auch das ist eine unerfreuliche Tendenz.

Kollege Sckerl hat von einer Deeskalationsstrategie gesprochen. Die fahren wir; die gehört zu unserer Einsatzkonzeption bei der Polizei. Das ist einer der wichtigsten Bestandteile. Aber manchmal ist mit Deeskalation nichts zu erreichen. Dazu möchte ich auch sagen, was mir viele Polizeibeamte immer wieder berichten: Früher hat es genügt, wenn ein Strei-

fenwagen vorgefahren ist, damit sich die betrunkenen, randalierenden Jugendlichen vom Acker gemacht haben. Heute ist dies nicht mehr ausreichend, und die Beamten werden häufig noch attackiert, beleidigt und angegriffen. Die Zeiten haben sich geändert.

Deswegen will ich auf die zunehmende Gewaltbereitschaft insgesamt, auf den nachlassenden Respekt vor dem Staat insgesamt und seinen Repräsentanten hinweisen. Das muss uns allen miteinander Sorge bereiten.

Sorge bereitet mir auch die Zahl der Gewaltdelikte von Linksextremen. Sie hat sich im letzten Jahr mehr als verdoppelt. Dabei hat besonders die Zahl der Widerstandshandlungen und der Körperverletzungsdelikte stark zugenommen. Hierbei geht es nicht um Kleinigkeiten, sondern es geht um massive gewalttätige Auseinandersetzungen wie beispielsweise – das wurde erwähnt – bei der Demonstration am 1. Mai in Ulm. Das war ein trauriger Höhepunkt. Hier zeigt sich eine erschreckend hohe Gewaltbereitschaft; Kollege Blenke hat darauf hingewiesen: Allein bei dem dortigen Einsatz sind 29 Polizeibeamte verletzt worden.

Erwähnt wurde auch der NATO-Gipfel. Wenn wir uns diese chaotischen Krawallszenen vor Augen halten, dann zeigt uns das deutlich, dass wir dieser hemmungslosen Gewalt entschieden und vor allem sehr frühzeitig begegnen müssen.

Eines ist klar: Politisch motivierte Kriminalität, egal, aus welcher Richtung, ist nicht hinnehmbar, und wir werden sie auch nicht hinnehmen. Herr Kollege Braun hat zu Recht gefragt: Was tun wir? Diese Frage will ich beantworten, indem ich zunächst einmal darauf hinweisen darf, dass wir, die Polizei und der Verfassungsschutz, natürlich nicht nur die rechte und die linke Szene im Blick haben, sondern auch die politisch motivierte Ausländerkriminalität und die anhaltende Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus. Auch das ist eine anhaltende Herausforderung.

Die Sicherheitsstrukturen in Baden-Württemberg werden diesen Bedrohungen fortlaufend angepasst. Das Landesamt für Verfassungsschutz und die Polizei arbeiten eng zusammen, und das ist – das ist eine wichtige Feststellung – bei uns in Baden-Württemberg vorbildlich.

Eine große Bedeutung kommt dabei natürlich einer möglichst intensiven Informationsgewinnung zu. Insbesondere die linksextremistische Szene werden wir also auch künftig sehr intensiv beobachten.

Wenn unsere offensive Vorfeldstrategie uns einen guten Einblick in die Kreise politisch motivierter Straftäter ermöglicht, so ist es aber natürlich an uns als Gesellschaft, darauf zu achten. Auf diesen Punkt hat Kollege Sckerl hingewiesen, und ich will das unterstreichen: Wir als Gesellschaft sind gefordert, der politisch motivierten Gewaltbereitschaft den Nährboden zu entziehen. Wir müssen die Öffentlichkeit auf die Zunahme linksextremistischer Gewalt aufmerksam machen, um das Bewusstsein für diese beunruhigende Entwicklung zu schärfen.

Meine Damen und Herren, nur informierte und sensibilisierte Bürgerinnen und Bürger können in die notwendige geistig-politische Auseinandersetzung mit dem Linksextremismus

(Minister Heribert Rech)

eintreten. Das gilt natürlich gleichermaßen auch für den Rechts-
extremismus.

(Beifall des Abg. Thomas Blenke CDU – Abg. Tho-
mas Blenke CDU: Sehr gut!)

Zudem müssen wir die Polizei besser schützen. Die Sicher-
heit der Kolleginnen und Kollegen im täglichen Dienst muss
höchste Priorität haben. Das fängt bei der Aus- und Fortbil-
dung an. Ein gezieltes Einsatztraining schafft Handlungssi-
cherheit der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Auch auf
den sachgerechten Einsatz der Schutzausstattung legen wir
großen Wert. Beispielsweise ist als Konsequenz aus dem
Amoklauf in Winnenden/Wendlingen beabsichtigt, die Strei-
fenfahrzeuge der operativen Einheiten mit ballistischen Schutz-
helmen oder ganzen Schutzpaketen auszustatten, bestehend
aus Helm, Halskrause und Tiefschutz. Dafür werden immer-
hin 3,6 Millionen € veranschlagt.

Aber auch im Bereich des Strafrechts – das sage ich noch
einmal – müssen wir deutlich machen, dass wir es nicht akzep-
tieren, wenn die Autorität des Staates durch Gewaltübergrif-
fe gegen Polizeibeamte infrage gestellt wird und Ausschrei-
tungen bei Polizeieinsätzen bagatellisiert werden. Auch Be-
leidigungen von Polizeibeamten sind für mich keine Bagatell-
delikte; auch da müssen wir stärker deutlich machen, dass wir
hinter den Polizeibeamten stehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abge-
ordneten der SPD – Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr
gut!)

Solche Beleidigungen sind auch demotivierend für eine jun-
ge Polizeibeamtin oder einen jungen Polizeibeamten. Sie müs-
sen sich einmal vor Ort anschauen und anhören, was die sich
alles gefallen lassen müssen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Ich sage nachher noch
etwas dazu!)

Ich bewundere manchmal die Standfestigkeit vor allem der
jungen Kolleginnen und Kollegen, die da noch stoisch ruhig
bleiben, obwohl jedem von uns wahrscheinlich schon längst
der Gaul durchgegangen wäre.

Kurzum: Ich habe mich deswegen bei der Frühjahrskonferenz
der Innenminister und -senatoren für den derzeitigen Gesetz-
entwurf der Bundesregierung ausgesprochen, nämlich den
Strafrahmen gemäß § 113 StGB auf drei Jahre zu erhöhen.
Nun weiß ich sehr wohl, dass es bei massiven Angriffen und
Körperverletzungen, die gegenüber Polizeibeamten begangen
werden, auf gesetzlicher Ebene natürlich ein ganzes Bündel
von Maßnahmen gibt, die man da ergreifen kann. Aber die Er-
höhung im Rahmen von § 113 StGB auf drei Jahre ist einfach
ein Signal.

(Zuruf von der CDU: Und die Justiz muss es aus-
schöpfen!)

Es hat einen gewissen Symbolcharakter – das gebe ich zu –,
aber es wird deutlich gemacht, dass wir nicht bereit sind, der
Entwicklung länger tatenlos zuzusehen. Aber es geht auch da-
rum, den strafrechtlichen Schutz von Feuerwehrleuten und
Rettungskräften insgesamt zu verbessern.

Angesichts der Entwicklungen der letzten Jahre – das will ich
als Letztes noch sagen – müssen alle gesellschaftlichen Kräf-
te und politischen Gruppierungen dazu beitragen, dass Aus-
schreitungen und Gewaltexzesse wie die zum 1. Mai – ich ha-
be es erwähnt – bei uns einfach nicht hingenommen werden.
Politisch motivierte Gewaltkriminalität, und zwar jeglicher
Couleur, muss über alle Parteigrenzen hinweg geächtet sein.
Der Staat muss ein klares Signal setzen, dass Gewalt gegen
Personen und Sachen als Mittel der politischen Auseinander-
setzung nicht akzeptiert wird.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der
CDU)

Ein demokratischer Staat wird seine demokratischen Errun-
genenschaften für seine Bürger nur so lange behalten, wie er sich
wehrhaft zeigt. Das müssen wir deutlich machen und auch
entsprechend handeln.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr.
Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg.
Blenke.

Abg. Thomas Blenke CDU: Herr Präsident, meine Damen
und Herren! Ich habe für die zweite Runde extra meine Bril-
le aufgesetzt, damit der Kollege Kluck sich, sobald er wieder
nach vorn schaut, davon überzeugen kann, dass ich auf kei-
nem Auge blind bin.

(Heiterkeit des Abg. Reinhold Gall SPD – Abg. Rein-
hold Gall SPD: Vielleicht ist es Fensterglas!)

– Das ist richtig; auf einer Seite habe ich die volle Sehkraft.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, wir sind
uns alle einig: Braune Sümpfe und sogenannte schwarze Blö-
cke haben bei uns, in unserem Land, nichts zu suchen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abge-
ordneten der SPD – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU:
Sehr gut!)

Im Bereich des Rechtsextremismus – Kollege Braun hat vor-
hin schon ausführlich darauf hingewiesen – findet bei uns ei-
ne geistig-politische Auseinandersetzung zum Glück und po-
sitiverweise gesamtgesellschaftlich statt. Präventions- und
Aufklärungsprogramme, die es in diesem Bereich auch auf
Landesebene zahlreich gibt, wirken offenbar – das zeigen die
Zahlen –, und deshalb sind sie positiv zu bewerten und müs-
sen fortgesetzt werden.

Im Bereich des Linksextremismus ist aber leider festzustel-
len, dass die öffentliche Wahrnehmung geringer ist und dass
es weniger Interesse und manchmal vielleicht auch – ich ha-
be es vorhin angedeutet – eine politische und mediale Ver-
harmlosung gibt. Deshalb sagen wir und fordern wir, dass im
Bereich des Rechtsextremismus die Präventions- und Aufklä-
rungsmaßnahmen beibehalten werden müssen,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Gruß nach Berlin!)

(Thomas Blenke)

weil sie nämlich auch sehr positiv wirken. Wir sagen aber auch: Im Bereich des Linksextremismus ist eine solche Aufklärungs- und Präventionskampagne ebenso erforderlich und muss aus meiner Sicht verstärkt werden. Darin unterscheiden wir uns offensichtlich, Kollege Braun, weil Sie in diesem Fall von einer fatalen Gleichsetzung sprechen. Gerade das wollen wir nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir wollen, dass beide Formen von Extremismus gleichermaßen konsequent bekämpft werden.

Jetzt möchte ich Sie, Kollege Braun, auf eines hinweisen: Sie haben vorhin etwas sehr Bedenkliches gesagt. Sie haben nämlich auf einen Einsatz im Freiburger Raum verwiesen, bei dem die Polizei aufgrund von Hinweisen aus der Antifa-Szene auf irgendwelche rechtsextremen Bombenbauer oder so etwas gekommen ist. Ich kenne den Zusammenhang nicht mehr genau, aber vorausgegangen waren Hinweise, die die Behörden aus der Antifa-Szene bekommen haben. Das hatten Sie vorhin angesprochen.

Meine Damen und Herren, das war in der Tat so. Nur, wenn Sie das der Polizei vorwerfen, dann ist das falsch. Denn die Polizei ist bei ihren Ermittlungen an Recht und Gesetz gebunden und kann nicht schnüffeln wie – so war es im konkreten Fall – Angehörige einer Hackerszene aus dem Antifa-Bereich. Die haben das erschnüffelt. Das sind aber Ermittlungsmethoden, die im Rechtsstaat unserer Polizei zu Recht nicht erlaubt sind. Deswegen ist es unredlich, Herr Kollege Braun, wenn Sie der Polizei vorwerfen, dass sie nur aufgrund von Hinweisen aus Kreisen der Antifa vorangekommen ist.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das ist wie mit der „Steuer-CD“!)

Meine Damen und Herren, ich möchte mich, Kollege Sckerl, noch etwas mit den Anträgen, die von Ihrer Seite immer wieder kommen, beschäftigen. Ich nehme Ihnen grundsätzlich alles ab, was Sie sagen, aber wir lesen und hören – auch im Innenausschuss, in den nicht öffentlichen Beratungen – irgendwie immer wieder zumindest eine unterschwellige Sympathie, die da bei Ihnen mitschwingt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Für wen? – Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

– Das sage ich Ihnen gleich. – Ich möchte Ihnen jetzt nur eines sagen. Es gab z. B. einmal einen Antrag von Ihnen, in dem Sie sich kritisch mit einem Polizeieinsatz auseinandersetzen, der im Dezember 2008 in Stuttgart gegen eine Demonstration wegen der geplanten Änderung des Versammlungsrechts stattgefunden hat. In der Begründung schrieben Sie, zahlreiche Teilnehmerinnen und Teilnehmer hätten darüber Beschwerde geführt, auch gegenüber Mitgliedern des Landtags – vermutlich gegenüber Ihnen; das ist in Ordnung. Der Vorwurf lautete: Die Polizei habe auf viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer unverhältnismäßig einschüchternd und abschreckend gewirkt.

Zu dieser Versammlung hatte u. a. eine „Revolutionäre Aktion Stuttgart“ aufgerufen; sie rief zu einem „kämpferischen und antikapitalistischen Block“ auf.

Die Polizei hat diesen Einsatz gefahren, weil wenige Tage zuvor bei einer ähnlichen Veranstaltung in Mannheim 100 verummte Personen drei Streifenwagenbesatzungen angegriffen haben. Ich muss sagen: Unter diesen Umständen ist ein solcher Polizeieinsatz gerechtfertigt. Denn wir müssen auch die Polizisten schützen, die dort im Einsatz sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es!)

Wenn bei dieser Versammlung 500 mit schwarzen Kapuzen-shirts bekleidete Personen zugange sind und es zu unfriedlichen Aktionen kommt, beispielsweise Knallkörper und Pyrotechnik gezündet werden, und – jetzt hören Sie mir bitte zu –

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Waren das Rechte oder Linke?)

– Es waren Linksextremisten. – Ich zitiere einmal, was z. B. im vorderen Block gegenüber den eingesetzten Polizeibeamten gesagt wurde – der Innenminister hat vorhin zu Recht das Thema Beleidigungen angesprochen –: Es wurden Parolen gerufen wie z. B. „Wir sind alle 129 a!“ Für die Nichtjuristen im Haus: § 129 a StGB bezieht sich auf die Bildung terroristischer Vereinigungen. „Wir sind alle 129 a!“, oder weiter: „All cops are bastards!“, oder weiter: „BRD-Bullenstaat, wir haben dich zum Kotzen satt!“

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Sckerl, wenn Sie in diesem Zusammenhang sagen, in den meisten Fällen stünden edle Motive dahinter, müssen Sie uns das bitte einmal erklären.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: So ist es! Sehr gut!)

Deshalb, meine Damen und Herren: keine braunen Sümpfe und keine schwarzen Blöcke. Wir wollen gegen Extremismus jeglicher Couleur konsequent vorgehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Thomas, klasse!)

Präsident Peter Straub: Ich erteile Herrn Abg. Braun das Wort.

Abg. Stephan Braun SPD: Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst, um ein Missverständnis auszuräumen: Herr Innenminister, auch wir waren für die Erhöhung des Strafrahmens in § 113 StGB. Wir haben dies begrüßt. Wir haben uns dafür eingesetzt. Denn es ist völlig klar, dass Gewalt gegen Polizeibeamte, gegen Feuerwehrleute und andere nicht akzeptabel ist, überhaupt nicht geht und bekämpft werden muss. Wir alle in diesem Haus sind uns darüber einig, dass das Gewaltmonopol beim Staat liegt und nur dort zu sein hat. Ich denke, hier gibt es keinen Dissens.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Für die FDP/DVP schon!)

(Stephan Braun)

Jetzt zu einem zweiten Missverständnis, auf das Sie, Herr Blenke, mich persönlich angesprochen haben.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Ja!)

Ich möchte Sie bitten, das im Protokoll später noch einmal nachzulesen. Im Zusammenhang mit Freiburg habe ich die Antifa nicht erwähnt. Die Antifa habe ich im Zusammenhang mit Mühlacker, dem Nachbarkreis neben dem Wahlkreis des Ministerpräsidenten, erwähnt.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Seine Heimatstadt!)

Dort ist es in der Tat so, dass wir über Jahre hinweg diese rechtsextremistischen Konzerte haben, diese Propagandamusi-
k, von der wir alle hier wissen, dass dies die Einstiegsdroge für die Szene ist. Deshalb sage ich, dass wir hier nicht auf Informationen der Antifa angewiesen sind. Genauso wie Sie finde ich es beschämend, wenn wir von der Antifa Informationen bekommen, weil wir beide auch wissen, wie diese zustande gekommen sind. Rechtsbruch ist Rechtsbruch. Das darf nicht gerechtfertigt werden,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Außer bei der „Steuer-CD“!)

und es ist keine seriöse Quelle, auf die man sich dann beziehen kann.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Okay! Danke schön!)

Zu der Frage, die sich im Zusammenhang mit Freiburg aufgetan hat, wissen wir nun, dass dieser Bombenbastler zum einen ein NPD-Kader war und zum anderen in der autonomen nationalistischen Szene tätig war. Die Frage, die uns hier beschäftigt – darauf haben wir bis heute noch keine befriedigende Antwort –, lautet: Inwieweit lassen diese Vorkommnisse auf sich verfestigende Tendenzen bezüglich eines Übergangs vom Rechtsextremismus zum Rechtsterrorismus schließen? Diese Frage halten wir für sehr notwendig, und wir bitten Sie, dem auch nachzugehen. Ich weiß nicht, ob Sie, Herr Minister, heute etwas dazu sagen können oder ob Sie uns dazu noch etwas nachliefern werden.

Es hat mich gefreut, dass Sie, Herr Blenke, sagen, die Programme gegen Rechtsextremismus sollten in diesem Umfang erhalten bleiben, und es sollten noch Programme gegen Linksextremismus hinzukommen. Wenn das so ist, dann sind wir auf Ihrer Seite. Dann haben Sie unsere Unterstützung. Aber unser Problem ist, dass Schwarz-Gelb in Berlin einen Koalitionsvertrag unterschrieben hat, mit dem genau das Gegenteil beabsichtigt wird.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE – Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es!)

Die Koalition in Berlin will die Programme gegen Rechtsextremismus eindampfen, und was dann übrig bleibt, soll in Programme gegen Extremismus allgemein umgewandelt werden. Da sagen wir: Das geht nicht. Das ist nicht zielgenau, und es reicht nicht aus. Es ist deshalb nicht zielgenau, weil die Begründungszusammenhänge dieser verschiedenen Extremismusarten unterschiedlich sind. Ich muss dem Extremismus also auf unterschiedliche Weise begegnen.

Aus diesem Grund weise ich darauf hin, dass es ein Unterschied ist, ob jemand beispielsweise die Gleichwertigkeit oder

die Ungleichwertigkeit zum Maßstab seiner Entscheidung macht. Diese sind doch für das Programm mitbegründend.

Deshalb unsere Bitte: Geben Sie die Gleichsetzung in diesem Fall auf. Denn so können wir nicht zielführend agieren.

Im Übrigen sind wir hier einer Meinung. Ich denke, wir sind bei diesem Thema in weiten Teilen einer Meinung, und dafür bin ich dankbar.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Sckerl.

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Blenke,

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Guter Mann!)

ich schätze Sie ja.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Wir auch!)

Ich sage Ihnen aber sehr deutlich: Sie können sich anstrengen, wie Sie wollen, und alle möglichen Bemühungen unternehmen, aber Sie werden uns in die Ecke, in die Sie uns stellen wollen, nicht hineinbekommen. Wir waren noch nie in dieser Ecke,

(Abg. Thomas Blenke CDU: Ja, doch! Das haben Sie in der letzten Sitzung gesagt!)

wir sind nicht in dieser Ecke, und wir werden auch nie in dieser Ecke sein.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sie haben es doch selbst gesagt! – Weitere Zurufe von der CDU)

Wir sind nicht in der Ecke der Sympathisanten mit dem Linksextremismus. Das sind wir nicht. Verstehen Sie?

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie waren es doch in der Vergangenheit! – Abg. Thomas Blenke CDU: Sie haben doch selbst gesagt, dass Sie es früher waren!)

Ich lade Sie gern einmal ein und zeige Ihnen, Herr Blenke, wie Grüne im Alltag in diesem Bereich diskutieren. Denn Sie haben vorhin beklagt, eine Auseinandersetzung mit dem Linksextremismus finde nicht statt; da gebe es eine merkwürdige Toleranz, eine Verharmlosung oder was auch immer.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Wir hatten mit den Leuten nie etwas zu tun!)

Es reicht nicht, dazu nur Reden im Parlament zu halten. Ich lade Sie gern einmal ein, eine Veranstaltung einer globalisierungskritischen Jugendorganisation zu besuchen. Das mag beispielsweise eine gewerkschaftlich organisierte Jugendgruppe sein. An einer solchen Veranstaltung nehmen aber oft auch Mitglieder autonomer oder linksextremistischer Gruppen teil, die einen gewissen Hang zu Gewalttätigkeiten oder eine grundsätzliche Gewaltbereitschaft haben. Dort müssen Sie dann die Werte der Demokratie und die Demokratie insgesamt verteidigen. Das ist Alltag. Das müssen Sie dann aber auch mitmachen.

(Hans-Ulrich Sckerl)

Ich habe es bereits vorhin gesagt: Junge Leute im Alter von 16, 17, 18 Jahren haben häufig ein Problem mit der sozialen Gerechtigkeit auf der Welt. Sie sehen die sozialen Verwerfungen; sie sehen die Folgen der Finanzkrise. Diese jungen Menschen wollen sich engagieren und gehen dazu in globalisierungskritische Gruppen. Dort treffen sie aber auf gut ausgebildete Kader aus dem Bereich des Linksextremismus, und dann werden diese jungen Leute von denen agitiert. Nach zwei Jahren machen dann manche bei Gewaltaktionen mit. Deren Gewaltpotenzial hat sich erhöht. Aber das sind junge Menschen; sie sind nicht für alle Zeiten für die Demokratie verloren.

(Beifall der Abg. Ilka Neuenhaus GRÜNE)

Da muss man sich als Demokrat engagieren und Alltagsarbeit leisten. Ich lade Sie gern ein. Wenn Sie das möchten, melden Sie sich; dann machen wir einmal einen Termin aus, und dann zeige ich Ihnen, wie schwierig es ist, so etwas im Alltag zu leisten, und wie leicht es ist, im Parlament dazu kluge oder auch herausfordernde Reden zu halten. Das ist ein ganz großer Unterschied.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Stephan Braun SPD)

Wie gesagt: Wir machen das bereits, und wir werden dabei auch nicht nachlassen. Das ist unser Job. Da haben wir auch eine besondere Verantwortung; das hat mit unserer Gründung,

(Abg. Thomas Blenke CDU: Gehen wir doch einmal zusammen zu einem Polizeieinsatz bei einer Demonstration!)

unseren Themen usw. zu tun.

Sie haben eher im Bereich der rechten Szene eine besondere Verantwortung; das wissen Sie.

(Lachen des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP – Abg. Thomas Blenke CDU: Was? Wie ist das gemeint?)

– Es gibt einen besonderen Anlass; ich will das aber jetzt auch nicht höher hängen als nötig. Der Kollege Braun hat vorhin zu Recht darauf hingewiesen, dass so etwas wie in Göppingen nicht noch einmal stattfinden darf. Ich habe mir das einmal angeschaut; ich habe es gelesen. Ich weiß, dass das nur ein Arbeitskreis der Jungen Union ist. Ich will das Thema jetzt nicht hochziehen. Aber wenn im Internet und anderswo über Wochen hinweg eine völlig unreflektierte Debatte stattfindet, wie ich sie bislang nur aus rechtsextremistischen Kreisen kenne – da gibt es die Forderung, man müsse endlich einmal mit dieser „Selbstgeißelung“, was die Verbrechen des Holocaust betrifft, aufhören, und die Deutschen müssten aufhören, sich zu erniedrigen, und ähnliche Geschichten; da gibt es Feindlichkeit gegen Homosexualität usw. –, dann erwarte ich von der CDU, dass sie einen Schlussstrich zieht und sagt: „Das ist mit CDU-Politik völlig unvereinbar.“ Das fehlt jedoch bis zum heutigen Tag, und deswegen leidet Ihre Glaubwürdigkeit in diesem Bereich.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Walter Kröger SPD)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kluck.

Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Kollege Sckerl hat gerade ein Plädoyer für die Jugendsünden oder Jugendtorheiten gehalten, die man ein wenig mit Fassung tragen sollte. Das stimmt. Sie kennen doch diesen alten Spruch: „Wer mit 20 kein Sozialist ist, der hat kein Herz; wer mit 30 noch einer ist, der hat keinen Verstand.“

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen wollen wir das Gleiche auch auf diese Buben von der Jungen Union in Göppingen angewendet wissen. Damit braucht sich, so glaube ich, Frau Bube noch nicht zu befassen.

Ich will nur sagen: Die Differenzierung nach links und rechts bringt uns doch nicht weiter. Sie wissen ja: Mancher ist so weit links, dass er wie Horst Mahler dann wieder rechts ankommt. Wir kennen auch unschöne Vorfälle. Da freut es mich, dass sich der Kollege Sckerl eindeutig vom Zertrampeln von Versuchsfeldern an der Hochschule Nürtingen distanziert hat, ebenso von beleidigenden Äußerungen seiner früheren Fraktionskollegen Fritz Kuhn und Rezzo Schlauch bei der Räumung einer Demo am AKW Neckarwestheim. Aber das alles ist Vergangenheit.

Wir sollten es dabei belassen, dass wir uns einig sind, und diese Einigung nicht zerreden.

Ich möchte auch sagen, Herr Kollege Braun: Das, was Sie der FDP in der Bunderegierung unterstellen, ist falsch. Wir haben gesagt, dass die Bundesregierung gründlich prüfen muss, wie bestehende Extremismusbekämpfungsprogramme auf den Linksextremismus angepasst werden können. Eine reine Übertragung von den für Rechte eingeführten Maßnahmen wie Aussteiger- oder Opferschutzprogrammen greift zu kurz.

Vielmehr – so hat mein Kollege und Parteifreund Steffen Ruppert gesagt – muss geklärt werden, welche Ideologien hinter linksextremistischen Straf- und Gewalttaten stehen und wie man dieser Gesinnung präventiv und nachhaltig begegnen kann. Das werden wir auch weiterhin tun. Ich bitte doch, die sachlich begonnene Debatte jetzt nicht unsachlich enden zu lassen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Innenminister Rech.

Innenminister Heribert Rech: Herr Präsident, meine Damen und Herren Kollegen! Zwei, drei Punkte sind noch offengeblieben, die ich gern in aller Kürze beantworten möchte.

Kollege Braun hat nach dem Bombenbastler von Freiburg gefragt. Herr Kollege Braun, ich weiß nicht, ob das Ermittlungsverfahren schon abgeschlossen ist. Deswegen will ich heute in diesem Rahmen nichts weiter dazu sagen. Ich biete Ihnen aber gern an, dieses Thema in einer der nächsten Innenausschusssitzungen entsprechend zu beleuchten.

Zum Zweiten wurde die Pfeiffer-Studie angesprochen, an der sich Baden-Württemberg nicht beteiligt hat; dies ist richtig.

(Minister Heribert Rech)

Ich habe, ohne auf Einzelheiten einzugehen, großes Verständnis für die massive Kritik, die im Vorfeld dieser Studie von den baden-württembergischen Polizeigewerkschaften erhoben wurde.

(Zuruf von der SPD)

– Ja gut, aber die Kritik ist berechtigt. Wenn Sie sich den Fragenkatalog des Herrn Professors Pfeiffer ansehen, dann sehen Sie, dass die Behauptung nicht überzogen ist, die da lautet, er nehme mehr die Opfer als die Täter ins Visier. Die Fragen, die dort gestellt wurden, wollte ich auch nicht in jedem Punkt für mich beantworten.

Wir legen aber nicht die Hände in den Schoß, Herr Kollege Sckerl, sondern wir haben eigene Studien in Bearbeitung; die Fachhochschule arbeitet daran. Dabei werden Ergebnisse mit mindestens genauso profundem Hintergrund erarbeitet werden, wie sie aus der Pfeiffer-Studie hervorgegangen sind. Das will ich mit aller Zurückhaltung sagen.

Zum Dritten, Herr Kollege Sckerl: Ich habe auch darauf hingewiesen, dass es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, junge Menschen möglichst in die Demokratie zurückzuholen. Dazu müssen wir die geistig-politische Auseinandersetzung an allen Fronten führen. Aber für mich gibt es natürlich eine Grenze, die, wenn sie überschritten wird, nichts anderes mehr als konsequentes polizeiliches Handeln zulässt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Denken Sie beispielsweise an die Vorgänge in Heiligendamm beim Weltwirtschaftsgipfel. Wissen Sie: Wenn da Gruppen – ich will sie gar nicht genau bezeichnen – generalstabsmäßig vorbereitet Nachschub mit Einkaufswagen organisieren, regelrecht trainieren, wie man Pflastersteine oder diese viereckigen Betonsteine aus ihrer Verankerung löst und sie wirft – schauen Sie sich das alles einmal an; das war, wie gesagt, generalstabsmäßig geplant und durchgeführt –, und wenn dann Hunderte von Polizeibeamten im Steinhagel stehen, angegriffen, verunglimpft und verletzt werden, dann ist für mich die Grenze deutlich überschritten.

Das war für mich der Grund, zu sagen: Baden-württembergische Polizeibeamte und Polizeibeamte aus anderen Bundesländern, die in Baden-Württemberg im Einsatz sind – damit meine ich den NATO-Gipfel in Baden-Baden, Kehl und Straßburg –, möchte ich solchen Angriffen nicht ausgesetzt sehen. Deswegen stand bei uns die generalstabsmäßige Vorbereitung des NATO-Gipfels im Fokus.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl! – Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr richtig!)

Die Ergebnisse, dass es nämlich hier nicht zu Ausschreitungen gekommen ist, haben die Vorbereitungen und die Personaleinsätze, die, wie ich zugeben muss, umfangreich waren, gerechtfertigt.

(Zurufe der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE und Thomas Blenke CDU)

Deswegen, meine Damen und Herren: Ab einer gewissen Grenze kenne ich keine Rücksicht auf überzogene Deeskalations-

maßnahmen. Vorrang hat für mich der Schutz derer, die uns schützen, und das sind die Polizeibeamten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD)

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren, die Aktuelle Debatte unter Punkt 2 der Tagesordnung ist damit beendet.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Wahl der Mitglieder zur 14. Bundesversammlung

Nach der Bekanntmachung der Bundesregierung vom 2. Juni 2010 über die Zahl der von den Volksvertretungen der Länder zu wählenden Mitglieder hat der Landtag von Baden-Württemberg 79 Mitglieder zu wählen.

Für die Wahl gelten die §§ 3 und 4 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung. Zur Bundesversammlung ist wählbar, wer zum Bundestag wählbar ist.

Der Landtag wählt die auf das Land entfallenden Mitglieder nach Vorschlägen der Fraktionen. Dabei hat jeder Abgeordnete eine Stimme. Ein gemeinsamer Wahlvorschlag aller vier Fraktionen liegt Ihnen vor.

In den zurückliegenden Tagen sind beim Landtag einige Meldungen von Bürgern eingegangen, die als Bewerbungen für eine Benennung als Mitglied der Bundesversammlung anzusehen sind. Ich gehe davon aus, dass Sie mit dem vorliegenden gemeinsamen Wahlvorschlag auch übereingekommen sind, entsprechende Bewerbungen nicht zu berücksichtigen und dass externe Vorschlagslisten unzulässig sind. – Sie stimmen dem zu.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Darf ich davon ausgehen, dass die Wahl offen durchgeführt und deshalb durch Handzeichen abgestimmt werden kann? – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Wer die in der Vorschlagsliste der Fraktionen aufgeführten Damen und Herren zu ordentlichen bzw. zu Ersatzmitgliedern der 14. Bundesversammlung wählen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit sind die Damen und Herren einstimmig zu ordentlichen Mitgliedern bzw. zu Ersatzmitgliedern gewählt.

Punkt 3 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Meldegesetzes – Drucksache 14/6379

Vorgesehen ist eine Begründung des Gesetzentwurfs durch die Regierung. Eine Aussprache soll nicht erfolgen.

Das Wort erteile ich Herrn Innenminister Rech.

Innenminister Heribert Rech: Herr Präsident, meine Damen und Herren Kollegen! Mit diesem Gesetzentwurf mache ich einen Vorschlag, der sowohl den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land als auch den Gemeindeverwaltungen Vereinfachungen bringen soll.

Sie alle kennen die derzeitige Situation. Ich will sie anhand von zwei Beispielen verdeutlichen:

Jemand geht aus beruflichen oder aus sonstigen Gründen für wenige Monate in eine andere Stadt und nimmt sich dort eine weitere Wohnung. Seine Wohnung im Heimatort behält er bei. Nach geltendem Recht muss sich diese Person bei der Meldebehörde des neuen Wohnorts anmelden, wenn der Aufenthalt länger als zwei Monate dauert. Diese Zeitspanne halte ich für zu kurz. Wir wollen den Zeitraum, in dem bei solchen Kurzaufenthalten keine Meldepflicht besteht, auf sechs Monate ausdehnen.

Nun gibt es auch im Ausland lebende Personen, die für ein paar Wochen – beispielsweise zum Verwandtenbesuch – zu uns ins Land kommen. Auch in diesen Fällen müssen wir die Meldepflicht lockern. Bisher mussten sich diese Personen bereits bei einer Aufenthaltsdauer von mehr als einem Monat bei der Meldebehörde anmelden. Künftig soll eine Meldepflicht erst ab einer Aufenthaltsdauer von zwei Monaten bestehen.

Wir halten diese Änderungen für sachgerecht, weil sich die Lebens- und Arbeitswelt deutlich gewandelt hat. Dem Einzelnen wird aus beruflichen Gründen immer mehr Flexibilität und Mobilität abverlangt. Häufig ist von dieser Bereitschaft zur Flexibilität und zur Mobilität auch die Sicherung des Arbeitsplatzes abhängig. Wir sollten deshalb diejenigen unterstützen, die bereit sind, sich für kurze Zeit räumlich zu verändern. Wir wollen sie entlasten und ihnen den Gang zur Meldebehörde – jedenfalls in den ersten sechs Monaten – ersparen.

Es kommt ein Weiteres hinzu: Es ist erklärtes Ziel der Landesregierung, bürokratische Hemmnisse abzubauen, Verwaltungsvorgänge einfacher zu machen. Mit der Verlängerung der Fristen werden wir deutlich weniger Meldevorgänge haben. Wir leisten hiermit einen spürbaren Beitrag zum Bürokratieabbau.

Außerdem – darauf möchte ich abschließend hinweisen – nutzen wir die Gelegenheit, das Meldegesetz an Änderungen des Melderechtsrahmengesetzes anzupassen. Die Änderungen betreffen das Steuerrecht und das Personenstandsrecht.

Für das Besteuerungsverfahren sieht der Gesetzentwurf die Möglichkeit vor, weitere Merkmale zur Identifizierung eines Einwohnern zu speichern. Diese Speicherung wird aufgrund einer Übergangsregelung im Melderechtsrahmengesetz schon seit längerer Zeit vorgenommen. Die Gesetzesänderung, die wir jetzt vornehmen, hat also keine Auswirkung auf die bisher geübte Praxis.

Außerdem passen wir das Meldegesetz an die jüngsten, umfassenden Änderungen im Personenstandsrecht an. Neue Terminologien und veränderte Paragraphenbezeichnungen im Personenstandsgesetz werden in das Meldegesetz übernommen.

Dies ist auch schon alles, meine Damen und Herren. Wir entlasten die Bürgerinnen und Bürger von Behördengängen, wir leisten einen Beitrag zum Bürokratieabbau.

Ich bitte Sie um Ihre Unterstützung und danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren, die Fraktionen sind übereingekommen, den Gesetzentwurf ohne Aussprache an den Innenausschuss zu überweisen. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Punkt 4 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landesbankgesetzes – Drucksache 14/6390

Nach der Begründung durch die Regierung soll eine Aussprache mit einer Redezeit von fünf Minuten je Fraktion erfolgen.

Das Wort erteile ich Herrn Finanzminister Stächele.

Finanzminister Willi Stächele: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein weiteres Mal haben wir uns mit der Banken- und Finanzkrise zu befassen. Schon vor längerer Zeit war klar, dass auch die Landespolitik in die Bewältigung der Herausforderungen, vor die uns diese Krise stellt, mit einbezogen wird. Wir in der Landespolitik haben bisher in großer Gemeinsamkeit Schritte getan. Sie erinnern sich an die Kapitalzufuhr um rund 5 Milliarden €, Sie erinnern sich an die zusätzliche Besicherung um 12,7 Milliarden €. Kurzum: Die Politik – auch die Landespolitik – hat gehandelt, um Arbeitsplätze zu sichern und die Wirtschaftskrise im Gefolge dieser Finanz- und Bankenkrise einigermaßen im Griff zu halten.

Es waren Verhandlungen mit der Europäischen Kommission in Brüssel notwendig, denn bei der Landesbank Baden-Württemberg ging es um eine beihilferechtlich saubere Lösung. Die Voraussetzung dafür waren Eckpunkte, die in dem Umstrukturierungsplan, den wir dann der EU vorgelegt haben, aufgeführt waren. Dieser hat dort seine Billigung gefunden. Zu den Eckpunkten gehören die Ausdünnung von Geschäftsfeldern, die Rückführung der Bilanzsumme, die Aufgabe von Beteiligungen. Ferner geht es darum, eine Rechtsform zu finden, die den beihilferechtlichen Anforderungen standhalten kann. Darum geht es jetzt im Moment. Denn bis Ende 2013 muss eine Aktiengesellschaft stehen. Aber das Entscheidende ist: Bis Ende 2010 müssen die bisherigen Aufsichtsorgane neu strukturiert werden und an Gremienstrukturen wie in Kapitalgesellschaften angepasst werden. Darum geht es jetzt mit dem Entwurf zur Änderung des Landesbankgesetzes.

Bis zu der Umwandlung in eine juristische Person des Privatrechts bleibt die LBBW – das war wichtig – zunächst Anstalt des öffentlichen Rechts, aber die Gremienstrukturen sind anzupassen. Die wesentlichen Änderungen können Sie dem Gesetzentwurf entnehmen. Aus der Trägerversammlung wird eine Hauptversammlung, so, wie auch aktienrechtlich Hauptversammlungen vorgesehen sind. Die Aufgaben dieser Hauptversammlung sind: Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder, Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns, aber auch eine Entlastung des Vorstands. Auch die Satzung für die LBBW wird erstellt. Neu ist der Aufsichtsrat; dann gibt es den bisherigen Verwaltungsrat nicht mehr. Er wird entspre-

(Minister Willi Stächele)

chend auf 21 Mitglieder reduziert. Die Drittelparität bleibt natürlich erhalten. Es gibt also sieben Arbeitnehmervertreter und 14 Eigentümervertreter. Wir dürfen davon ausgehen, dass fünf davon vom Land bestellt werden und fünf vom Sparkassen- und Giroverband. Drei weitere stellt die Stadt Stuttgart.

Ein ganz wichtiges Element der Brüsseler Maßgabe ist der Aufsichtsratsvorsitzende, der dann einvernehmlich bestimmt wird. Insgesamt müssen sieben dieser 21 Vertreter inklusive des Aufsichtsratsvorsitzenden sogenannte unabhängige sachverständige Personen sein.

Ganz wichtig ist – bisher war es missverständlich –, dass der öffentlich-rechtliche Auftrag auch nach dieser Gesetzesänderung unverändert bestehen bleibt, Herr Kollege Schlachter.

(Zuruf des Abg. Eugen Schlachter GRÜNE)

Für die Bevölkerung ist es wichtig, dass sie weiß, dass diese Aufgabe, nämlich alle bisherigen Adressaten – wie die Wirtschaft, die mittelständische Wirtschaft und die öffentliche Hand – angemessen und ausreichend mit Kapital zu versorgen, bestehen bleibt.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Es wurde gestrichen!)

Nach wie vor steht dies ausdrücklich in § 2 Abs. 2 und Abs. 5. Diese Aufgabe ist unverändert als öffentlicher Auftrag formuliert.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Warum ist er dann aus dem Gesetz gestrichen worden?)

Dieser Auftrag, diese Aufgabe ist normiert und wird in dem geänderten LBBW-Gesetz in § 7 Satz 2 noch einmal bekräftigt. Schauen Sie da einmal hinein.

Ganz wichtig ist, dass wir die parlamentarischen Beratungen zügig beenden und nach Rechtskraft dieses Gesetzes der Aufsichtsrat gebildet wird.

Wir sind in einer ganz entscheidenden weiteren Umstrukturierung der LBBW. Das heißt, dass wir keine Sekunde auf Aufsichtsorgane verzichten können. Deswegen erbitte ich Ihre Zustimmung zu diesem weiteren Zwischenschritt.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Groh für die CDU-Fraktion.

Abg. Manfred Groh CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem heute soeben von Herrn Finanzminister Stächele eingebrachten Gesetzentwurf zur Änderung des Landesbankgesetzes sind wir nach vorn gerichtet und werden zügig eine neu strukturierte Landesbank ins Leben rufen und unsere Landesbank damit zukunftsfähig aufstellen.

Mit diesem Entwurf zur Änderung des Landesbankgesetzes stecken wir den Rahmen ab, in dem sich die Landesbank auf ihre größte Stärke konzentrieren kann, nämlich auf die partnerschaftliche Begleitung des innovativen Mittelstands in Baden-Württemberg. Gerade in der derzeitigen wirtschaftlichen Situation ist diese Aufgabe wichtiger denn je.

Dass die SPD-Fraktion diesen von der Landesregierung aufgezeigten Weg mitgeht, ist richtig. Wir begrüßen das. Allerdings stelle ich der Fraktion GRÜNE anheim, sich daran ein Beispiel zu nehmen. Denn eines, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist uns allen doch objektiv gesehen klar: Wir brauchen eine leistungsfähige Landesbank, die ihre wichtige Aufgabe als solider Partner für das Land, die Kommunen und den Mittelstand gestärkt wahrnehmen kann.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Jawohl! Sehr gut!)

Diese Argumentation erscheint überzeugend. Selbst Sie, lieber Kollege Schlachter, dürften als Bankfachmann doch daran keine Zweifel hegen und müssten die Umstrukturierung so ebenfalls mittragen und begrüßen können.

(Zuruf des Abg. Eugen Schlachter GRÜNE)

Wir brauchen unsere Landesbank mit ihrer Funktion als Zentralstelle für die Sparkassen und als Mittelstandsbank, um nur zwei Funktionen noch einmal hervorzuheben und zu wiederholen.

Meine Damen und Herren, wie uns Finanzminister Stächele bereits eingehend dargelegt hat, ist die gesetzliche Änderung des Landesbankgesetzes aus Gründen der Restrukturierung notwendig. Zwar hat die Europäische Union die von Baden-Württemberg vorgeschlagenen Maßnahmen vollumfänglich anerkannt, aber sie fordert ihre zwingende gesetzliche Umsetzung.

Der von der EU akzeptierte Plan zur Neuausrichtung unserer Landesbank beinhaltet die Konzentration auf die Kernfelder der LBBW. Dies sind fünf Säulen, nämlich folgende Aufgabenbereiche: das Privatkundengeschäft, das Unternehmenskundengeschäft, ausgewählte Immobilienfinanzierungen, die Sparkassenzentralbanktätigkeit bzw. das Zentralbankgeschäft sowie das kundenbezogene leistungsfähige Kapitalmarktgeschäft. In diesen fünf Aufgabenbereichen wird die LBBW dann tätig werden können.

Auslösender Grund für die Beteiligung der EU war die dortige Betrachtungsweise, die gewährte Kapitalaufstockung von 5 Milliarden € und die Risikoabsicherung von 12,7 Milliarden € als Beihilfe zu werten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Landesbank Baden-Württemberg wird im Rahmen der Umstrukturierung voraussichtlich 40 % ihrer Aktiva bis zum Jahr 2013 abgebaut haben. Damit verbunden sind eine Senkung der Kosten um 700 Millionen € pro Jahr sowie ein Personalabbau von 2 500 Stellen. Gleichermaßen gehören eine Straffung des Auslandsgeschäfts sowie der Verkauf verschiedener Beteiligungen zum Forderungspaket der Europäischen Union.

Unser Finanzminister hat sich bereits im Einzelnen zur Anpassung der Gremienstruktur und der Rechtsform der Landesbank geäußert, sodass ich auf wiederholende nähere Erläuterungen hierzu verzichten kann.

Lassen Sie mich, liebe Kolleginnen und Kollegen, vielmehr zum Schluss kommen und feststellen, dass das Gesetz zur Änderung des Landesbankgesetzes unter ausdrücklicher Billigung der Europäischen Kommission unsere Landesbank Ba-

(Manfred Groh)

den-Württemberg im Kern unverändert lässt und dass somit die Landesbank Baden-Württemberg der gewerblichen Wirtschaft nach wie vor als starker und verlässlicher Partner zur Verfügung stehen kann. Weitere Detailfragen werden wir sicher in der anstehenden Finanzausschusssitzung umfassend und detailgenau klären können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Brillante Rede! Sehr gut! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Guter Mann! Sehr gut!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Rust.

Abg. Ingo Rust SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Herr Finanzminister hat den Gesetzentwurf eingebracht, und ich kann gleich zu Beginn sagen: Wir werden ihn mittragen. Aber ihn zu begrüßen wäre etwas zu weit gegriffen, Herr Groh.

(Abg. Manfred Groh CDU: Das ist fast das Gleiche!)

Die Vorgaben der EU sind klar; wir müssen sie umsetzen. Aber es steht uns schon noch an, einige Kommentare und auch Bewertungen zu dem abzugeben, was die EU uns als Anteilseigner der LBBW vorschreibt.

(Zuruf des Abg. Manfred Groh CDU)

Es ist sicher einsichtig, dass wir das Geschäftsmodell der LBBW überdenken müssen und dass aufgrund der staatlichen Stützung der LBBW, der Eigenkapitalaufstockung, vor allem das Geschäftsvolumen zurückgefahren werden muss. Wir halten es auch für inhaltlich richtig, dass man sich auf das Kerngeschäft beschränkt. Es gab in früheren Zeiten immer wieder Bestrebungen, den Arbeitsbereich der LBBW auszuweiten, deutschlandweit als Privatbank aufzutreten. Wir sind ganz froh, dass man sich darauf besonnen hat, sich auf das Kerngeschäft im Kerngebiet der LBBW zu konzentrieren.

Wir sind noch nicht ganz zuversichtlich, dass das Zurückziehen auf das Kerngeschäft dann tatsächlich zu ebendieser angestrebten Nichtverzerrung des Marktes führt. Denn wenn man den deutschlandweiten Markt momentan anschaut, sieht es eher so aus, dass sich Banken aus dem Geschäft zurückziehen. Die ausländischen Banken sind auf diesem Gebiet momentan nicht mehr so stark unterwegs, wie es in früheren Zeiten der Fall war. Wenn sich dann ausgerechnet eine deutsche Bank aus diesem Bereich zurückziehen soll, führt dies nicht automatisch dazu, dass der Markt dann besser funktionieren muss.

Einige Anmerkungen auch noch zu dem Thema Gremien. Es wurde schon im Vorfeld viel darüber diskutiert – auch in den Medien –, dass zukünftig im Aufsichtsrat die sieben sogenannten externen Sachverständigen, Herr Minister, tätig sein müssen. Wir als SPD sind der Auffassung, dass jemand, der aus der Privatwirtschaft als sogenannter Sachverständiger in einem Aufsichtsrat sitzt, nicht automatisch ein besserer Aufsichtsrat ist. Zum einen haben wir schon jetzt in der LBBW externen Sachverständigen. Das heißt, es sind schon jetzt auch Unternehmensvertreter im Verwaltungsrat der LBBW. Wenn man sich zum anderen die Banken ansieht, z. B. im privaten und

auch im staatlichen Bereich, die jetzt vom Staat gestützt werden müssen, und sich anschaut, wer dort in den Aufsichtsräten sitzt, dann spricht es nicht zwingend dafür, dass es durch die Änderung automatisch besser wird.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Um es einmal vorsichtig auszudrücken!)

Ich habe mir einmal die Besetzung von der Commerzbank geben lassen. Da sitzen Vorstände und Aufsichtsräte von der Bayer AG, von Hochtief, von der Aachener und Münchener, von der E.ON Ruhrgas, von der Evonik, von der Allianz. Bei der „höchst erfolgreichen“ Hypo Real Estate sitzen der Aufsichtsratsvorsitzende der Deutschen Börse AG und verschiedene Vorstandsvorsitzende von Unternehmen im Land. Wenn man sich dann einmal die IKB ansieht – auch „höchst erfolgreich“, zumindest erfolgreich staatlich gestützt –, dann sieht man: Darin sitzen der Vorsitzende der Geschäftsleitung der Trumpf GmbH; darin sitzt der Vorsitzende des Aufsichtsrats der Körber AG; darin sitzt der Geschäftsführer der Rodenstock KG; darin sitzt der Vorsitzende des Aufsichtsrats der Voith AG. Das sind lauter Sachverständige, das ist externer Sachverstand in diesen „höchst erfolgreichen“ Banken.

(Zuruf des Abg. Manfred Groh CDU)

Ich will damit nur sagen, dass es für einen solchen Aufsichtsrat nicht automatisch besser ist, wenn jemand aus der Privatwirtschaft kommt, und dass damit nicht automatisch ausgeschlossen wäre, dass diese Bank dann ins Trudeln käme. Wir sind dafür, dass dort in allererster Linie Personen mit einem gesunden Menschenverstand sitzen. Wir sind auch dafür, dass in öffentlichen Banken Vertreter, die öffentliche Verantwortung haben, vertreten sind.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Manfred Groh CDU)

Einen zweiten Punkt möchte ich noch ansprechen, über den wir bei den Beratungen im Finanzausschuss diskutieren sollten. Wir werden mit diesem Gesetzentwurf Elemente des Aktienrechts in das Landesbankgesetz übernehmen. Wir finden, wir sollten uns auch darüber unterhalten, ob wir dann nicht konsequenterweise auch Elemente des Betriebsverfassungsrechts in das Landesbankgesetz übernehmen sollten. Denn wenn wir auf der einen Seite privatwirtschaftliche Aufsichtsstrukturen schaffen, dann sollten wir uns auch im Hinblick auf das, was die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angeht, überlegen, ob wir das, was im Betriebsverfassungsrecht geregelt ist, auch für die LBBW übernehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wie gesagt: Wir tragen diese Änderung des Landesbankgesetzes mit. Wir müssen sie aus Verantwortung mittragen. Begrüßen, Herr Kollege Groh, müssen wir sie nicht zwingend.

(Abg. Manfred Groh CDU: Aber wir! Wir begrüßen sie, Herr Kollege!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schlachter.

Abg. Eugen Schlachter GRÜNE: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte gleich zu Beginn auf den Knackpunkt dieses Gesetzentwurfs hinweisen. Er findet sich in Artikel 1 Nr. 3 zu § 7. Da steht unter Buchstabe a:

Die Worte „unter Beachtung ihres öffentlichen Auftrags“ werden gestrichen.

Sie haben dies vorhin anders vorgelesen. Offensichtlich haben Sie eine andere Vorlage, Herr Minister.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Man muss alles zu Ende lesen!)

Dies bedeutet jedenfalls mehr oder weniger, dass die Sparkassenorganisation zukünftig an einer Bank beteiligt ist, die wie eine Privatbank geführt wird und die mit einem öffentlich-rechtlichen Geschäftsstil – zumindest dem Papier nach – nichts mehr zu tun hat. Ich halte dies für einen heftigen Angriff auf den öffentlich-rechtlichen Bankensektor in Baden-Württemberg. Es ist nicht zum Guten für das Land. Deshalb lehnen wir das rundweg ab.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: So ist es!)

Ich glaube nicht, dass der Steuerzahler einem Nachschuss von in der Summe 5 Milliarden € oder Bürgschaften von 12,7 Milliarden € zugestimmt hätte, wenn er gewusst hätte, dass wir hinterher den öffentlichen Auftrag streichen.

Sie haben sich öffentlich gar nicht richtig dazu geäußert. In der Pressekonferenz wurde auf dieses Thema überhaupt nicht hingewiesen. In Ihrer Pressemitteilung haben Sie, Herr Stächele, auch nichts dazu geschrieben.

(Abg. Manfred Groh CDU: Das steht doch im Entwurf!)

Den Gesetzentwurf haben Sie erst am Nachmittag verteilen lassen, damit die Journalisten keine kritischen Nachfragen zum Inhalt stellen.

(Zuruf des Abg. Manfred Groh CDU – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sie unterschätzen die Landespresse!)

– Nein, ich unterschätze sie nicht. Aber wenn sie nichts auf dem Tisch liegen hat, dann kann sie auch nicht kritisch fragen, Herr Kollege.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Trotzdem! – Abg. Hans Kluck FDP/DVP: Die fragen immer!)

Auf jeden Fall stellen wir fest: In Sachen LBBW ist die Informationspolitik wieder einmal nachlässig, nicht sauber und auf jeden Fall verbesserungsbedürftig. Es wird alles nur dann, wenn man es einfordert, nachträglich vorgelegt.

Wir haben recherchiert und sind bei der EU auf das Papier Nummer C 17/2009 gestoßen. Kollege Rust hat im Hinblick auf die Strukturen daraus zitiert. Aber weder dem Finanzausschuss noch dem Europaausschuss wurde dieses Papier zwischendurch einmal zur Beratung vorgelegt. Wir sind auch nicht darüber informiert worden, was Sie in Brüssel alles ver-

handelt haben. Wie wir jetzt feststellen, ist dies aber elementar für unsere Landesbank.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Unglaublich!)

Ich habe dieses Papier Nummer C 17/2009 gelesen. Ich muss Ihnen sagen: Sie haben hier miserabel informiert und in Brüssel zumindest nicht überragend verhandelt.

(Beifall der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Sie haben den öffentlichen Auftrag dort einfach geopfert.

(Beifall bei den Grünen)

Ich kann aus Sicht der FDP verstehen, dass sie alles ausräumt, was einer Privatisierung dieser LBBW irgendwie im Weg steht. Das kann ich irgendwie noch nachvollziehen. Dass aber unser Finanzminister und auch unser Ministerpräsident Mappus, die immer die Stärke der LBBW und die Wichtigkeit der LBBW für die Politik und das Land unterstrichen haben, diesen Auftrag einfach wegstreichen, einfach opfern, das kann ich überhaupt nicht verstehen. Vor allem, dass Sie es hinterher umzusetzen versuchen, ist ein Zeichen Ihres Demokratieverständnisses.

In den letzten Monaten habe ich festgestellt, dass unser neuer Ministerpräsident wie der „Schwarze Ritter“ durch die Republik reitet und mit schwerer Lanze für das Land Baden-Württemberg und seine Bürger kämpft.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut gesagt! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das dient unserem Land!)

Aber in Brüssel hat er wohl die Lanze gegen das „Plastikschwertle“ aus dem Spielzeugladen getauscht und ist freiwillig sofort vom Pferd gefallen; da hat er schlicht und ergreifend die Interessen der Sparkassen, aber auch die des Landes, wie ich meine, außer Acht gelassen.

Wir wollen einen anderen Weg. Wir wollen eine Landesbank, die einen öffentlichen Auftrag hat, mit einem Geschäftsmodell, das sich an der Realwirtschaft orientiert. Wir wollen eine Mittelstands- und eine Regionalorientierung der Landesbank. Vor allem wollen wir eine Landesbank, die sich der Sparkassenorganisation gegenüber verpflichtet fühlt und von ihr auch mitgetragen werden kann.

(Abg. Manfred Groh CDU: Das sind die fünf Säulen!)

Bereits vor einem Jahr, am 21. April 2009, haben wir hier einen Gesetzentwurf zum Landesbankgesetz eingebracht. Darin haben wir darauf hingewiesen, dass man auch einen „neutralen Sachverstand“ für die Überwachung der Landesbank einsetzen müsste. Das haben Sie damals belächelt, und jetzt setzen Sie auf Druck der Europäischen Kommission genau das um.

(Zurufe der Abg. Heiderose Berroth und Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Dazu kann ich nur sagen: Wer zu spät kommt, den bestraft die Europäische Union.

(Abg. Manfred Groh CDU: Die hören gerade auf Sie!)

(Eugen Schlachter)

Jetzt machen Sie es schlechter, als dies in unserem Gesetzentwurf vorgeschlagen wurde.

Es gibt aber noch einen anderen Knackpunkt. Da haben sich alle von den Regierungsfractionen nicht mit Ruhm bekleckert; denn das, was Sie da vorgelegt haben, ist wirklich nicht toll.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Na, na, na!)

Es gibt noch eine Passage, die wir auch heftigst kritisieren: Bisher war es Tradition und wurde als richtig angesehen, dass die Sparkassenorganisation die Spitze dieses Überwachungsgremiums stellt. In dem neuen Gesetzgebungsvorschlag lassen Sie es aber zu, dass die Sparkassenorganisation nicht mehr den Vorsitz im Aufsichtsrat oder im Verwaltungsrat hat. Das halten wir für eine Schwächung der Sparkassen. Die Grünen werden das nicht mitmachen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Reinhold Gall SPD: Bisher haben Sie die Landesbank doch immer kritisiert! Woher kommt denn jetzt die neue Haltung?)

– Herr Kollege, Sie haben es offensichtlich nicht verstanden.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Jetzt halten Sie dort plötzlich alles für richtig! – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Auch in dieser Frage lassen Sie sich von Dritten schieben und greifen erst ein, wenn Sie von anderen gezwungen werden. Wir haben Ihnen, wie gesagt, vor einem Jahr einen Gesetzentwurf vorgelegt, der einige Teile Ihres neuen Entwurfs auch schon beinhaltet hat. Sie werden immer erst dann aktiv, wenn Sie geschoben werden oder wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist.

Ich wiederhole: Was Sie vorlegen, ist nicht nur schlecht verhandelt und schlecht kommuniziert, sondern auch gesetzgeberisch schlampig gemacht. Deshalb werden wir Ihnen im Finanzausschuss noch einige Vorschläge hierzu machen.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Oh, wie schön!)

Wir hoffen immer darauf, dass die Landesregierung noch lernfähig ist.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Hagen Kluck FDP/DVP: Das war starker Tobak!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Wetzel.

Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Schlachter, ich wundere mich schon außerordentlich, dass Sie sich jetzt hier als den Schutzpatron der öffentlich-rechtlichen Sparkassen und der Landesbank aufspielen. Es ist natürlich schon klasse, was Sie als Chef einer Raiffeisenbank, das heißt einer privaten Bank, tun.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Er hat einen Beratervertrag!)

Das muss man auch erst einmal verstehen. Man könnte auch mit anderen Worten ausdrücken, was Sie da vorhaben.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Er sitzt ja hier als Abgeordneter! Das verstehen Sie vielleicht nicht!)

– Gut, dass Sie es verstehen, Herr Kretschmann.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Wir alle sitzen als Abgeordnete hier, nicht als Vertreter des Berufs, den wir ausüben! Ein Lettengeschwätz! Das ist an Dummheit nicht zu übertreffen!)

Meine Damen und Herren, der Landesbank Baden-Württemberg mussten im Jahr 2009 von ihren Trägern insgesamt 5 Milliarden € zugeführt und außerdem weitere Garantien über insgesamt 12 Milliarden € gewährt werden. Die Europäische Union sieht Probleme im Hinblick auf das EU-Beihilferecht und hat die Maßnahmen, die vorgenommen worden sind, nur unter Auflagen genehmigt. Wenn dem nicht so wäre, bräuchten wir das Gesetz nicht. Das sollten Sie einfach zur Kenntnis nehmen, auch wenn Sie jetzt als Schutzpatron der Öffentlich-Rechtlichen auftreten.

Unsere Landesbank befindet sich seit dieser Zeit in einem fortlaufenden Prozess der Umstrukturierung. Dieser kann mit den Stichworten „Anpassung des Geschäftsmodells“ – da sind wir bei der Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Auftrags; da können Sie Krokodilstränen vergießen, wie Sie wollen, aber Sie müssen sich eben an die EU-Vorgaben halten –, „Veräußerung von Beteiligungen“, „Reduzierung der Bilanzsumme“ und „Umwandlung in eine Kapitalgesellschaft“ – in Klammern: wahrscheinlich AG – grob skizziert werden.

Deutlich vor der rechtsformwechselnden Umwandlung der Landesbank in eine Kapitalgesellschaft des privaten Rechts, die bis spätestens 2013 zu vollziehen ist, müssen bereits jetzt wesentliche Aspekte des Deutschen Corporate Governance Kodex eingeführt werden. Das hat dann auch zur Folge, dass die bisherigen Aufsichtsorgane der LBBW umgewandelt werden und auch ihre Struktur an das deutsche Kapitalgesellschaftsrecht angepasst wird.

Ziele des Gesetzentwurfs sind: Die LBBW bleibt vorerst noch Anstalt des öffentlichen Rechts. Die Gremienstruktur wird aber bereits jetzt weitestgehend an die einer Kapitalgesellschaft angepasst. Ein Aufsichtsrat wird zentrales Kontrollorgan der LBBW. Die Trägerversammlung wird in eine Hauptversammlung umgewandelt. Die Befugnisse orientieren sich an den Regelungen des Deutschen Corporate Governance Kodex. Damit wird z. B. auch die Höhe und Struktur der Vergütung des Vorstands geregelt. Entschieden werden muss im gesamten Aufsichtsrat; eine Verlagerung der Zuständigkeit in einen Ausschuss des Aufsichtsrats ist nicht mehr möglich. Der Aufsichtsrat hat also künftig mehr Kompetenzen und insbesondere auch mehr Verantwortung.

Der Aufsichtsrat wird im Vergleich zur jetzigen Situation verkleinert; er umfasst künftig 21 Mitglieder, davon sieben unabhängige Externe, sieben Vertreter der Beschäftigten und sieben Vertreter der Träger der Bank.

Für den ersten Aufsichtsrat gilt, soweit es sich nicht um die Beschäftigtenvertreter handelt, ein Entsendungsrecht durch

(Dr. Hans-Peter Wetzel)

die Träger: Das Land und der Sparkassenverband entsenden je fünf und die Stadt Stuttgart entsendet drei Mitglieder. Das 14. Mitglied, der oder die Vorsitzende, wird vom Land, dem Sparkassenverband und der Stadt gemeinsam entsandt.

Natürlich muss auch bei diesem Entsendungsvorgang sichergestellt werden, dass die sieben Mitglieder des Aufsichtsrats unabhängig sind, also in keiner Weise persönlich oder geschäftlich in Beziehungen zur Bank oder zum Vorstand stehen. Selbstverständlich sind das, wie Sie gesagt haben, Herr Rust, möglicherweise nicht bessere Aufsichtsräte. Aber dann liegt es vielleicht auch an uns, dafür zu sorgen und darauf zu achten, dass es gute Aufsichtsräte sind.

Durch das Erfordernis der Unabhängigkeit kann meines Erachtens gewährleistet sein, dass die Aufsichtsräte in keiner Interessenkollision und in keinem Interessenwiderstreit zur Bank oder zu der Position, aus der sie kommen, stehen. Das müsste Ihnen, Herr Kretschmann, doch zupasskommen – ganz nach der Bibel: Du kannst nicht gleichzeitig zwei Herren dienen. Das haben wir damit gewährleistet.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth und Hagen Kluck FDP/DVP)

Die gesamten Vorgaben zu gewährleisten wird sicherlich kein leichtes Unterfangen. Gleichwohl stellt die heutige Gesetzesnovelle den leichtesten Teil des gesamten noch vor uns stehenden Umstrukturierungsprozesses der Landesbank dar.

Wir sind auch aufgrund der ausführlichen Unterrichtung durch den Vorstandsvorsitzenden und der Beratung mit dem Vorstandsvorsitzenden der LBBW, Dr. Vetter, im Finanzausschuss sehr zuversichtlich, dass die LBBW diesen Prozess gut bestehen wird und 2013 gestärkt aus dieser jetzigen Situation und aus der Krise herauskommen wird. Ich bin mir nicht ganz sicher, ob dies unter dem alten Vorsitzenden in dieser Form so gut gegangen wäre.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth und Hagen Kluck FDP/DVP)

Die Bank wird – nehmen Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, das zur Kenntnis, wenn Sie die mangelnde öffentlich-rechtliche Aufgabe kritisieren – schlankere und modernere Strukturen haben, die zeitgemäß sind und die Bank daran erinnern werden, dass Baden-Württemberg und die Träger erneut in einem Riesenumfang zur Kasse gebeten werden. Durch die neuen Strukturen wird sicherlich auch die Fungibilität der einzelnen Anteile erhöht werden, was für die Zukunft sicherlich von Vorteil sein kann.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Finanzminister Stächele.

Finanzminister Willi Stächele: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte nur ganz kurz einige Ausführungen zur Richtigstellung machen.

Das, was wir jetzt tun, tun wir gerade im Bekenntnis zu unserer Landesbank Baden-Württemberg. Da darf man nicht beim Zeitpunkt vor zwei Jahren stehen bleiben, lieber Herr Schlachter.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Das machen die Grünen!)

Was sich da abgespielt hat, kann man nicht verdrängen und ungeschehen machen. Wir haben eingreifen müssen. Dieser Eingriff war schmerzlich und schwer.

(Zuruf von den Grünen: Spät!)

Er geschieht nicht im luftleeren Raum. Er muss beihilferechtlich sauber erfolgen. Deswegen waren wir in Brüssel. Sie stellen es sich mit dem Verhandeln so einfach vor. Wir brauchen das Testat aus Brüssel, um das tun zu können, was wir tun mussten, um die LBBW, die Wirtschaft in Baden-Württemberg und die Arbeitsplätze zu sichern.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Herr Schlachter, das nächste Mal, wenn so etwas ist, werde ich bei jeder Gelegenheit sagen: „Entweder ihr spurt, oder wir nehmen den Kollegen Schlachter mit nach Brüssel.“

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Da werden sie tief beeindruckt sein, glaube ich! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Wenn das richtig übersetzt wird, kriegen die Angst! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Die werden sich fürchten!)

Es geht mir darum, Herr Schlachter, Folgendes klarzustellen, damit wir uns da einig sind oder zumindest die Fakten auf dem Tisch bleiben: In § 2 bleibt nach wie vor der öffentlich-rechtliche Auftrag enthalten. Damit kein Missverständnis entsteht, sage ich: Er bleibt enthalten, solange die LBBW eine öffentlich-rechtliche Anstalt ist.

(Zuruf des Abg. Johannes Stober SPD – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: So einfach ist das nicht!)

Warum § 7 geändert wird, kann ich Ihnen auch sagen. In § 7 ist die Geschäftsführung, der Vorstand angesprochen. In der Tat gab es den Versuch der EU, dies ganz herauszunehmen, einfach in dem Bestreben, dass man die Vorstandstätigkeit, möglicherweise wegen der schlechten Erfahrung aus der Vergangenheit, von nicht betriebswirtschaftlichen öffentlichen Aufträgen fernhält. Das ist die Denkweise aus Brüssel.

Deshalb beinhaltet § 7 auch, dass die Landesbank im Rahmen der genannten Auftragsstellung zu handeln hat, um darauf hinzuweisen, dass wir unsere Vorstände nicht aus dem in § 2 geregelten Auftrag entlassen.

Wir wollen nicht verheimlichen, dass es im Jahr 2013 eine neue Zäsur gibt.

Das andere ist, lieber Kollege Rust, dass für die LBBW, solange sie eine Anstalt des öffentlichen Rechts ist, das Landespersonalvertretungsrecht gilt.

(Zuruf des Abg. Dr. Nils Schmid SPD)

(Minister Willi Stächele)

Dann gibt es Folgebestimmungen, die genauso zu beachten sind.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Aussprache angekommen. Es wurde vorgeschlagen, den Gesetzentwurf an den Finanzausschuss zu überweisen. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Bevor wir in die Mittagspause eintreten, darf ich darauf hinweisen, dass die Fraktionen zu Punkt 9 der Tagesordnung übereingekommen sind, den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/4350, ohne Aussprache an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Sehr gut!)

Wir treten in die Mittagspause ein. Die Sitzung wird um 13:30 Uhr fortgesetzt.

(Unterbrechung der Sitzung: 11:47 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 13:30 Uhr)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Fragestunde – Drucksache 14/6457

Ich rufe die einzige Mündliche Anfrage auf:

M ü n d l i c h e A n f r a g e d e s A b g . D r .
F r i e d r i c h B u l l i n g e r F D P / D V P – N o -
v e l l e d e s E r n e u e r b a r e - E n e r g i e n - G e -
s e t z e s

Bitte, Herr Abg. Dr. Bullinger.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Aber nicht unter drei
Stunden!)

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Präsident! Ich frage die Landesregierung:

- Welche Änderungen am vorliegenden Gesetzentwurf der Bundesregierung strebt die Landesregierung im anstehenden Vermittlungsausschussverfahren an?
- Wie beurteilt sie die geplante Streichung des Vergütungsanspruchs für Solaranlagen auf Ackerflächen?

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Bist du schon fertig?)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich dem Minister für Bundes-, Europa- und internationale Angelegenheiten, Herrn Professor Dr. Reinhart, das Wort.

Minister für Bundes-, Europa- und internationale Angelegenheiten Dr. Wolfgang Reinhart: Verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren Kollegen Abgeordnete! Im Namen der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage wie folgt:

Die Landesregierung wird sich im anstehenden Vermittlungsverfahren dafür einsetzen, die zum 1. Juli 2010 geplante und zweifellos notwendige Absenkung der Vergütung hinsichtlich ihrer Höhe so auszugestalten, dass die Installation von Fotovoltaikanlagen nicht unrentabel wird. Eine zu starke Absenkung der Einspeisevergütung wollen wir nicht; denn das könnte zu einem Einbruch des Marktes für Fotovoltaikanlagen führen und dadurch eventuell bestehende wirtschaftliche Strukturen in Deutschland gefährden bzw. zerstören.

Ich will deshalb bewusst darauf hinweisen, dass der Bundesrat dazu bereits in seiner Sitzung am 26. März dieses Jahres eine Entschließung gefasst hat. Wir haben damals, übrigens durch Koordination unseres Landes, eine ganz knappe Mehrheit für eine Entschließung seitens der Länder bekommen. Dabei haben wir auf einen Antrag Baden-Württembergs hingefordert, die im Erneuerbare-Energien-Gesetz vorgesehene einmalige zusätzliche Absenkung der Einspeisevergütung zum 1. Juli 2010 um 16 % für Hausdachanlagen, 15 % für Anlagen auf Freiflächen und 11 % für Anlagen auf Konversionsflächen auf höchstens 10 % für diese Anlagen zu begrenzen. Wir haben deshalb, ebenfalls in dieser Sitzung, auch dem VA im Allgemeinen zugestimmt. Wir wissen allerdings, dass das ein Einspruchsgesetz ist.

Nicht zugestimmt haben wir u. a. dem Anrufungsgrund hinsichtlich der Nutzung von Ackerflächen – um auch den zweiten Teil Ihrer Frage klar zu beantworten. Ich will auch begründen, warum wir dem Anrufungsgrund hinsichtlich der Nutzung von Ackerflächen nicht zugestimmt haben:

Zum einen hat die bisherige Förderregelung dazu geführt, dass Ackerflächen zunehmend der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen worden sind. Die daraus resultierende Konkurrenz zum Nahrungsmittelanbau soll nun vermieden werden. Das bereits im Baugesetzbuch verankerte Gebot des sparsamen Umgangs mit Grund und Boden wird dadurch bei der Förderung der erneuerbaren Energien noch konsequenter umgesetzt. Ziel muss es sein, das in Deutschland vorhandene große Potenzial an Dachflächen – das will ich ausdrücklich erwähnen – noch besser für die Solarenergie zu nutzen.

Dem im Hinblick auf geplante Anlagen auch notwendigen Investitions- und Vertrauensschutz wird dadurch Rechnung getragen, dass ein Vergütungsanspruch dann besteht, wenn die Anlage vor dem 1. Januar 2011 in Betrieb genommen wird und ein entsprechender Bebauungsplan vor dem 25. März 2010 beschlossen wurde. Außerdem ist vorgesehen, dass Solaranlagen auf versiegelten oder vorbelasteten Flächen, auch auf Flächen an Verkehrswegen, weiterhin auch eine Vergütung als Freiflächenanlagen erhalten können. Das war unsere Position.

Ich will jetzt hinzufügen: Der Vermittlungsausschuss ist bereits terminiert, und zwar recht bald. Wir werden – ich sage es jetzt aus dem Gedächtnis – am Mittwoch kommender Woche voraussichtlich um 19:00 Uhr eine Sitzung des Vermittlungsausschusses haben. Ich habe eine Vorbesprechung der

(Minister Dr. Wolfgang Reinhart)

Länder auf 18:00 Uhr einberufen. Ich will aber der Vollständigkeit halber darauf hinweisen: Es ist kein Zustimmungsgesetz, sodass wir im Vermittlungsausschuss die Argumente vortragen können, die mit zu unserer Entschließung geführt haben. Es wird darum gehen, ob dann im Bundestag – eventuell mit der Kanzlermehrheit – ein anderer Vorschlag eine Mehrheit findet.

So viel zu dieser Frage.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine Zusatzfrage des Herrn Abg. Dr. Bullinger.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Vielen Dank für diese doch sehr ausführliche Antwort.

Gestatten Sie mir eine kleine Vorbemerkung. Unter Hinweis darauf, dass der Ertrag einer Fotovoltaikanlage auf Ackerflächen im Verhältnis zum Energieertrag bei der Fotosynthese das Acht- bis Zehnfache beträgt, und zwar ohne Düngung, ohne Chemieeinsatz, ohne Maismonokulturen, wobei die Schafe trotzdem auf dieser Fläche grasen können, frage ich die Landesregierung: Ist die Landesregierung bereit, im Vermittlungsausschuss auf eine differenziertere Handhabung bei der Förderung von Solaranlagen auf Ackerflächen derart hinzuwirken, dass auf Grenzertragsstandorten mit weniger als 20 oder 40 Bodenpunkten weiterhin solche Fotovoltaikfreianlagen in den Genuss der Förderung durch das EEG kommen? Denn es macht ja wirklich keinen Sinn, Mais unsinnig anzubauen und diese Flächen nicht zur Energieerzeugung zu nutzen.

Minister für Bundes-, Europa- und internationale Angelegenheiten Dr. Wolfgang Reinhart: Herr Kollege Bullinger, weil Sie die politischen Abläufe nicht nur in Stuttgart, sondern auch in Berlin kennen, will ich Ihnen sagen: Meine Prognose für einen solchen Kompromiss ist sehr beschränkt, weil Ihre Kollegen in der Bundestagsfraktion der FDP in Berlin eine andere Auffassung vertreten als das, was Sie hier mit Appellcharakter vorgetragen haben. Deshalb mutmaßlich, dass die Koalition in dieser Frage auch die Haltung der FDP-Bundestagsfraktion vertreten wird.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Die letzte Zusatzfrage des Herrn Abg. Dr. Bullinger.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Mir sind die Antworten und Stellungnahmen bekannt. Wir sind diesbezüglich im Landtag fachlich sicherlich besser; das will ich dazu sagen.

(Beifall des Abg. Fritz Buschle SPD)

Ihre Antwort fehlt noch. Ich habe gefragt, ob Sie darauf hinwirken werden.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Minister, bitte.

Minister für Bundes-, Europa- und internationale Angelegenheiten Dr. Wolfgang Reinhart: Ich kann Ihnen Folgendes sagen: Das Kabinett hat mit Unterstützung des Ministeriums für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz aus den von mir dargestellten Gründen – ich will es noch einmal sagen –, auch wegen einer falschen Konkurrenznutzung bei Ackerflächen in Baden-Württemberg, nicht dafür votiert,

die Ackerflächen als Freiflächen für die Nutzung von Fotovoltaikanlagen zuzulassen.

Zum Zweiten will ich Ihnen sagen, ohne Geheimnisse zu verraten: Es gab unter den 16 Bundesländern einen weiten Abstand zwischen den Meinungen, um überhaupt in die Nähe der Mehrheitsfähigkeit bei diesem Anrufungsgrund zu kommen. Deshalb will ich hier nicht den Eindruck vermitteln, dass selbst durch Baden-Württemberg allein eine Mehrheitsfähigkeit bei den Ländern herbeigeführt werden könnte. Das sehe ich nicht.

Zum Dritten muss ich darauf hinweisen, dass bei der Tatsache eines Einspruchsgesetzes die Überwindung der ohnehin noch viel höheren Hürde, dass nämlich die Kanzlermehrheit im Bundestag einem solchen Vorschlag zustimmen würde, im Moment ebenfalls nicht ersichtlich ist. Das ist mit ein Grund dafür, dass so bald terminiert wurde.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank, Herr Minister.

Damit ist Tagesordnungspunkt 6 erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

a) **Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – Tierversuche in Baden-Württemberg – Drucksache 14/4342**

b) **Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Tierversuche an nicht menschlichen Primaten in Baden-Württemberg – Drucksache 14/4346**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung zu den Buchstaben a und b fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE betritt den Plenarsaal.)

– Frau Abg. Rastätter, schön, dass Sie da sind.

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Das wird sich gleich herausstellen!)

Sie haben das Wort.

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im deutschen Tierschutzgesetz ist geregelt, dass Tierversuche nur durchgeführt werden dürfen, wenn die zu erwartenden Leiden und Schäden an Versuchstieren ethisch vertretbar sind. Tierversuche, die mit länger andauernden Schmerzen bzw. mit erheblichen Schmerzen oder Leiden verbunden sind, dürfen sogar nur dann zugelassen werden, wenn sie für die Lösung von wissenschaftlichen Problemen von erheblicher Bedeutung sind. Der Schwerpunkt liegt hierbei also auf „erheblich“.

Es hat sich aber gezeigt, dass die vom Gesetzgeber ausdrücklich gewollte Begrenzung der Möglichkeit von Tierversuchen faktisch durch übergeordnete Grundrechte wie z. B. die Forschungsfreiheit ausgehebelt wird. Das war der Grund dafür,

(Renate Rastätter)

dass alle Fraktionen des Bundestags – ich betone: alle vier Fraktionen – in einer gemeinsamen Gesetzesinitiative im Jahr 2002 den Tierschutz als Staatsziel ins Grundgesetz aufgenommen haben. Die Notwendigkeit für die Aufnahme des Tierschutzes als Staatsziel wurde in dem Gesetzentwurf der vier Fraktionen wie folgt begründet:

Der Schutz des Tieres als Lebewesen ... ist in der Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland noch immer unzulänglich.

Weiter stand in dem Gesetzentwurf – ich zitiere –:

Für die gebotene Abwägung zwischen den Interessen der Tiernutzung und dem Anspruch der Tiere auf Schutz vor Leiden, Schäden oder Schmerzen ist es notwendig, die Rechtsebenen anzugleichen, das heißt, dem Tierschutz Verfassungsrang zu geben.

Das heißt konkret: Erst durch das Staatsziel Tierschutz wurde überhaupt die Möglichkeit einer Güterabwägung zwischen den Interessen z. B. der Forschung und den Bedürfnissen der Tiere nach Vermeidung von Leiden oder Schäden geschaffen.

Positiv ist – hier möchte ich insbesondere Frau Staatssekretärin Gurr-Hirsch ansprechen –, dass in Baden-Württemberg in den letzten Jahren wieder Forschungsmittel – 300 000 € im Jahr – in den Haushalt eingestellt worden sind, um Alternativen zu Tierversuchen zu fördern. Dazu wurde auch ein Forschungspreis ausgeschrieben. Ferner wurde in Konstanz eine Stiftungsprofessur zur Entwicklung von Alternativmethoden eingerichtet. Hinzuzufügen ist: Diese Stiftungsprofessur wird weitgehend aus Mitteln der Doerenkamp-Zbinden Stiftung und daneben noch aus Mitteln der Landesstiftung finanziert.

Trotz des Staatsziels Tierschutz, trotz dieser Forschungsmittel haben die Zahlen der Tiere, die in Tierversuchen verwendet werden, im Bund, aber auch in Baden-Württemberg von Jahr zu Jahr wieder deutlich zugenommen. Ich möchte das anhand einiger Zahlen aus den letzten drei Jahren aufzeigen:

Im Bund werden jährlich rund drei Millionen Tiere in Tierversuchen „verbraucht“. In Baden-Württemberg ist die Zahl der verwendeten Tiere von 483 327 im Jahr 2005 auf 587 426 im Jahr 2007 gestiegen.

Ganz bemerkenswert ist, dass vor allem in der Grundlagenforschung die Zahl der Tierversuche zunimmt. Die Zahl der Tierversuche in Privatbetrieben nimmt dagegen ab, weil dort sehr viel Wert darauf gelegt wird, Alternativen einzusetzen und damit auch Kosten zu vermeiden. Aber gerade in der Grundlagenforschung an unseren Hochschulen finden immer mehr Tierversuche statt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Auch bei der Herstellung von gentechnisch veränderten Tieren, also transgenen Tieren, findet ein deutlicher Anstieg statt.

Meine Damen und Herren, das heißt: Trotz der einfachgesetzlichen Vorgabe der ethischen Begrenzung bei der Genehmigung, trotz des Staatsziels Tierschutz ist in Baden-Württemberg – das ist den Stellungnahmen zu unseren Anträgen zu entnehmen – kein einziger Antrag auf Genehmigung von Tierversuchen abgelehnt worden. Bei einigen Anträgen seien von

den Regierungspräsidien einige Nachbesserungen gefordert worden, aber kein Antrag ist abgelehnt worden. Das zeigt, dass wir noch immer einen riesigen Handlungsbedarf haben.

Der Handlungsbedarf ist für uns in Baden-Württemberg sogar besonders deutlich. Wir haben auch im Landtag von Baden-Württemberg den Tierschutz in die Landesverfassung aufgenommen. Dennoch werden in 53 Einrichtungen des Landes Tierversuche durchgeführt, aber nur in 22 privaten Einrichtungen. Das heißt, die absolute und große Mehrzahl aller Tierversuche finden an den Hochschulen und den staatlichen Einrichtungen wie staatlichen Instituten statt. Daher haben wir eine besonders große Herausforderung, alles zu tun, um die Zahl der Tierversuche, und hier vor allem derer mit erheblichen Leiden, zu senken.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Ich möchte das am Beispiel der Affenversuche aufzeigen. Dazu liegt Ihnen ein Antrag vor. Affenversuche werden in Tübingen im Bereich der Hirnforschung durchgeführt. Ich möchte ganz klar sagen: Bei der Genehmigung von solchen Tierversuchen an hoch entwickelten, sozialen, intelligenten und sensiblen Wildtieren müssen ganz besondere Maßstäbe angelegt werden. Hier muss eine besondere Prüfung auf ethische Vertretbarkeit und auf Unerlässlichkeit durchgeführt werden. Die Behörden anderer Länder, z. B. in Bayern, Berlin und Bremen, haben vergleichbare Tierversuche nicht genehmigt. Ich weiß, dass in Bremen jetzt gerade in einem Fall das Verbot der Durchführung von Tierversuchen gerichtlich aufgehoben wurde und der Fall an die Genehmigungsbehörde zurückverwiesen wurde. Dem Antrag auf Durchführung der Versuche ist damit aber nicht stattgegeben worden; die Genehmigungsbehörde muss noch einmal prüfen.

Meine Damen und Herren, solange Sie in Baden-Württemberg nicht bereit sind, mit den Behörden ähnliche Wege zu gehen, sollte zumindest ein überregionales Fachgremium auf Bundesebene eingerichtet werden. Wir verlangen, dass Sie sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass zumindest eine für Tierversuche an Primaten spezialisierte Kommission eingerichtet wird, die dann ähnlich wie in der Schweiz wenigstens die ethische Vertretbarkeit und die Unerlässlichkeit noch einmal umfassend überprüfen kann.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Jetzt komme ich allerdings zur unrühmlichen Rolle, die Baden-Württemberg beim Novellierungsvorschlag der neuen EU-Richtlinie zum Schutz für in wissenschaftlichen Versuchen verwendete Tiere gespielt hat.

Erstmals hat die EU in einer geradezu bahnbrechenden Weise einen Novellierungsvorschlag vorgelegt, der in ganz Europa deutliche Verbesserungen für den Tierschutz im Bereich von Tierversuchen eingeleitet hätte. Nun haben ausgerechnet die Bundesebene, nämlich die Bundesregierung, und die Länder, allen voran Baden-Württemberg, mit einer Stellungnahme vom 10. Februar 2009 massive Verschlechterungen dieser EU-Richtlinie in die Wege geleitet. Diese EU-Richtlinie, die tatsächlich für ganz Europa Verbesserungen gebracht hätte, wurde auf Ihr Betreiben hin maßgeblich verschlechtert.

(Renate Rastätter)

Für uns Grüne ist dieses Verhalten absolut inakzeptabel. Ich will Ihnen auch sagen, warum. Immer dann, wenn wir Fortschritte beim Tierschutz hier in Baden-Württemberg und in Deutschland verlangt haben, haben Sie gesagt: Wir machen keine nationalen Alleingänge, aber wir setzen uns vehement dafür ein, dass auf EU-Ebene Verbesserungen erreicht werden. Nun geschieht genau das Gegenteil: Die EU-Kommission, die sonst sehr konservativ ist, macht eine Verbesserung,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Was heißt „Verbesserung“?)

und Sie haben nichts Besseres zu tun, als hier eine Verschlechterung herbeizuführen.

(Abg. Ingo Rust SPD: Unglaublich ist das! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Ihre Probleme möchte ich haben!)

Deshalb sage ich: Sie haben dem Tierschutz, den Tieren und dem ethischen Bewusstsein der Bevölkerung in unserem Land einen schweren Schaden zugefügt.

(Beifall bei den Grünen)

Jetzt möchte ich noch kurz auf das eingehen, was ich besonders perfide daran finde. Der Landestierschutzbeirat, ein sehr breit zusammengesetztes Gremium, hat sich in drei Sitzungen mit dieser EU-Richtlinie befasst und hat Vorschläge erarbeitet. Sie haben Ihre Stellungnahme bereits vorher in das Gremium der Länder eingebracht. Sie haben den Tierschutzbeirat nicht darüber informiert. Sie haben ihn beraten und eine Stellungnahme abgeben lassen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Unmöglich!)

Sie sind laut Satzung des Tierschutzbeirats verpflichtet, diesem alle wesentlichen Stellungnahmen der Landesregierung zum Tierschutz vorzulegen.

Damit haben Sie letztlich auch den von Ihnen berufenen Landestierschutzbeirat vor den Kopf gestoßen. Sie haben dort den Eindruck vermittelt – dieser Eindruck trügt nicht –, dass Sie ihn für eine Alibiveranstaltung halten. Auch das schadet dem Tierschutz in unserem Land.

Deshalb liegt heute ein Änderungsvorschlag vor, der die Punkte des Landestierschutzbeirats beinhaltet. Sie, die Regierungsfractionen, haben heute Gelegenheit, diesem Antrag zuzustimmen, um den Schaden abzuwenden, den die Landesregierung hier angerichtet hat.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Sehr schön! – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Bravo! – Abg. Thomas Blenke CDU: Ist das echtes Leopardenleder?)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Rombach für die CDU-Fraktion.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jetzt kommt Sachlichkeit in die Diskussion!)

Abg. Karl Rombach CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach heutigem Wissensstand sind Tierversuche in der Entwicklung, insbesondere was die Arznei- und Medikamentenproduktion sowie andere Bereiche angeht, für die Grundlagenforschung unverzichtbar.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Darum geht es doch gar nicht!)

Frau Rastätter, immer wieder höre ich Verbotsforderungen entweder allgemeiner oder spezieller Art, etwa im Hinblick auf die Verwendung von Affen. Diese werden einer notwendigen differenzierten Betrachtung der fachlichen Gegebenheiten und insbesondere der Rechtslage nicht gerecht.

Ich meine, das geltende Tierschutzgesetz hat mit seinem Bekenntnis zum ethischen Tierschutz insbesondere für die Verwendung von Versuchstieren einen hohen Standard gesetzt. Ich glaube, hier sind wir uns einig. Es stellt bereits heute sicher, dass kein Tier vermeidbaren Belastungen ausgesetzt werden darf. Das ist eine klare Aussage.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Tierarten wie Affen, Hunde und Katzen dürfen nur dann eingesetzt werden – in Ihren Ausführungen hatten Sie ansatzweise darauf Bezug genommen –, wenn dies unverzichtbar ist und insbesondere keine weniger hoch entwickelten Arten verwendet werden können. Dies muss im Antrag besonders dargelegt und wissenschaftlich begründet werden.

Weil in Baden-Württemberg alles so sauber läuft und vorbereitet wird und eine gewissenhafte Arbeit die Grundlage ist, sind keine Anträge abgelehnt worden. Das haben Sie selbst bestätigt.

Auch wenn meiner Meinung nach nicht alles grundsätzlich auf EU-Ebene geregelt werden sollte und geregelt werden müsste, lehnen wir eine Verschärfung der nationalen Tierschutzbestimmungen hier in diesem Land klar ab. Änderungen der Tierschutzbestimmungen müssen mit einem tatsächlichen Tierschutz verbunden sein und dürfen nicht lediglich zur Aufblähung von Verwaltung und Bürokratie führen, wie Sie es in Ihrem Fraktionsantrag formuliert haben.

Wir halten die bestehenden Regelungen für ausreichend und insbesondere auch für sachgerecht.

Durch die Neufassung der EU-Tierversuchsrichtlinie sind weitere Kontrollinstrumente installiert worden. Dazu gehören insbesondere rückwirkende Bewertungen von Tierversuchen und die weiter gehende Information der Öffentlichkeit. Das ist ein wesentlicher Gesichtspunkt, auf den wir als CDU-Fraktion größtes Augenmerk legen.

Eines muss ich dazu anmerken – das gilt auch für andere Bereiche –: Die Umsetzung von EU-Richtlinien darf grundsätzlich nur 1 : 1 erfolgen. Voraussetzung dafür ist natürlich die rechtliche und politische Notwendigkeit. Eine Verschärfung darf nicht erfolgen. Das gilt auch in diesem Bereich.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Sie haben die EU-Richtlinie verschlechtert!)

Ich sage das in aller Deutlichkeit.

(Karl Rombach)

Das Land Baden-Württemberg hat in den vergangenen Jahren bereits viel getan, um die Verwendung von Versuchstieren einzuschränken und tierversuchsfreie Verfahren zu fördern. Ich nehme auf den Tierschutzbeirat Bezug, den Sie verschiedentlich erwähnten. Ich bin in der glücklichen Lage, dessen Arbeit im Rahmen meiner zeitlichen Möglichkeiten über Jahre hinweg miterlebt zu haben. Zunächst geschah dies auf der Basis meiner beruflichen Tätigkeit, und jetzt verfolge ich das Thema aus der Sicht eines Abgeordneten im Landtag.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Ich auch!)

Aber eines muss ich Ihnen schon sagen: Wenn die Diskussion aus dem Tierschutzbeirat in den Landtag verlagert wird – Sie haben dieses Thema hier, wie Sie selbst bestätigt haben, in mehreren Sitzungen angesprochen – und Sie jetzt den Anschein erwecken, dass diese Themen im Tierschutzbeirat nicht ausführlich oder genügend angesprochen oder besprochen worden seien, dann stelle ich fest, dass wir in unterschiedlichen Gremien tätig sind.

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Ich möchte Ihnen in aller Deutlichkeit sagen: Ich sehe die Gefahr eines Missbrauchs dieser Tätigkeit oder einer zeitlichen Überbeanspruchung. Deshalb hatten Sie vorhin vielleicht das Problem, dass Sie so hektisch in den Plenarsaal kommen mussten. Sie müssen sich aber auf das Wesentliche konzentrieren und dürfen nicht auf allen Hochzeiten tanzen wollen; denn dann erreichen Sie nichts. Der Tierschutzbeirat ist das entscheidende Gremium, das beratend tätig ist und die Zuarbeit macht. Dort können diese Punkte behandelt werden. Jedenfalls halte ich es für Zeitverschwendung, wenn uns immer und überall wieder das Gleiche erläutert wird. Das ist nicht angemessen. Ich sage das in aller Deutlichkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Renate Rastätter GRÜNE meldet sich.)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Rombach, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Rastätter?

Abg. Karl Rombach CDU: Wenn es nicht von meiner Redezeit abgeht.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Und wenn es nicht so hektisch ist!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Frau Abg. Rastätter.

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass ich – das muss ich in aller Bescheidenheit sagen – die einzige Abgeordnete bin, die im Tierschutzbeirat immer anwesend ist, während die anderen Mitglieder des Landtags in der Regel nicht da sind?

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Abg. Karl Rombach CDU: Das nehme ich nicht nur nicht zur Kenntnis, sondern das entspricht nicht den Tatsachen – um es in aller Deutlichkeit zu sagen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Sie sagen die Unwahrheit! Unverschämt!)

Meine Damen und Herren, ich möchte fortfahren. Bei diesem sensiblen Thema sind wir alle natürlich dazu aufgerufen, uns Gedanken zu machen. Besonders gefragt ist allerdings auch die Forschung selbst, um geeignete tierversuchsfreie Methoden zu entwickeln. Ich denke, wir haben hier im Land Baden-Württemberg, im Land der Dichter und der Denker, der Forscher und der Naturwissenschaftler beste Voraussetzungen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das braucht man manchmal!)

Pauschale Verbotsforderungen und das gebetsmühlenartige Vorbringen ideologischer Grundsätze bringen uns nicht weiter. Gefragt sind Sachverstand und zukunftsorientierte Lösungen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Buschle das Wort.

Abg. Fritz Buschle SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Tierversuche sind ein emotionales Thema – wir bemerken es hier auch wieder –, und sie sind umstritten, seit es sie gibt. Das ist auch gut so. Wir Menschen tun uns Gott sei Dank schwer damit, Mitgeschöpfe dafür einzusetzen, dass es uns selbst oder unserer Umwelt besser geht.

Wenn wir einige Jahre zurückblicken, dann haben wir bei diesem Thema alle schnell die Bilder vor Augen, als Kaninchen noch Substanzen in die Augen gerieben wurden, um damit die Verträglichkeit von Lippenstiften oder Gesichtscremes zu prüfen. Doch seitdem – Frau Rastätter, Sie haben es gesagt – ist viel passiert. Danken wir allen Tierschützern seit Franz von Assisi bis heute. Sie haben viel dafür getan, dass solches Tun der Vergangenheit angehört.

Heute bestehen vonseiten der EU wie auch auf Bundesebene – auch das haben Sie ausgeführt – viele Richtlinien und Maßstäbe, die anzulegen sind, wenn man Versuche an Tieren einsetzen will. Auch dies ist ein Fortschritt.

Zudem gibt es – das wurde gesagt – viele Alternativen. Die sehr ausführliche Stellungnahme der Landesregierung und auch frühere Drucksachen bringen dies sehr deutlich zum Ausdruck. Ob Zellkulturen oder Hühnereier, vieles ist heute ganz ohne Inanspruchnahme von Versuchstieren untersuchbar. Viele dieser Alternativverfahren wurden gerade bei uns in Baden-Württemberg auf höchstem Niveau entwickelt. Wir begrüßen es daher, dass auch weiterhin Mittel für die Entwicklung von Methoden zur Verfügung stehen, die wir als Alternativen zu den leider noch heute nötigen Tierversuchen im Land brauchen.

Dies alles zeigt, dass man es sich in Deutschland und in Baden-Württemberg mit der Genehmigung und Durchführung von Tierversuchen nicht leicht macht. Dies darf man auch den Wissenschaftlern in den Universitäten und den betreffenden Instituten unterstellen. Die weitaus meisten Wirbeltiere, mit denen Tierversuche durchgeführt werden, sind Mäuse, Ratten und Fische. Zudem muss gesagt werden, dass alle diese Tie-

(Fritz Buschle)

re in der Regel vorbildlich gehalten werden. Dies ist auch eine Voraussetzung dafür, dass die Tiere von den Versuchen, die an ihnen vorgenommen werden, zuallermeist nichts bemerken und auch nicht leiden. Auch dies muss man im Hinterkopf haben, wenn man die reinen Zahlen der Statistik betrachtet.

Besonders bedenklich und auch umstritten sind natürlich Versuche mit Tieren, die besonders hoch entwickelt sind und denen wir ein hoch entwickeltes Bewusstsein zusprechen. Wir sprechen von nicht menschlichen Primaten.

(Abg. Walter Heiler SPD: Genau!)

So sind Affen natürlich empfindsamer gegen Leid, können stärker Angst empfinden und ihre Situation auch registrieren als beispielsweise Fische. Weiter wird sicherlich zu Recht auch zwischen den besonders hoch entwickelten Menschenaffen und anderen Affenarten unterschieden.

Mit besonderer Aufmerksamkeit muss man jetzt die Zahl der nicht menschlichen Primaten betrachten, die tatsächlich für Tierversuche eingesetzt werden. Es ist erfreulich, dass die Zahl der tatsächlich eingesetzten Affen weit unter der Zahl der vorhandenen Haltungsplätze liegt. Im Jahr 2007 standen 321 Haltungsplätzen nur 52 gehaltene Tiere gegenüber. Dies zeigt, dass vorhandene Kapazitäten offenbar bei Weitem nicht ausgenutzt werden und die Zahl der Versuchstiere gegenüber früher deutlich zurückgegangen ist. Auch das ist gut so.

Die Zahl der gehaltenen Tiere ist tatsächlich markant zurückgegangen. Im Jahr 2004 waren es noch 92 Affen, im Jahr 2005 noch 89 und im Jahr 2007 nur noch die bereits erwähnten 52 Affen. Diese Zahlen zeigen deutlich, dass sich auch die Wissenschaftler bewusst sind, dass sie nur das Minimum an Versuchstieren dieser Tiergruppe einsetzen dürfen. Dass man sich auch ständig um eine weitere Reduzierung bemüht, zeigen diese Zahlen deutlich.

Ganz offenbar wirkt auch hier – das wurde ebenfalls gesagt – die stärkere staatliche Reglementierung. Dies alles führt zu den gewünschten Reduzierungen, die in unser aller Sinn sind.

Die Europäische Kommission – Frau Rastätter und Kollege Rombach, Sie haben das angesprochen – hat im November 2008 den Entwurf für eine neue Richtlinie vorgelegt. Frau Rastätter, soviel ich weiß, hat der Landestierschutzbeirat diese diskutiert, sie beraten und ihr zugestimmt.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ja!)

Also auch bei dieser Richtlinie hat der Landestierschutzbeirat, der hierfür zuständig ist – da Sie ja in allen Sitzungen anwesend sind, müssten Sie das wissen –, interveniert.

(Beifall der Abg. Dr. Klaus Schüle und Karl Rombach CDU)

Wir meinen deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen: Das, was Sie von den Grünen fordern, Frau Rastätter, ist dem Grunde nach erfüllt. Die Richtlinien unseres Landes reichen dazu aus.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es! – Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Weitere Einschränkungen – um das noch einmal zu sagen –, die jede Forschung unmöglich machen würden, würden schlussendlich zum Schaden des Menschen sein. Das will niemand von uns.

Wenn Sie nun beantragen, den Antrag an den Ausschuss zu überweisen, werden wir dem zustimmen. Wenn Sie den Antrag jetzt zur Abstimmung stellen, müssen wir leider dagegen stimmen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Genau! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Gut, Fritz! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Den Sozialdemokraten spenden wir gern einmal Applaus!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Ehret das Wort.

Abg. Dieter Ehret FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Tierschutz hat für uns, für die FDP auf Bundes- und auf Landesebene, seit Jahren eine zentrale Bedeutung und einen hohen politischen Stellenwert. So wurde auf Initiative der FDP der Tierschutz als Staatsziel im Grundgesetz verankert. Die FDP hat über Jahre hinweg beharrlich für dieses zentrale Anliegen gekämpft.

Wir in Baden-Württemberg waren mit der Aufnahme des Tierschutzes in die Landesverfassung in den Neunzigerjahren Vorreiter bei der Verbesserung des Tierschutzes in der Bundesrepublik. Auch in Zukunft wird die FDP/DVP-Landtagsfraktion konsequent für eine Verbesserung des Tierschutzes eintreten. Wir werden dieses sensible Thema natürlich im Auge behalten.

Für mich und für uns ist klar: Versuche mit Tieren dürfen nur dann durchgeführt werden, wenn die Forschung nachweislich keine andere Möglichkeit hat, Ergebnisse zu erzielen, die gemäß Tierschutzgesetz – ich zitiere – „für wesentliche Bedürfnisse von Mensch und Tier ... von hervorragender Bedeutung“ sind. Konkret – das ist meine Interpretation – soll uns die Forschung Ergebnisse liefern, die der Vorbeugung und Heilung von Krankheiten bei uns Menschen dienen sollen, die aber auch einen Fortschritt in der Tiermedizin bringen sollen und somit den Tieren selbst zugutekommen.

Meine Damen und Herren, genauso wichtig ist es mir, festzustellen, dass der Tierschutz und das Thema Tierversuche nicht auf das Land Baden-Württemberg und den Bund beschränkt werden können. Deshalb haben wir Regelungen, die EU-weit verbindlich sind. Dazu stehen wir und werden sie natürlich – Kollege Rombach hat es gesagt – umsetzen, und zwar 1 : 1. Alleingänge machen insbesondere beim Tierschutz keinen Sinn.

Der Beschluss des Ministerrats ist eindeutig; er ist in der Stellungnahme zum Antrag Drucksache 14/4342 aufgeführt. Wir meinen, dass die Richtlinie, die unmittelbar vor der Verabschiedung steht – Frau Rastätter, da diese neue EU-Richtlinie sehr bald kommen wird, macht es keinen Sinn, sich hier über weitere Änderungswünsche Gedanken zu machen –, einen Kompromiss darstellt, um EU-weit einen hohen Schutzstan-

(Dieter Ehret)

dard bei Tierversuchen bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Belange der Forschung zu etablieren.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl!)

Wichtig ist uns – das haben wir auch besprochen –, grundsätzlich dafür zu sorgen, dass es keine Parallelforschung gibt, und zwar sowohl im In- als auch im Ausland – was auch zu prüfen ist –, um zu gewährleisten – das ist unser Wille –, dass so wenige Versuche wie nötig an Tieren durchgeführt werden.

Meine Damen und Herren, Deutschland hat derzeit eines der weltweit strengsten und weitreichendsten Tierschutzgesetze. Um für einen Tierversuch eine Genehmigung zu erhalten, muss der Antragsteller darlegen, weshalb das angestrebte Ziel nur mit einem Tierversuch zu erreichen ist, und nachweisen, dass keinerlei Alternativmethoden zur Verfügung stehen. Niemand darf einem Tier ohne hinreichenden Grund in einem Tierversuch Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügen. Tierschutzkommissionen, Tierschutzbeauftragte oder Veterinärämter begleiten und kontrollieren die tierexperimentelle Forschung, und zwar umfassend.

Gleichwohl steht für uns als FDP/DVP-Landtagsfraktion die Verringerung der Anzahl von Tierversuchen in Baden-Württemberg im Mittelpunkt unserer Bemühungen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Diese Ziele sollen durch den verstärkten Einsatz von Alternativ- und Ergänzungsmethoden zu Tierversuchen erreicht werden. Solche Methoden werden vom Land Baden-Württemberg gezielt gefördert. Beispielsweise wurde an der Universität Konstanz die bundesweit erste Professur zur Entwicklung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden zu Tierversuchen eingerichtet. Dies wird auch in anderen Bundesländern anerkennend zur Kenntnis genommen. So wird von der SPD-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag anlässlich einer gleichlautenden Plenardebatte zu Tierversuchen unter Hinweis auf den vom Land Baden-Württemberg eingesetzten Förderpreis für alternative Forschung an Universitäten ausgeführt – ich zitiere –:

Baden-Württemberg hat vorhandene Informationen und vorhandene Gelder rechtzeitig genutzt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, das Lob von der anderen Seite freut uns natürlich. Die FDP/DVP-Landtagsfraktion wird weiterhin mit der von ihr mitgetragenen Landesregierung für einen umfassenden Tierschutz hier in Baden-Württemberg eintreten. Dies gilt nicht nur für die Reduzierung von Tierversuchen. Wir wollen einen umfassenden Tierschutz als Bestandteil unserer natürlichen Lebensgrundlage.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Alle Tiere genießen den Schutz unserer Verfassung, und dazu zähle ich auch die Haustiere, die Tiere in Käfighaltung bis hin zu den Versuchstieren.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz Köberle das Wort.

Minister für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz Rudolf Köberle: Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Mittelpunkt der Arbeit der Landesregierung und des Landtags steht das Wohl der Menschen in Baden-Württemberg. Wenn wir uns heute – bei übrigens guter Besetzung des Plenums – der Tierwelt zuwenden, dann steht das überhaupt nicht im Widerspruch zu dieser Zielsetzung, das Beste für die Menschen in unserem Land zu tun. Wir machen Politik in Verantwortung vor Gott und den Menschen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Wer sich für die göttliche Schöpfung ganzheitlich einsetzt, meine Damen und Herren, der muss sich um Menschen und Tiere und um die Natur in gleicher Weise kümmern, weil wir die Schöpfung ganzheitlich sehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Sehr gut! – Zurufe der Abg. Karl Zimmermann CDU und Dieter Kleinmann FDP/DVP)

Der Tierschutz steht in unserer Landesverfassung. Wir Politiker müssen uns immer wieder fragen, ob wir dieser Vorgabe gerecht werden. Ich bedauere, dass die Tierwelt unserer Landesverfassung nicht oder zu wenig nachkommt; denn wenn wir in die Natur schauen, dann erkennen wir, dass es dort Mord und Totschlag, Kannibalismus und alles Mögliche gibt. Wenn wir der Fischwelt die Schäden zufügen würden, wie es die von Ihnen so geliebten Kormorane tun, dann, glaube ich, würden wir das politisch kaum überleben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: So ist es!)

Die Landesregierung und auch der Landtag setzen sich fraktionsübergreifend und aus Überzeugung seit Jahren intensiv für den Tierschutz in der Versuchstierhaltung und bei Tierversuchen ein.

(Beifall bei der CDU)

Jeder Tierversuch wird nach dem gesetzlich festgelegten Verfahren von den zuständigen Behörden, von den Regierungspräsidien geprüft. Das ist nicht nur ein Verwaltungsakt, sondern geschieht auch nach intensiver Beratung in den Ethikkommissionen, in denen auch Wertefragen gestellt werden und Abwägungsüberlegungen angestellt werden müssen. Das ist ein ganz wichtiges Instrument.

Wir haben auf Landesebene eine ehrenamtlich arbeitende Tierschutzkommission, und diese leistet wichtige Arbeit. Ich will allen herzlich danken, die in dieser Kommission, in diesem Beirat engagiert sind. Wenn Sie das ganz kontinuierlich tun, dann spricht das für Sie, Frau Kollegin Rastätter, aber auch für alle anderen Kolleginnen und Kollegen, die in diesem Beirat wertvolle Arbeit leisten.

Aber eines muss auch klar sein, meine Damen und Herren: Ein Beirat, eine Kommission kann Politik nicht ersetzen. Da

(Minister Rudolf Köberle)

gibt es gewaltige Unterschiede. Ein Beirat, eine Kommission kann immer das Beste für die Tiere formulieren. Wir in der Politik müssen das Bestmögliche für die Tiere organisieren und politisch durchsetzen.

Die qualifizierten Beratungen zu jedem einzelnen Tierversuch stellen sicher, dass Versuche nur in unerlässlichem Umfang durchgeführt werden. Genau dies ist unser Ziel: die Beschränkung der Versuche auf das unerlässliche Maß, wie es uns das Tierschutzgesetz vorgibt. Selbstverständlich gilt dies vor allem auch für den Einsatz nicht menschlicher Primaten zu Forschungszwecken.

Meine Damen und Herren, immer wieder und wesentlich häufiger als das Thema Tierschutz steht das Thema „Forschung, Innovation, Forschungsland Baden-Württemberg“ auf der Tagesordnung. Bei uns werden viele wissenschaftliche Fragestellungen im Bereich der biomedizinischen Forschung bearbeitet. Es ist besser, diese Fragen stellen sich die Universitäten und Forschungseinrichtungen in unserem Land als die in anderen Ländern. Deshalb werden in Baden-Württemberg logischerweise vergleichsweise viele Tiere zu Forschungszwecken eingesetzt.

Liebe Frau Rastätter, Sie haben die Zahlen genannt; sie stehen auch in unserer Stellungnahme zu Ihrem Antrag. Sie sagen, die Zahlen nähmen ständig zu. Sie nehmen zu, sie nehmen aber auch ab. Wenn sich diese Abnahme verstetigt und nicht nur ein Zufall ist, dann hätten wir alle nichts dagegen. Wir wollen so wenige Tiere wie möglich für Tierversuche einsetzen, aber so viele wie notwendig. Im Jahr 2008 – für dieses Jahr liegen uns die jüngsten verlässlichen Zahlen vor – hat die Zahl der Versuchstiere deutlich abgenommen,

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Im Bund, nicht in Baden-Württemberg!)

und zwar in Baden-Württemberg von rund 590 000 Tieren auf rund 520 000 Tiere; in der Bundesrepublik waren es insgesamt knapp 2,7 Millionen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben in den vergangenen Jahren eine ganze Reihe von Initiativen ergriffen, die Tierversuche vermindern und die Belastungen von Versuchstieren verringern – das wird auch rundum anerkannt; das ist in allen Reden hier gesagt worden –, ob das der erwähnte Lehrstuhl an der Universität Konstanz ist oder unser auf drei Jahre angelegtes Programm mit einem Volumen von 300 000 €, um Möglichkeiten für Ersatz- und Ergänzungsmethoden zu Tierversuchen herauszufinden, oder unser Forschungspreis in der beachtlichen Höhe von 25 000 €.

Wir wollen Verbesserungen im Tierschutz nicht nur finanziell fördern und davon ausgehen, allein dadurch stelle sich alles automatisch ein, sondern wir werten diese Initiativen natürlich aus – da sind wir gerade mittendrin – und werden in absehbarer Zeit auch über die Erfolge berichten und dann entscheiden, ob wir auf diesem Weg mit entsprechenden Förderungen weiter verfahren können.

Jetzt, liebe Kollegin Rastätter, noch zu dieser neuen EU-Versuchstierrichtlinie und der Frage: Welche Haltung hat Baden-Württemberg zu diesem europäischen Vorhaben eingenom-

men? Sie ergreifen heute nochmals die Gelegenheit und versuchen, Nachbesserungen zu erreichen. Aber ich will Ihnen eines sagen: Dieser Zug ist abgefahren. Wer einem abgefahrenen Zug hinterherruft und hofft, dass der Zug anhält, auf demselben Gleis nochmals umkehrt und denjenigen, der zu spät kommt, extra abholt, der lebt, glaube ich, nicht in dieser Welt und vor allem nicht in der politischen Konstruktion von Europa.

Wir hatten natürlich von der Kommission am Anfang eine Vorlage, eine Vorgabe. Bis zum Endprodukt ist es aber ein langer Weg, und zwar nicht nur für die 16 deutschen Länder und die Bundesebene mit unterschiedlichen Parteien und unterschiedlichen Ausrichtungen sowie unterschiedlichen Interessen. Das Ganze spielt sich vielmehr in 27 Nationalstaaten ab.

Deshalb war es für Baden-Württemberg nicht entscheidend, zu überlegen – auch entlang von mehr oder weniger, ich würde sagen, ausreichender Miteinbeziehung unserer Beratungsgremien –: Welchen Weg gehen wir? Gehen wir dann sang- und klanglos unter? Entscheidend war vielmehr die Frage: Was ist das Optimum, das wir herausholen können? Entsprechend waren wir über unsere Möglichkeiten im Bundesrat aktiv.

Wenn diese EU-Richtlinie jetzt so in Kraft tritt, finden wir darin auch ein Stück weit das Landesengagement von Baden-Württemberg wieder – aber nicht gegen die Tiere, sondern im Sinn von verbessertem Tierschutz in Europa.

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, ich glaube, der Weg, den wir in Baden-Württemberg beschreiten, ist der richtige: Wir sollten weiterhin das eine tun und das andere nicht lassen, weiter intensiv arbeiten, damit das Land Baden-Württemberg auf der einen Seite auch für die Tiere – bei den Menschen würde man so sagen – ein Land ist, in dem man sich wohlfühlen kann, und auf der anderen Seite im Sinne der Gesundheit und des Wohls der Menschen auch im Bereich der Forschung, der Entwicklung und der Medizin Fortschritte macht. Dafür brauchen wir leider nach wie vor immer wieder auch die Hilfe der Tiere. Ich denke, wenn wir diese Politik in ethischer Verantwortung, in der Verantwortung vor Gott, den Menschen und der Schöpfung betreiben, dann kommen wir sicher nicht von dem richtigen Weg ab.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: In der Aussprache liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen jetzt zur Behandlung der Anträge.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/6480, abstimmen, der begehrt, im Antrag Drucksache 14/4342 einen Abschnitt II zu ergänzen. Der Änderungsantrag liegt Ihnen vor. Wer für diesen Antrag ist, möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Wir kommen nun zum Antrag Drucksache 14/4342. Dieser Antrag ist ein Berichtsantrag und mit der Aussprache erledigt. Sind Sie damit einverstanden?

(Zurufe von der SPD: Ja!)

– Es handelt sich um einen Antrag der Grünen. Es ist schön, wenn die SPD antwortet.

(Heiterkeit)

Wer antwortet jetzt? Können wir das so machen?

(Zurufe: Ja!)

– Ja.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Antrag Drucksache 14/4346. Abschnitt I dieses Antrags ist ein Berichtsteil und mit der Aussprache erledigt.

Abschnitt II, ein Beschlussteil mit einem Handlungersuchen, muss zur Abstimmung gestellt werden. Wer für diesen Abschnitt II mit dem Handlungersuchen ist, möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Damit ist Tagesordnungspunkt 7 erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Die Krise ist jung – Sicherung von Beschäftigung und Ausbildung für unter 25-Jährige – Drucksache 14/4347

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Für die antragstellende Fraktion, die Fraktion GRÜNE, erteile ich Herrn Abg. Lehmann das Wort.

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als wir diesen Antrag „Die Krise ist jung – Sicherung von Beschäftigung und Ausbildung für unter 25-Jährige“ im letzten Jahr eingebracht haben, war die Wirtschaftskrise und Finanzkrise auf dem Höhepunkt.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Da warst du auch ein Jahr jünger!)

Heute müssen wir erfahren, dass sie noch nicht vorbei ist. Mittlerweile haben wir auch eine Krise der Staatsfinanzen in Europa.

Der Antrag ist natürlich nach wie vor aktuell: Obwohl die Arbeitslosigkeit wegen der Kurzarbeiterregelungen nicht so, wie befürchtet, durchgeschlagen hat, müssen wir doch feststellen, dass junge Menschen Schwierigkeiten haben, nach der Schulausbildung in eine berufliche Ausbildung einzumünden, und dass Jugendliche mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung es in diesem verunsicherten Arbeitsmarkt heute schwer haben, bei den Betrieben unterzukommen. Diese Situation hat sich nicht verändert, und deshalb ist der vorliegende Antrag natürlich nach wie vor aktuell.

Im letzten Jahr stieg die Arbeitslosenquote bei den unter 25-Jährigen auf 42 %. Das ist ein gewaltiger Anstieg. Die IHK hat bereits im letzten Jahr gesagt – das hat sich inzwischen bestätigt –, dass ein Viertel der angefragten Unternehmen geantwortet hätten, sie wollten weniger ausbilden. Das spüren wir auf dem Ausbildungsmarkt inzwischen ganz deutlich.

Ich nenne Ihnen jetzt einfach einmal die Zahlen vom März dieses Jahres, die die Situation in Baden-Württemberg widerspiegeln: Der Rückgang bei den Ausbildungsplätzen betrug 3,9 %; bereits im Jahr zuvor hatte es einen Rückgang um 6 % gegeben. Die Zahl der Bewerber hingegen stieg – trotz des demografischen Wandels – noch einmal um 2,4 %. Die Situation hat sich also weiter verschärft. Bemerkenswert aber ist – das sollte man ebenfalls nicht außer Acht lassen –, dass im Bund eine umgekehrte Entwicklung zu beobachten ist. Bundesweit gibt es bei den Ausbildungsstellen einen Zuwachs um 1 %; die Zahl der Bewerber ging um 1,3 % zurück.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Von welchem Ausgangsniveau aus?)

Da gab es also eine Entspannung. Wir wissen auch genau, woran das liegt: Baden-Württemberg ist natürlich durch die Finanz- und Wirtschaftskrise sehr stark betroffen. Die Exportabhängigkeit ist hoch, und in den Betrieben herrscht eine große Verunsicherung. Dies drückt sich auch in diesen Zahlen aus.

Wir haben diesen Antrag auch deshalb gestellt, weil es uns wichtig war, dass die Politik sich nicht nur auf den Zuschauererrängen breitmacht und die Lage kommentiert, sondern dass das Land Baden-Württemberg die Maßnahmen ergreift, die aufgrund der gesetzlichen Regelungen möglich sind.

In zwei Handlungsfeldern können wir tätig werden. Das eine sind die qualifizierten Ausbildungsgänge, die wir an den beruflichen Schulen zur Verfügung stellen. Dabei sind in erster Linie natürlich die Berufsfachschulen zu nennen, aber auch die Berufskollegs, auf die ich gleich noch näher zu sprechen kommen will. Bei den beruflichen Schulen gibt es natürlich aber auch Meister- und Technikerschulen; es gibt Berufsoberschulen und auch das sehr wichtige einjährige Berufskolleg zur Erlangung der Fachhochschulreife. Diese Angebote sind sehr wichtig. Unser Antrag zielt auch darauf ab, dass wir als Land in diesem Bereich stärker Verantwortung übernehmen und Ausbildungskapazitäten ausbauen.

Damit allein ist es aber nicht getan. Wir wissen das seit vielen Jahren: Wir haben das Problem, dass gerade die Ausbildungsgänge, die nicht sofort für eine Berufsausbildung anrechenbar sind, häufig in eine Warteschleife führen. Mit der im Jahr 2005 erfolgten Novellierung des Berufsbildungsgesetzes ist jedoch nun eine Möglichkeit eröffnet worden, hier eine Anrechnungsverordnung zu erlassen und diese Ausbildungsgänge voll durchgängig in die duale berufliche Ausbildung zu integrieren.

Das hat das Land – leider, wie ich sagen muss – nicht gemacht. Wie ich immer wieder erfahren musste, gibt es hier einen Streit zwischen dem Kultusministerium und dem Wirtschaftsministerium. Das Wirtschaftsministerium sagt: „Das machen wir nicht.“

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir streiten nicht!)

(Siegfried Lehmann)

Das Kultusministerium dagegen sagt: „Wir müssen die Potenziale heben; es ist Unsinn, junge Leute doppelt und dreifach auszubilden. Vielmehr müssen wir die Potenziale wirklich heben und zu wirtschaftlich günstigen Bedingungen sowohl für den Staat als auch für die Betriebe kommen.“

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Da steht die FDP/DVP nach wie vor auf der Bremse.

Im Bund ist das Berufsbildungsgesetz und hier vor allem der § 43 Abs. 2 aktuell wieder in die Diskussion gekommen. Das betrifft die Möglichkeit, Anrechnungen vorzunehmen. Bis zum Jahr 2011 soll das auslaufen. Nun gibt es verschiedene Bundesländer, die sagen: Wir brauchen gerade auch in Krisen- und Umbruchzeiten die Möglichkeit, diese Potenziale über die beruflichen Schulen zu heben und entsprechend Anrechnungen vorzunehmen. Das ist eine Gewinnsituation für alle.

Unser Antrag läuft ebenfalls darauf hinaus. Wir fordern: Gerade in diesem Bereich muss Baden-Württemberg, muss das baden-württembergische Wirtschaftsministerium – ich schaue auf die Regierungsbank; da sitzt aber niemand vom Wirtschaftsministerium – seine Blockadehaltung endlich aufgeben und sich ebenfalls dafür aussprechen, dass es eine Anrechnungsverordnung sowie auch eine Neuorientierung der Berufskollegs insofern gibt, als dass diese wirklich voll integrativ in berufliche Ausbildungen einmünden und anerkannt werden. Das ist notwendig.

Notwendig ist aber auch, dass wir unsere Verantwortung in der Krise ernst nehmen. Herr Minister Pfister hebt seit Tagen und Wochen wieder darauf ab, dass uns ein Fachkräftemangel bevorsteht. Die Prognos-Studie liegt vor. Danach werden bis zum Jahr 2030 ca. 500 000 qualifizierte Erwerbspersonen, hauptsächlich Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung und Hochschulausbildung, fehlen. Schon bis zum Jahr 2015 werden 280 000 qualifizierte Erwerbspersonen fehlen – in Baden-Württemberg, wohlgemerkt. Es wird ein rascher Wandel kommen.

Wir brauchen diese Wende heute. Wir müssen heute anfangen, diesen Umstieg zu machen. Wir dürfen die jungen Leute nicht in Warteschleifen setzen, sondern müssen ihnen wirklich qualifizierte Angebote machen. Das ist unser Wunsch und die Intention unseres Antrags.

Zum Weiteren dann in der nächsten Runde.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion der CDU erteile ich Frau Abg. Schütz das Wort.

Abg. Katrin Schütz CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir den aktuellen Signalen aus der Wirtschaft und der Marktentwicklung Glauben schenken dürfen, kommen wir langsam aus der Talsohle der Wirtschaftskrise heraus.

Trotzdem waren Ende Oktober, also mitten in der Krise, bundesweit knapp 340 000 junge Menschen unter 25 Jahren arbeitslos. Das entspricht – das ist richtig – rund 12 % mehr als vor einem Jahr. Diese unerfreulichen Statistiken betreffen al-

lerdings ganz Europa und werden einheitlich als Folgen der Wirtschaftskrise verbucht. Das Statistische Amt der Europäischen Union hat Zahlen zur Jugendarbeitslosigkeit veröffentlicht, wonach im August 2009 in den 27 EU-Mitgliedsstaaten 19,8 % der unter 25-Jährigen arbeitslos waren.

In der Bundesrepublik konnten wir jedoch darüber hinaus zwei gegenläufige Trends beobachten: zum einen die Auswirkungen der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise und des Konjunktureenbruchs mit einem deutlichen Rückgang der Zahl betrieblicher Ausbildungsstellen, zum anderen die demografische Entwicklung, die sich jetzt immer deutlicher auch in rückläufigen Zahlen der Schulabgänger niederschlägt.

In Baden-Württemberg zeichnet sich jedoch noch ein anderer Trend ab, der zweifelsohne präventiven Maßnahmen in der Bildungspolitik zuzuschreiben ist. Bei den unter 20-Jährigen ging die Arbeitslosigkeit nämlich leicht zurück, und zwar um 1,2 %. Das konnte vor allem auch deswegen erreicht werden, weil für sie qualifizierte Bildungsangebote vorhanden sind.

Die Regierung des Landes Baden-Württemberg hat die Risiken einer Krise für den Beschäftigungsmarkt der jungen Menschen frühzeitig erkannt und hat reagiert. Neben den zweckgebundenen Stellen im Rahmen der Qualitätsoffensive Bildung wurden auf der Grundlage der Schülerprognosen und der bekannten Bedarfsebenen die im Kultushaushalt zur Verfügung gestellten Stellen bedarfsgerecht auf die Schularten bzw. auf die Schulbereiche verteilt. Zudem wurden den beruflichen Schulen noch im Mai 2009 zusätzliche 100 Stellen zur Verfügung gestellt. Damit wurden keine Warteschleifen gebildet, sondern die Zeit wurde dazu genutzt, allgemeinberufliche Bildungsinhalte zu vermitteln.

Vielfach nutzten die Schüler diese Angebote zum Erwerb eines höherwertigen allgemeinbildenden Abschlusses. Darüber hinaus entschlossen sich zahlreiche Absolventen eines dualen Ausbildungsberufs, sich beruflich weiterzubilden, z. B. zum Techniker oder zum Meister, und erwarben damit betriebliche Aufstiegschancen, damit sie am Ende der Krise auch gut gerüstet sind.

Ferner wurde mit dem Programm „Azubi transfer – Ausbildung fortsetzen“ die Übernahme von Auszubildenden aus Ausbildungsbetrieben, die in die Krise gekommen sind oder wegen Schließung bzw. Stilllegung vorzeitig die Ausbildung beenden mussten, durch andere Ausbildungsbetriebe unterstützt. In einer gemeinsamen Erklärung des Wirtschaftsministers, der Sozialpartner, des Sozial- und des Kultusministeriums sowie der Bundesagentur für Arbeit wurde an die Unternehmen appelliert, ihre Auszubildenden möglichst zu übernehmen.

Zusätzlich wurden Optionen eingeräumt, dass Arbeitgeber für im eigenen Unternehmen ausgebildete junge Menschen bei einem anschließenden Arbeitsverhältnis Kurzarbeitergeld beantragen können. Das ist ein Beleg für das Funktionieren eines Ausbildungspakts. Es wäre schön, wenn sich die Gewerkschaften ebenfalls daran beteiligen würden.

Zudem wurden im Jahr 2009 zahlreiche ESF-finanzierte Maßnahmen zur Integration von Schulabgängern in Ausbildung und Beruf durchgeführt.

(Katrin Schütz)

Im Ländervergleich liegt die Bundesrepublik mit einer Quote von derzeit 6,5 % jedoch erfreulich weit unter dem Durchschnitt der EU. Dem Anschein nach haben wir uns also in einer außergewöhnlich schweren Krisensituation doch recht gut behaupten können. Als Beispiel möchte ich auch das Bundesprogramm WeGebAU nennen, bei dem Module von Ausbildungsbetrieben übernommen oder angeboten werden können, um dadurch Menschen einer Ausbildung zuzuführen. Durch die Lösungshilfen wurde im Land für viele durch die Krise freigesetzten Arbeitnehmer eine Weiterbeschäftigung nach der Krise möglich.

Aktive Schulleitungen, das Kultusministerium und Betriebe reagierten sehr schnell auf die veränderte Situation. Speziell in Baden-Württemberg gibt es eine Zahl aktueller Meldungen, die man in diesem Kontext durchaus als erfreulich bezeichnen kann. So ist die Arbeitslosenquote insgesamt zum vierten Mal in Folge zurückgegangen. Im Bundesvergleich schneiden wir also sehr gut ab.

Wir dürfen nicht zulassen, dass die Motivation unserer nachwachsenden Kräfte frühzeitig deshalb gefährdet wird, weil diese nicht beschäftigt werden können. Wir benötigen die jungen Menschen dringend als Fachkräfte für den Arbeitsmarkt von morgen.

Die gegenwärtige Krise sehen wir aber auch als Chance für die Zukunft. Die CDU-Fraktion hat deswegen eine Initiative ergriffen, damit für die Umsetzung der Empfehlungen der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft – berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“ des Landtags Mittel in Höhe von bis zu 10 Millionen € für das Jahr 2011 in den Nachtragshaushalt eingestellt werden können. Die Enquetekommission wird der Landesregierung konkrete Handlungsempfehlungen unterbreiten, um auch die duale Ausbildung im Land noch viel attraktiver zu machen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion darf ich Herrn Abg. Kaufmann das Wort erteilen.

Abg. Gunter Kaufmann SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! „Die Krise ist jung“, wurde vorhin gesagt. Damit ist die Situation durchaus zutreffend beschrieben. Denn die Wirtschaftskrise betrifft insbesondere die jungen Menschen, weil die Verantwortlichen in unserem Land deren Ausbildung vernachlässigen und weil das Recht der Jugend auf eine adäquate Ausbildung in unserem Land fehlt. So einfach ist das.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen
– Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Albrecht Fischer:
Unglaublich!)

Es gibt eben kein Recht auf Ausbildung. Ein solches Recht wäre dringend nötig.

(Zuruf der Abg. Katrin Schütz CDU)

Deshalb entsprechen die Übergänge von der Schule in die Ausbildung und von der Ausbildung in den Beruf weder den

Bedürfnissen der jungen Menschen noch den gesellschaftlichen Notwendigkeiten, um den entsprechenden Fachkräftebedarf in unserem Land sicherzustellen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg.
Siegfried Lehmann GRÜNE)

Das lässt sich an zwei Beobachtungen, die unabhängig von der Krise sind und bei uns seit Jahren schon offensichtlich sind, darstellen. Erstens: Das Durchschnittsalter beim Eintritt in die klassische Lehre ist bei uns mittlerweile von 16 Jahren auf über 19 Jahre gestiegen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist richtig! –
Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Damit hat die Lehre in gewisser Weise schon den Charakter der Erwachsenenbildung angenommen und ist nicht mehr das, was den jungen Absolventen, den Schulabgängern, gerecht wird.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

– Beruhigen Sie sich! – Was bedeutet es, wenn ein junger Mensch im Durchschnitt erst im Alter von 19 Jahren in die Lehre eintritt? Das bedeutet, dass wir ein aufwendiges Übergangssystem in Form von Warteschleifen installiert haben. Ein solches System gibt es in dieser Form im übrigen Europa nicht. Deswegen sieht bei uns auch die Jugendarbeitslosenquote anders aus. Denn die potenziell Arbeitslosen sind bei uns eben in der Warteschleife. Das muss man bei einem statistischen Vergleich immer berücksichtigen.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Genau! – Abg. Albrecht
Fischer CDU: Wir haben die meisten Abschlüsse!)

Unsere beruflichen Schulen könnten aber berufsqualifizierend ausbilden, wenn man sie nur machen ließe. Von der Möglichkeit, auch die dort erworbenen Kompetenzen auf eine spätere Lehre anrechnen zu lassen – das wurde vorhin schon vom Kollegen Lehmann gesagt –, hat die Landesregierung keinen Gebrauch gemacht. Sie hat es versäumt, die im Berufsbildungsgesetz eingeräumten Spielräume offensiv im Sinne der Jugendlichen zu nutzen. Sie ist vor der Wirtschaft eingeknickt. Das lag, wie vorhin zutreffend beschrieben wurde, an der Blockade des Wirtschaftsministeriums.

(Beifall des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE – Abg.
Hagen Kluck FDP/DVP: Das stimmt nicht!)

Die zweite Bemerkung: Meine Damen und Herren, die Hälfte aller Absolventen einer betrieblichen Ausbildung arbeitet fünf Jahre nach dem Abschluss der Lehre in einem anderen als dem erlernten Beruf. Darauf hat der Sozialwissenschaftler und Berufsforscher Martin Baethge im März dieses Jahres noch einmal deutlich hingewiesen. Die Frage, ob man in einem erlernten Beruf auch später qualifiziert beschäftigt wird, ist sicher für viele junge Menschen bei der Berufswahl entscheidend. Deshalb trägt dieser Sachverhalt auch dazu bei, dass für viele junge Menschen die duale Ausbildung in bestimmten Berufen nicht mehr attraktiv ist und dass sich deshalb dort auch keine Bewerber finden.

Die beruflichen Schulen könnten auf diese Situation aber angemessen beispielsweise mit Angeboten einer beruflichen

(Gunter Kaufmann)

Grundbildung für ganze Berufsfelder oder mit der Verzahnung der Berufskollegs mit der dualen Ausbildung reagieren; das wäre ebenfalls ein zukunftsweisendes Angebot. Trotzdem kann sich die Landesregierung nicht zu einer positiven Weiterentwicklung der dualen Berufskollegs durchringen. Sie wissen: Das ist ein Schulversuch, der im Jahr 2011 beendet werden soll.

Hinzu kommt noch, dass man die Bedingungen für die Jugendlichen dort verschlechtert hat. Denn der berufsqualifizierende Abschluss am Berufskolleg ist nur noch in Verbindung mit der Fachhochschulreife zu erwerben. Das bedeutet, dass für die etwas Anspruchsloseren, die die Fachhochschulreife nicht erwerben können, die Option Berufsqualifizierung wegfällt. Das war vor zwei Jahren noch anders. Damals war das eine gleichwertige Option und nicht nur an die Fachhochschulreife gebunden. Das hat auch dazu geführt, dass bestimmte Förderungen durch die Arbeitsagentur weggefallen sind.

(Abg. Albrecht Fischer CDU: Sie wollen doch auch höhere Abschlüsse! Oder seid ihr gegen höhere Abschlüsse?)

Meine Damen und Herren, vorhin wurde auf das Spitzengespräch zur Ausbildungssituation eingegangen. Dazu will ich zwei Dinge erwähnen. Das war natürlich ein zaghafter Appell, Frau Schütz: viel schöneredet, aber nur ein zu zaghafter Appell.

(Abg. Katrin Schütz CDU: Nein!)

Wo blieb der Hinweis, dass in Baden-Württemberg im letzten Jahr jeder fünfte Ausbildungsplatz verloren ging und dass die nach dem Ausbildungspakt neu geschaffenen Ausbildungsplätze nur zwei Drittel der verlorenen Ausbildungsstellen ersetzt haben? Neue Ausbildungsplätze sind halt keine zusätzlichen Ausbildungsplätze. Das darf man einfach nicht schönreden.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Norbert Zeller SPD: So ist es!)

Das Zweite ist der Hinweis, dass im Mai 2010 die Statistik zu den Unversorgten ganz gut ausgesehen hat. Man muss aber dazusagen: Nur jeder zweite Bewerber bei der Bundesagentur für Arbeit um eine Lehrstelle hat auch eine Lehrstelle gefunden oder mündete in ein entsprechendes Lehrverhältnis ein. Wo war der Rest? Der Rest war im Übergangssystem oder hat sich aus Frust schon von der Bundesagentur verabschiedet

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

und wird nicht mehr mitgezählt. Deshalb bleiben nur wenige Unversorgte in der Statistik übrig, aber viele sind halt entweder im Übergangssystem, oder sie gehen irgendwelchen Jobs nach. Das wissen Sie, wenn Sie die Praxis kennen und die Praxis einfach zur Kenntnis nehmen. Ein Drittel der nicht studienberechtigten Schulabgänger durchlaufen mittlerweile mindestens eine Maßnahme des sogenannten Übergangssystems. Was das dann – wenn man die statistischen Zahlen zur Jugendarbeitslosigkeit vergleicht – für Auswirkungen hat, hatte ich eben schon dargestellt.

Deshalb kommen wir an der Tatsache nicht vorbei: Wenn ein Schulentlassener seinen Wunsch nach einer dualen Ausbildung nicht realisieren kann, dann benötigt er eine schulisch organisierte Grundausbildung in einem bestimmten Berufsfeld, auf die er dann entsprechend aufbauen kann. Das könnten auch zweijährige vollzeitschulische Ausbildungsgänge mit einbezogenen Betriebspraktika sein, die einen späteren Aufstieg durch Weiterqualifizierung ermöglichen.

Wir, die SPD, verlangen für die jungen Menschen eine Aus- und Weiterbildungsgarantie, wie ich das vorhin gesagt habe. Das muss das Land garantieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Gunter Kaufmann SPD: Ja, Herr Präsident. – Letzter Satz: Die wirtschaftliche Prosperität unseres Landes steht auf dem Spiel, wenn wir den jungen Menschen keine besseren Qualifizierungsangebote machen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Frau Abg. Berroth das Wort.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich musste mich gerade wirklich in den Arm zwicken, um feststellen zu können, dass ich noch in Baden-Württemberg bin.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl!)

Das Szenario, das Sie aufmachen, mag vielleicht für manche südeuropäischen Staaten gelten. Aber hier, wo die Jugendarbeitslosenquote im Mai 3,5 % betrug, eine solche Angst unter jungen Menschen zu verbreiten ist schlicht in hohem Maß unverantwortlich.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU zu Abg. Gunter Kaufmann SPD: Herr Kaufmann, das stimmt! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Schönrederei!)

Herr Kaufmann, was, bitte, würde ein Recht auf Ausbildung bringen? Sie wollen am laufenden Band irgendwelche Rechtsansprüche generieren.

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: Ja!)

Sie haben in 40 Jahren nicht gelernt, dass allein durch das Festschreiben eines Rechtsanspruchs dessen Einlösung noch keineswegs gewährleistet ist. Wir sorgen dafür, dass die Ausbildungsplätze da sind und dass die Wirtschaft so floriert, dass unsere Betriebe diese anbieten können.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Genau!)

Das ist wesentlich wichtiger. Sie sagen, nach fünf Jahren arbeite die Hälfte der jungen Menschen nicht mehr in dem Be-

(Heiderose Berroth)

ruf, für den Sie ausgebildet wurden. In Zukunft wird das vielen Menschen so gehen. Ich bin in meinem Leben inzwischen mindestens im fünften Beruf; dabei gehöre ich noch zu Ihrer Generation. Dass man so, wie mein Mann es gemacht hat, wirklich ein Leben lang im selben Betrieb bleibt, ist eine Seltenheit. Auf diese Flexibilität müssen sich auch junge Menschen einstellen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das ist wirklich kein Schaden! – Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Wann haben denn die Menschen die Chance auf einen Ausbildungsberuf? – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Das heißt aber bei Weitem nicht, dass sie in einem schlechteren Beruf sind. Im Wesentlichen entwickeln sie sich in die Richtung weiter, in der sie sich wohler fühlen. Dafür ist der Ausbildungsberuf eine gute Basis. Daraus sollte man jetzt nichts Schlechtes machen.

Im Antrag der Fraktion GRÜNE wurde gesagt, man solle „Insolvenzlehrlinge“ aufnehmen. Dazu kann ich Ihnen nur im Sinne meines früheren Arbeitgebers sagen: „Gibt’s schon.“ Die FDP/DVP-Fraktion hat bei den Haushaltsberatungen dafür gesorgt, dass gerade der diesbezügliche Haushaltstitel im Wirtschaftsministerium noch einmal erhöht wurde.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es! Genau!)

Für die Übernahme von Auszubildenden aus insolventen Betrieben

(Zuruf des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das haben Sie und Ihre Brüder verschuldet!)

setzt sich das Wirtschaftsministerium so sehr ein, dass dessen Mitarbeiter es zum Teil sogar persönlich „herausreißen“ und das Problem lösen. Ich habe bis jetzt noch von keinem Auszubildenden eines insolventen Betriebs gehört, der nicht anderswo untergekommen ist.

Bei dieser Debatte vermisste ich eines: Sie sagen, wir müssten noch mehr schulische Angebote machen. Nein, unser Ziel ist ein anderes. Wir wollen, dass noch mehr Jugendliche direkt nach dem allgemeinbildenden Abschluss in eine duale Ausbildung kommen. Das ist das, was für junge Menschen wirklich wichtig ist. Wenn man nämlich zehn Jahre in der Schule gewesen ist, dann stinkt einem häufig die Theorie. Dann bringt es einen wirklich vorwärts, wenn man einmal etwas mit der Hand am Arm schaffen kann. Genau das passiert in der dualen Ausbildung.

Wenn Sie die Menschen, die dabei Probleme haben, jetzt erneut in eine Schule schicken, dann bringt es denen überhaupt nichts. Sie brauchen die praktische Erfahrung, dass sie etwas herstellen können, was von der Gemeinschaft gebraucht und geschätzt wird.

(Zuruf des Abg. Norbert Zeller SPD)

Der Justizminister hat in diesem Sinn ein wichtiges Projekt auf den Weg gebracht. Das ist die Bildungspartnerschaft mit Eltern mit Migrationshintergrund. Das ist in der Tat wichtig, weil Eltern die Ausbildungsentscheidungen von jungen Menschen mitbeeinflussen.

Wenn, wie Sie, Herr Kaufmann, dargestellt haben, eine große Zahl von jungen Menschen nicht den Ausbildungsberuf finden, den sie sich wünschen, dann liegt das auch oft daran, dass sie gar nicht darüber informiert sind, was für Ausbildungsberufe es alles gibt.

Wenn jemand partout einen Ausbildungsberuf will, für den er nicht geeignet ist, kann ich es keinem Betrieb verargen, wenn er diesen Bewerber nicht einstellt. Aber wenn ein junger Mensch flexibel ist, findet er bei uns in der Regel einen Ausbildungsplatz. Es gibt jede Menge nicht besetzter Ausbildungsplätze.

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: Sie wissen, dass nur die Minderheit der Betriebe ausbildet?)

Im Osten Deutschlands geht man inzwischen dazu über, in Polen nach Auszubildenden zu fahnden, weil es im eigenen Haus nicht genügend gibt. Ich fürchte, so weit wird es auch bei uns kommen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Frau Abg. Berroth, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kaufmann?

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Bitte sehr.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Abg. Kaufmann.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Nimm das Mikrofon! – Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Sprich ins Mikrofon! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Oder lauter sprechen!)

Bitte nehmen Sie das Mikrofon.

Abg. Gunter Kaufmann SPD: Frau Kollegin Berroth, Sie haben gerade darauf hingewiesen, dass es doch sinnvoll wäre, wenn möglichst viele Schulabgänger in eine duale Ausbildung gingen. Können Sie quantifizieren, wie viele Ausbildungsplätze es in Baden-Württemberg geben müsste, um diesem Anspruch gerecht zu werden?

Darf ich Sie außerdem bitten, zur Kenntnis zu nehmen, dass immer weniger Betriebe in unserem Land ausbilden und die Zahl der Ausbildungsplätze, wie Sie feststellen werden, wenn Sie sich die Entwicklung einmal über einen längeren Zeitraum anschauen, erheblich zurückgegangen ist?

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Die Zahl der Ausbildungsplätze ist aus zwei Gründen zurückgegangen. Zum einen ist sie aufgrund der Wirtschaftskrise zurückgegangen.

(Zuruf des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE)

– Jetzt lassen Sie mich einmal ausreden, denn dann wissen Sie, was ich Ihnen sagen will.

Viele Betriebe, gerade im Mittelstand, genießen sich, einen Auszubildenden einzustellen, wenn sie sicher wissen, dass sie ihn hinterher nicht weiterbeschäftigen können. Wenn der Betrieb das nämlich nicht tut, bekommt er von Ihnen auch wieder Dresche, und das völlig ungerechtfertigt. Ich habe es erlebt. Wir haben Betrieben gesagt: „Bildet doch wenigstens

(Heiderose Berroth)

aus.“ Hinterher sind Sie wieder über diese Betriebe hergefallen, weil sie ausgebildet haben, dann aber zu ihren Auszubildenden gesagt haben: „Tut mir leid, ich habe keine Aufträge und kann euch deshalb nicht weiterbeschäftigen.“

(Oh-Rufe von der SPD)

Aus diesem Grund bilden Betriebe zurzeit nicht so viel aus.

Das Zweite aber ist, dass viele nicht ausbilden, weil sie sagen, die Absolventen aus der allgemeinbildenden Schule bringen nicht das mit, was sie brauchen. Dafür brauchen wir leider viel zu oft das Übergangssystem.

Mein Ziel liegt darin, dass ein junger Mensch, der eine allgemeinbildende Schule abschließt, auch wirklich ausbildungsreif ist und den direkten Weg in die duale Ausbildung findet.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es! – Zuruf des Abg. Norbert Zeller SPD)

Ich möchte noch zwei weitere Themen ansprechen. Sie hatten das Verzahnungsmodell angesprochen, das Sie so toll finden. Schauen Sie einmal in den Grundlagenbericht der Enquetekommission. Darin steht deutlich, dass diese Verzahnungsmodelle vor Ort mit Akzeptanzproblemen konfrontiert werden. Daher kann man dieser Idee nicht viel abgewinnen.

Zum Zweiten zu der von Ihnen verlangten Verlängerung der Geltungsdauer dieses Paragraphen im Berufsbildungsgesetz. Auch das wurde zu Recht von der Wirtschaft abgelehnt, und es wurde in einer Bundestagsdebatte darauf hingewiesen, dass es bei einem Außerkrafttreten dieser Ermächtigung auch weiterhin praxistaugliche Instrumente für die Zulassung zur Kammerprüfung für Absolventen gibt, die bei Bedarf genutzt werden.

Insgesamt: Wir müssen daran arbeiten, dass die Ausbildungsreife unserer jungen Menschen steigt und sie eine gute duale Ausbildung bekommen. Da haben wir in Baden-Württemberg wunderbare Chancen und europaweit die besten Zahlen. Wir sollten also keine solche Miesmacherei betreiben.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dieter Hillebrand CDU: So ist es! Genau! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatssekretär Wacker vom Kultusministerium das Wort.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Das wird sicher wieder ein Genuss am frühen Nachmittag!)

Staatssekretär Georg Wacker: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist sicher richtig: Die Krise ist nicht jung. Wir haben sie allerdings auch noch nicht überwunden. Insofern wird das Ausbildungsjahr 2010 sicher noch ein schwieriges Jahr werden.

Ich füge hinzu, dass die globale Wirtschaftskrise gravierende Auswirkungen auf die Wirtschaftsleistung des Jahres 2009 hatte, auch auf den Ausbildungs- bzw. Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg. Allein wenn man feststellt, dass das Exportvolumen baden-württembergischer Unternehmen um 8 % zu-

rückgegangen ist und damit die höchste Verlustquote aller Bundesländer verzeichnet wurde, ist das ein Beleg dafür, dass besonders Baden-Württemberg von dieser internationalen wirtschaftlichen Krise betroffen war und auch noch betroffen ist.

Jetzt könnte man annehmen, dass parallel dazu in Baden-Württemberg auch eine extrem angestiegene Arbeitslosenquote besteht. Hier darf ich allerdings feststellen, dass wir mittlerweile einen deutlichen Rückgang der Arbeitslosenquote zu verzeichnen haben.

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: Nein! Dreimal Warteschleife!)

Im Januar des Jahres 2010 betrug die Arbeitslosenquote 5,6 %, im Mai 4,9 %, und die Jugendarbeitslosenquote beträgt in Baden-Württemberg mittlerweile 3,5 %. Damit haben wir im positiven Sinn deutschlandweit den besten Wert. Die Bundesagentur für Arbeit meldet uns gleichzeitig, dass 55 % der arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren nicht länger als drei Monate arbeitslos sind.

Meine Damen und Herren, jeder Arbeitslose ist natürlich ein Arbeitsloser zu viel. Wer aber meint, hier ein Horrorszenario darstellen zu müssen, dem muss ich in aller Deutlichkeit sagen, dass trotzdem alle Entscheidungsträger in diesem Bereich ihrer Verantwortung insgesamt gut gerecht werden. Das ist ein Beleg dafür, dass wir mittlerweile, gerade was die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Baden-Württemberg betrifft, auf einem sehr guten Weg sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Es gibt verschiedene Gründe, die für die Situation in Baden-Württemberg sprechen. Wir wissen, dass sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer sehr verantwortungsbewusst gehandelt haben. Das Beispiel der Kurzarbeit darf ich hier nur kurz erwähnen. Ich erwähne auch das Beispiel der Konjunkturprogramme seit 2009. Die Mittel, die bis zum Jahr 2011 fließen – nicht nur das Konjunkturprogramm des Bundes, sondern auch die ergänzenden Programme seitens des Landes –, führen nicht nur zu neuer Beschäftigung, sondern sichern auch Beschäftigung vor Ort.

Ein ganz entscheidender Grund ist folgender: Wir sind in Baden-Württemberg mit Bildung und Ausbildung insgesamt gut aufgestellt, Herr Kaufmann. Das möchte ich jetzt einfach einmal anhand einiger Zahlen klar belegen, die durchaus etwas von den Daten abweichen, die Sie referiert haben.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl!)

Wir haben im Jahr 2009 im Vergleich zum Ausbildungsjahr 2008, gemessen an der Anzahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge, einen Rückgang um 6,8 % gehabt. Diese Zahl haben Sie auch erwähnt. Aufgrund der Wirtschaftskrise mussten wir diesen Rückgang verzeichnen. Dennoch ist es bis zum 30. September 2009 gelungen – deswegen bitte ich, dass man hier die vollständigen Zahlen auf den Tisch legt –, dass nur noch 2 600 Ausbildungsplätze unbesetzt waren und lediglich 400 Jugendliche unversorgt waren. Nahezu jeder Jugendliche hatte also entweder einen Ausbildungsplatz oder hatte eine Qualifizierungsmaßnahme in unseren beruflichen Schulen besucht.

(Staatssekretär Georg Wacker)

Damit halten wir auch das Bündnis für Ausbildung des Jahres 2009 zwischen der Landesregierung und den Partnern der Wirtschaft ein. Wir haben im Schuljahr 2009/2010 insgesamt 3 000 Schüler weniger in der Berufsschule und dafür 2 700 Schüler mehr in Vollzeitschulen.

Jetzt kann man natürlich den Streit darüber führen, ob es sinnvoller ist, die Jugendlichen zuerst in eine duale Ausbildung zu schicken oder ihnen zunächst einmal eine Weiterqualifizierungsmöglichkeit anzubieten. Dieses Bild muss man natürlich differenziert betrachten.

Meine Damen und Herren, die Linie der Landesregierung ist eindeutig. Hier gibt es keinen Dissens zwischen den Ressorts. Wir haben es mit jungen mündigen Bürgern auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu tun. Meines Erachtens entscheiden die jungen mündigen Bürger zunächst einmal für sich persönlich, ob sie zuerst einen Vertrag für eine duale Ausbildung oder eine Weiterqualifizierungsmöglichkeit anstreben.

Dies ist mit verschiedenen Begründungen verbunden. Zunächst einmal gibt es die Sorge darüber, einen Ausbildungsvertrag erst dann zu bekommen, wenn man eine bessere schulische Qualifizierung in der Tasche hat. Aber aufgrund der Vielfalt der vielen Berufe und Ausbildungsberufe, die wir in Baden-Württemberg haben, ist es angemessen und zu rechtfertigen, dass die jungen Menschen zunächst einmal selbst darüber entscheiden, welchen Weg sie gehen. Wir müssen natürlich dafür sorgen, dass die Jugendlichen sowohl eine Chance auf dem Ausbildungsmarkt als auch die Möglichkeit erhalten, entsprechende Weiterqualifizierungsmaßnahmen in Angriff zu nehmen.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es richtig!)

Auch hier, meine Damen und Herren, haben wir ganz klar reagiert. Wir haben für das Schuljahr 2009/2010 zusätzliche Deputate zur Verfügung gestellt, um zusätzliche Klassen einzurichten, nicht nur an den beruflichen Schulen, sondern auch für entsprechende Weiterbildungsangebote. Wir schaffen zudem auch für das neue Schuljahr 2010/2011 die Voraussetzungen dafür, dass die Jugendlichen eben nicht auf der Straße stehen bleiben, sondern dass sie die Möglichkeit bekommen, entweder einen Ausbildungsvertrag anzustreben oder eine entsprechende Weiterqualifizierungsmaßnahme zu besuchen.

Allein durch die beabsichtigte Senkung des Klassenteilers auch an beruflichen Schulen schaffen wir nur für diesen Zweck 243 zusätzliche Unterrichtsdeputate an beruflichen Schulen, womit wir 108 zusätzliche Vollzeitklassen einrichten.

Meine Damen und Herren, dass wir eine so niedrige Jugendarbeitslosenquote in Baden-Württemberg haben, liegt nicht nur daran, dass Betriebe ausbilden, sondern auch daran, dass wir hervorragende Weiterqualifizierungsangebote für unsere jungen Menschen machen können. Beides gehört zusammen, beides sind zwei Seiten derselben Medaille.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Natürlich machen Verzahnungsmodelle Sinn, und wir haben mit den Partnern der Wirtschaft auch vereinbart, dass wir ein solches Angebot dahin gehend unterbreiten wollen, dass Schü-

lerinnen und Schüler, die das Berufskolleg I oder das Berufskolleg II besuchen, im Anschluss an ihre Ausbildungszeit eine Anrechnung erfahren. Wir wollen aber den Unternehmen nicht vorschreiben, solche Verzahnungsmodelle in Anspruch zu nehmen, sondern es gehört in den Verantwortungsbereich der Wirtschaft, entsprechend verantwortungsbewusst damit umzugehen. Wir werben aber sehr dafür, diesen Weg zu gehen, denn er ist nicht qualifikationsmindernd, sondern stellt auch eine Chance für die jeweiligen Unternehmen dar.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, die Linie der Landesregierung ist klar: Wir schaffen im Rahmen der landespolitischen Kompetenz die Bedingungen dafür, dass die Unternehmen die nötigen Voraussetzungen erhalten, um zusätzliche Ausbildungsplätze einzurichten. Daneben müssen wir aber den jungen Menschen gleichwertige Alternativen zur Verfügung stellen, damit sie im Rahmen unseres aufstiegsorientierten gegliederten Schulwesens auch entsprechende Angebote erfahren, damit sie später auch die gleichwertigen Chancen bekommen, einen Beruf zu erlernen. Damit ist Baden-Württemberg vorbildlich in ganz Deutschland und in Europa.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr.
Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Lehmann das Wort.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Lehmann, Bodensee!)

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Herr Wacker, Frau Berroth, hinter den 3,5 %, dem Durchschnittswert der Jugendarbeitslosenquote für Baden-Württemberg, stehen natürlich auch konkrete Zahlen, die die Dimensionen noch anders beleuchten. Im Landkreis Böblingen z. B. ging die Zahl der Ausbildungsplätze um 23 % zurück.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Daher kann man nicht sagen, es sei alles in Butter. Fast jeder vierte Ausbildungsplatz im Landkreis Böblingen ist weggefallen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das liegt an dem
einen Betriebsrat!)

Das muss doch auch Ihr Wirtschaftsministerium einmal zur Kenntnis nehmen. Als wir im letzten Jahr, Frau Berroth, den Antrag gestellt haben, dass man für die Insolvenzproblematik Übergänge schaffen muss – –

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Da gab es das
schon!)

– D'accord, da haben wir keinen Widerspruch zu dem, was das Wirtschaftsministerium in diesem Bereich gemacht hat. Das erkennen wir an.

Aber in den anderen Bereichen haben Sie eben nicht gehandelt. Wenn Sie sagen, es sei alles in Butter, dann ist festzustellen, dass wir im Jahr 2009 82 132 neue Ausbildungsverträge hatten. Frau Berroth, wissen Sie, wie viele es vor 20 Jahren

(Siegfried Lehmann)

waren? Da waren es 105 000 neue Ausbildungsverträge. Fast jeder vierte Ausbildungsplatz in Baden-Württemberg ist verloren gegangen. Da kann man doch nicht sagen, es sei alles super. Ich will ja nichts schlechtreden,

(Zuruf von der CDU: Das tun Sie aber!)

aber ich möchte klarmachen, dass wir die vor uns stehende große Aufgabe, den demografischen Wandel zu bewältigen, nur hinbekommen werden, wenn wir Reformen machen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sie wollen alles verstaatlichen!)

Auf der Internetseite des Wirtschaftsministeriums heißt es – diesen Hinweis kann ich Ihnen, Frau Berroth, nicht ersparen –:

Gleichzeitig ist es wichtig, das aktuelle Ausbildungssystem für die Zukunft fit zu halten. Es muss ständig modernisiert, weiterentwickelt und an rechtliche Rahmenbedingungen sowie wirtschaftliche, strukturelle und gesellschaftliche Veränderungen angepasst werden.

Aber was Sie machen, ist eine Blockade, wenn es darum geht, hier wirklich Veränderungen vornehmen zu wollen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Wenn man sehen will, wie eine Reform im Bereich der beruflichen Bildung aussehen kann, muss man nur ins Nachbarland Schweiz gehen. Dort durchlaufen fast 78 % der jungen Leute eine duale Ausbildung. Diese Situation hatten wir in Deutschland auch einmal. Das ist eigentlich das Kriterium, das wir haben.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Wir wollen aber auch, dass Schulabgänger an die Hochschulen gehen!)

Das können wir nicht einfach so wegwischen.

Ein Punkt, Herr Wacker, ist mir noch ganz wichtig, nämlich die Frage der Freiwilligkeit. Wenn die Wirtschaft über Ingenieurmangel und Fachkräftemangel klagt – der für die nahe Zukunft vorhergesagt wird –, dann muss die Politik von der Wirtschaft auch verlangen, dass der Staat hier nicht als Puffer dient, wenn es darum geht, junge Leute von einer Ausbildung fernzuhalten oder auch nicht. Wir machen das hier mit Warteschleifen. Man muss von der Wirtschaft verlangen – das ist eine Frage der Verantwortung –, dass auch sie bereit ist, nicht zuletzt auch aus Kostengründen, die Ausbildungszeiten in den Berufskollegs anzuerkennen. Da möchte ich wirklich von Ihnen erleben, dass die Hasenfüßigkeit, die insbesondere vom Wirtschaftsministerium betrieben wird, endlich einmal aufhört.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Letzter Satz: Mich hat sehr beeindruckt, was Joachim Gauck in dieser Woche gesagt hat.

(Zuruf von der CDU: Wer ist das?)

Diesen Satz möchte ich Ihnen einfach einmal zitieren: „Die Freiheit der Erwachsenen heißt Verantwortung.“ Ich möchte

das noch zuspitzen: Die Freiheit der Politik ist, diese Verantwortung wirklich wahrzunehmen. Für uns gilt das im Besonderen für die junge Generation. Wenn wir immer über die junge Generation schimpfen,

(Zuruf: Das tun wir doch gar nicht!)

dann müssen wir der jungen Generation auch eine echte Chance geben.

Frau Berroth, wie Sie gehöre auch ich zu einer Generation, die sich seinerzeit die Ausbildung aussuchen konnte. Heute ist die Situation der jungen Leute grundlegend anders. Da müssen Sie endlich aufwachen und etwas tun.

(Beifall bei den Grünen – Glocke des Präsidenten)

Präsident Peter Straub: Herr Abg. Lehmann, gestatten Sie eine Nachfrage der Frau Abg. Berroth?

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Gern.

Präsident Peter Straub: Bitte schön, Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Kollege Lehmann, ich wollte Sie zu der Situation im Kreis Böblingen etwas fragen. Ihnen ist sicher bekannt, dass u. a. die Firma Daimler-Benz in diesem Jahr in der Tat wesentlich weniger Auszubildende eingestellt hat. Aber wissen Sie, woran das lag?

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Die Gewerkschaft! – Heiterkeit bei der SPD)

– Jawohl! – Es war so, dass der Daimler-Betriebsrat die Wahl hatte: Entweder werden alle übernommen, die bisher ausgebildet wurden, und nur wenige können ausgebildet werden, oder umgekehrt. Der Betriebsrat der Firma Daimler hat sich dafür entschieden, dass alle Absolventen übernommen werden sollen. Das können Sie nicht der Politik anlasten. Es waren die Tarifpartner, die das miteinander vereinbart haben.

(Vereinzelt Beifall – Zuruf von der CDU: Hört, hört! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU zu den Grünen: Dieses Detail haben Sie unterschlagen! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Er hat doch bloß die Fakten genannt! – Unruhe)

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Frau Berroth, da muss ich Ihnen eines sagen: Ich hätte eigentlich erwartet, Frau Berroth – würden Sie bitte zuhören? –, dass Sie in dieser krisenhaften Situation mehr Verständnis für die Wirtschaft haben.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Was heißt Verständnis?)

Eines ist klar: Wenn in der Automobilindustrie die Kurzarbeit extrem hoch ist und man es geschafft hat, ohne zu große Verwerfungen durch die Krise zu kommen, wird man natürlich auch von staatlicher Seite in der Frage, wie man mit dem Problem der Ausbildung der jungen Leute umgeht, nicht einfach sagen: „Na ja, dann sollen sie das halt machen.“ In diesem Bereich haben wir schon eine Verantwortung. Wenn Auszubildende, die ihre Ausbildung beendet haben, sagen, sie wollten

(Siegfried Lehmann)

auf eine Technikerschule oder in das einjährige Berufskolleg zum Erwerb der Fachhochschulreife gehen, dann ist es die staatliche Verantwortung in einer Krisensituation, ihnen die Möglichkeit dafür zu geben. Darum geht es, Frau Berroth.

(Beifall bei den Grünen)

Da müssen Sie endlich einmal in der Realität der Krise ankommen; da sind Sie bis heute nicht angekommen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Machen wir doch! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Die Plätze sind doch da!)

Präsident Peter Straub: Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag Drucksache 14/4347. Die Fraktion GRÜNE hat mitgeteilt, dass die Ziffern 2, 3 und 6 für erledigt erklärt werden können.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: In den Ausschuss!)

– Den ganzen Antrag in den Ausschuss?

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Innenausschuss oder „in den Ausschuss“? – Zuruf des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE)

Es ist beantragt, diesen Antrag an den Schulausschuss zu überweisen. – Es gibt keine Gegenstimme. Dann ist es so beschlossen.

Punkt 8 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Baden-Württemberg in einer schweren Rezession: Den industriellen Mittelstand mit einem „Baden-Württemberg-Fonds“ unterstützen! – Drucksache 14/4350

Dazu ist bereits heute Morgen vereinbart worden, den Antrag Drucksache 14/4350 an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. – Sie stimmen der Überweisung zu.

Dann rufe ich jetzt **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Staatsministeriums – Europakompetenz des Landes – Subsidiaritätsprüfung – Mitgestaltung statt Abwehr – Drucksache 14/4341

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort erteile ich – – Möchte niemand dazu sprechen?

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Wer spricht? – Abg. Thomas Blenke CDU: Herr Walter ist noch nicht anwesend! – Abg. Winfried Scheuermann CDU: Dann gehen wir heim! Nächster Redner! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nächster Punkt!)

– Besteht die Chance, dass Herr Walter kommt?

(Unruhe – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Chaos bleibt Chaos! Wie war das mit der Disziplin? – Abg. Thomas Blenke CDU: Kann jemand im „Café Grün“ anrufen? – Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Er rennt schon! – Zuruf: Kann man nicht schon die restlichen Punkte abhaken? – Anhaltende Unruhe)

Wir fahren erst einmal in der Tagesordnung fort.

Ich rufe **Punkt 11** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 29. April 2010 – Verkauf des landeseigenen Grundstücks in Langenargen, Untere Seestraße 81 – Drucksachen 14/6338, 14/6347

Berichterstatter: Abg. Ingo Rust

Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 12** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 31. März 2010 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Beratende Äußerung des Rechnungshofs „BKV – Bäder- und Kurverwaltung Baden-Württemberg und ihre Beteiligungen an Bäder- und Kurunternehmen“ – Drucksachen 14/6138, 14/6349

Berichterstatter: Abg. Dr. Nils Schmid

Sie stimmen zu der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE betritt den Plenarsaal und nimmt auf seinem Abgeordnetensitz Platz.)

Ich rufe jetzt nochmals **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Staatsministeriums – Europakompetenz des Landes – Subsidiaritätsprüfung – Mitgestaltung statt Abwehr – Drucksache 14/4341

Herr Abg. Walter, können Sie schon beginnen?

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ja, natürlich! – Heiterkeit)

Bitte schön.

Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Subsidiarität ist ein wichtiger Bestandteil unseres rechtsstaatlichen Selbstverständnisses – auch in einem vereinten Europa.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bitte mehr Demut!)

Allerdings können wir Europa nicht ständig auf eine breitere Basis stellen – Stichworte Binnenmarkt und Währungsunion – und gleichzeitig so tun, als würde es die alten Nationalstaaten noch geben. Man kann nicht beides haben, meine Damen und Herren.

(Jürgen Walter)

Die Eurokrise macht deutlich: Innen- und Außenpolitik sind immer weniger voneinander zu trennen. In einem vereinten Europa, in einer Währungsunion sitzen wir alle in einem Boot. Meine Damen und Herren, deswegen ist die europäische Ebene zunächst einmal von Zahlen und Bilanzen geprägt, wie wir sie uns bisher kaum vorstellen konnten. Sie ist geprägt vom Leben auf Pump, sie ist geprägt von gefälschten Bilanzen.

Aber diese Krise ist noch viel schlimmer. Das Hauptproblem Europas ist derzeit nämlich, dass wir auf europäischer Ebene keine Staatschefs mehr haben, die sich Europa zu einer Herzensangelegenheit gemacht haben. Deswegen ist auch in Deutschland – ich brauche mir nur als Beispiel anzusehen, wie die derzeitige Bundeskanzlerin in Sachen Europa agiert – der Rückfall besonders krass.

Herr Kollege Döpfer, bevor Sie jetzt einen Zwischenruf machen – ich habe gesehen, Sie setzen schon an –,

(Vereinzelt Heiterkeit)

wende ich mich speziell an die CDU-Fraktion: Unter dem bei Ihnen sehr beliebten Helmut Kohl war die CDU eine europäische Partei.

(Abg. Albrecht Fischer CDU: Das ist sie noch immer!)

Mittlerweile, Herr Kollege, ist es so

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Fischer heißt er!)

– das weiß ich; ich kenne ihn schon länger als du –, dass beispielsweise eine Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen das Handeln einer Bundeskanzlerin auf europäischer Ebene bestimmt und nicht mehr das, was aus Gründen der europäischen Einigung unbedingt notwendig gewesen wäre. Das war ein riesiger Fehler. Das ist ein Grund, warum wir heute so dick in der Krise stecken.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Sehr gut! – Zuruf von der CDU: Nein!)

Ich meine das wirklich ernst. Wenn wir so weitermachen und in dieses rein nationalstaatliche Denken zurückfallen, ist die europäische Idee bald tot. Das kann es schlichtweg nicht sein.

Über viele Jahrzehnte hinweg haben wir uns, hat sich Deutschland in der Außenpolitik immer dadurch definiert, dass es eine europäische Außenpolitik, eine europäische Integration gab. Das dürfen wir nicht aufgeben, egal, ob im Saarland, in Rheinland-Pfalz oder in Nordrhein-Westfalen oder sonst wo gewählt wird. Wenn etwas notwendig ist, um die europäische Integration, die europäische Idee voranzubringen, muss dies und nichts anderes das Handeln bestimmen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Sehr gut! – Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Spärlicher Beifall!)

Ich betone es noch einmal: Ansonsten hat sich diese europäische Idee eines Tages erledigt, und wir haben einen reinen Binnenmarkt.

Die Finanzkrise zeigt es: Wenn eine Gesellschaft versucht, sich nur durch materielle Werte, nur durch Ökonomie zu definieren, dann wird diese Gesellschaft scheitern. Deswegen

muss es etwas geben, was über den Binnenmarkt hinausreicht. Es muss eine europäische Idee geben.

Ich sage es noch einmal: Bei allen Problemen, die uns Helmut Kohl innenpolitisch hinterlassen hat, hat er, was die europäische Idee anbelangt, Europa außenpolitisch weit über das hinaus vorangebracht, was Sie heute denken. Da sollten Sie wieder hinkommen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Was war mit Genscher? – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

– Ja, die FDP soll es auch noch geben. Aber darüber wollen wir jetzt nicht diskutieren.

(Zuruf von der CDU – Abg. Winfried Scheuermann CDU: Ein Grüner lobt den Kohl-Beitrag!)

Meine Damen und Herren, kein Land in Europa profitiert von der Europäischen Union so sehr wie Deutschland.

(Zuruf des Abg. Albrecht Fischer CDU)

– Aber davon abgesehen profitieren wir in großem Maß von dieser Union.

Deswegen, meine Damen und Herren, ist es auch notwendig, dass wir politisch eine Führungsrolle in Europa spielen.

(Abg. Hans Heinz CDU: Das machen wir doch!)

– Nein, das machen wir leider nicht. – Darauf, meine Damen und Herren, müssen wir auch vonseiten der Bundesländer drängen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Wir haben doch Herrn Minister Reinhart! – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Unser Außenminister!)

Herr Kollege Blenke, es reicht nicht, wenn wir in Sonntagsreden immer die europäische Idee hochhalten, uns unter der Woche aber hauptsächlich mit Abwehrkämpfen beschäftigen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sie haben mich noch nie sonntags reden hören!)

– Manchmal halten Sie auch samstags oder donnerstags eine Rede. Sonntagsreden kann man bekanntlich jeden Tag halten.

Meine Damen und Herren, bevor wir jetzt über Wochentage reden: Es geht um die europäische Idee.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Du sollst den Feiertag heiligen!)

– Jetzt müssen wir vorsichtig sein, sonst hole ich Herrn Kretschmann.

(Heiterkeit – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Aber bitte nur subsidiär!)

– Ja, subsidiär, genau. – Herr Kollege Kluck und Herr Kollege Noll, wir sind uns doch sicherlich einig, dass der Vertrag von Lissabon ein Meilenstein in der europäischen Geschichte war.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der Grünen – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl!)

(Jürgen Walter)

Er stärkt das demokratisch legitimierte Parlament, so, wie wir das schon seit Langem gefordert haben. Er anerkennt und stärkt die Rolle der Mitgliedsstaaten, und er unterstützt uns auch, indem wir mehr Rechte bekommen, zumindest insofern, als die Nationalparlamente mehr Mitspracherecht haben. Es gibt sozusagen ein Vorwarnsystem. All diese Dinge sind durch den Vertrag von Lissabon gestärkt worden. Deswegen ist das ein großer Schritt und eine wichtige Maßnahme gewesen.

Meine Damen und Herren, im Vertrag von Lissabon wurde zudem festgeschrieben – ob das auch immer eingehalten wird, bleibt dahingestellt; es ist unsere Aufgabe, das zu überprüfen –, dass die EU nur dann Maßnahmen ergreift, wenn sie der Überzeugung ist, dass diese Maßnahmen sinnvoller und besser sind als das, was auf nationaler Ebene an Maßnahmen ergriffen werden kann.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Genau!)

Es ist unsere Aufgabe, Herr Kollege, das immer wieder nachzuprüfen.

Wir sollten uns aus Gründen einer falsch verstandenen Subsidiarität nicht immer wieder in Abwehrkämpfe begeben. Es geht nicht an, dass wir, sobald ein Grünbuch vorliegt, sofort alles, was darin enthalten ist, ablehnen und sagen: Nein, wir lassen uns da nicht hineinreden. Vielmehr sollen wir konstruktiv mitarbeiten, um ein möglichst gutes Ergebnis für ganz Europa zu erzielen. Es ist doch klar, dass wir in einem vereinten Europa in vielen Fragen einheitliche Standards brauchen. Das geht nur, wenn wir uns konstruktiv einbringen.

Es kann nicht sein, dass wir eine Blockadepolitik machen – so, wie das einige Länder jetzt tun –, beispielsweise im Zusammenhang mit der Bodenschutzrichtlinie. Jetzt kann man damit argumentieren, wir machten das alles in Deutschland schon. Wo aber liegt dann das Problem mit einer solchen Richtlinie auf europäischer Ebene? Wir machen möglicherweise wirklich schon alles Erforderliche, aber in vielen anderen Ländern wird der Boden nicht so geschützt wie bei uns. Deswegen wäre es dringend notwendig, dass eine Bodenschutzrichtlinie kommt. Ich möchte Sie bitten, Ihren Widerstand dagegen endlich aufzugeben. Die Europäische Kommission wird dabei im Übrigen auch nicht lockerlassen. Aber hierüber wird nun schon seit 2002 diskutiert, und es ist noch immer nichts verabschiedet worden.

Etwas anderes ist es beispielsweise, wenn es um den Richtlinienentwurf zum Verbraucherrecht geht. Das würde bedeuten, dass wir durch Europa niedrigere Standards hätten als zuvor, und das kann nicht in unserem Interesse sein. Im Umkehrschluss heißt das für uns: Immer dann, wenn wir höhere Standards haben, müssen diese auch zukünftig erhalten bleiben können, damit wir keinen schlechteren Verbraucherschutz bekommen als zuvor.

(Abg. Albrecht Fischer CDU: Und damit Wettbewerbsnachteile erhalten bleiben!)

– Herr Kollege, insgesamt ist es aber gut, dass sich die EU bei vielen Themen einmischt. Denn wir brauchen diese Standards.

Heute lässt sich der Kollege Reinhart in der „Stuttgarter Zeitung“ feiern.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Herr Minister Reinhart!)

– Er ist aber doch trotzdem noch Kollege. Ist er etwa kein Abgeordneter mehr?

Er lässt sich dafür feiern, dass die EU beim Thema „Bildung in Hochschulen“ und bei der Hochschulpolitik auch weiterhin nicht mitredet. Natürlich ist es ein hohes Gut, dass wir hier unsere Bildungspolitik machen, Herr Kollege. Aber andererseits müssen wir doch sagen: Zehn Jahre, nachdem auch dieses Bundesland dem Bologna-Prozess zugestimmt hat, kann man doch nicht mehr so tun, als ob man im Bildungsbereich keine europäischen Standards brauchen würde. Wir sind doch in dem, was wir machen, schon längst viel weiter als mit dem, was wir teilweise sagen.

Deswegen: Stützen Sie die europäische Idee, wann immer Sie das können, dann kommen wir wieder voran. Ich möchte noch einmal betonen: Das ist nicht nur wichtig, weil wir die europäische Idee hochhalten müssen, sondern weil wir in Deutschland wie kein anderes Land von dieser EU profitieren. Wenn Ihnen kein anderes Argument genügt: Dieses müsste Ihnen doch ausreichen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Blenke.

Abg. Thomas Blenke CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst einmal freut mich als gebürtigen Ogersheimer, dass der geschätzte Kollege Walter den ehemaligen Bundeskanzler Helmut Kohl so intensiv gewürdigt und gelobt hat.

(Abg. Wolfgang Stehmer SPD: Das ist aber keine Empfehlung! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das hätte der sich vorher gewünscht!)

Der Antrag der Grünen, der heute zu beraten ist, ist schon ein paar Tage alt. Das ist nicht als Vorwurf gemeint, sondern damit will ich nur sagen: Es hat sich in der Sache inzwischen einiges bewegt und geändert. Er ist daher in vielen Punkten auch erledigt. Im Juni des vergangenen Jahres hat das Bundesverfassungsgericht dieses für uns so wichtige Lissabon-Urteil verkündet. Es hat erforderlich gemacht, dass der Bundestag seine Begleitgesetzgebung zur Mitwirkung an europäischen Regelungen neu gefasst hat.

Damit wurde auch die Position der Länder gestärkt. Unser Minister Reinhart hat sich in den damaligen Beratungen dankenswerterweise sehr für die Interessen der Länder und der Landtage eingesetzt.

Der Lissabon-Vertrag ist Ende letzten Jahres in Kraft getreten. Damit sind – der Kollege hat es eben schon gesagt – wichtige Reformen vorangebracht bzw. ist für sie eine Grundlage geschaffen worden.

Die in Ihrem Antrag geforderte Anhörung im Landtag haben wir mittlerweile bereits faktisch durchgeführt. Wir werden in den nächsten Wochen – das ist im Europaausschuss gemeinsam zwischen den Fraktionen vereinbart – über die Frage der Konsequenzen für die Beteiligung des Landtags an europarechtlichen Fragen, die unsere Gesetzgebungskompetenz betreffen, beraten. Wir werden hier einvernehmlich zu einer Lösung kommen.

(Thomas Blenke)

Zum Thema Subsidiarität – das ist der Punkt, an dem Kollege Walter und ich öfter auseinander liegen – ein paar Worte aus unserer Sicht: Der Lissabon-Vertrag erkennt ausdrücklich die zentrale Bedeutung nationaler Parlamente im System der EU an. Er stärkt die Rechte der nationalen Parlamente und auch der nationalen Ebene. Durch das Frühwarnsystem und die Subsidiaritätskontrolle können die regionalen Parlamente Widerspruch gegen nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip in Einklang stehende Rechtsvorschriften einlegen.

Damit ist klargemacht, dass dieses Prinzip auch auf der europäischen Ebene anerkannt ist. Deswegen halten wir es für wichtig und für richtig, uns mit dieser Thematik hier im Ausschuss zu beschäftigen und darüber zu beraten, ob Vorlagen, die wir von der Europäischen Union bekommen, jeweils mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar sind.

Hier möchte ich noch einmal sagen: Wir machen eben, Kollege Walter, immer wieder die Erfahrung, dass Maßnahmen, die die Europäische Kommission vorschlägt – unabhängig vom Inhalt –, gegen das Subsidiaritätsprinzip verstoßen.

(Beifall des Abg. Albrecht Fischer CDU – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Wir können mit dem Inhalt einverstanden sein. Aber unabhängig vom Inhalt können die Vorschriften gegen das Subsidiaritätsprinzip verstoßen. Deshalb werden wir im Land – auch im Interesse der Kommunen, auf die ich gleich zu sprechen komme – weiterhin über diese Einhaltung wachen.

Ich sage Ihnen ein Beispiel, das wir vor einiger Zeit in der Debatte hatten. Dabei geht es um die kommunale Verkehrspolitik.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ich wusste das!)

– Sie wussten das. Ich wusste auch, dass der Bodenschutz kommt.

Da hat die Kommission ihre Zuständigkeit damit begründen wollen, dass es in allen größeren Städten Europas Verkehrsprobleme gibt. Das ist aber kein europäischer Mehrwert, und das begründet keine europäische Zuständigkeit. Damit könnte ich auch den Erlass von Friedhofssatzungen auf europäischer Ebene begründen.

Vielmehr müsste ich begründen können, warum es auf der nationalen Ebene oder in diesem Fall auf der kommunalen Ebene nicht regelbar ist. Deswegen ist genau in diesem Fall aus unserer Sicht ein Subsidiaritätsverstoß gegeben. Deswegen werden wir Ihnen auch weiterhin nicht den Gefallen tun, in unserer Kontrolldichte nachzulassen.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Vielmehr werden wir weiterhin das alles beobachten und alle Maßnahmen daraufhin überprüfen – auch im Interesse der europäischen Ebene, die wir anerkennen. Wir wollen hier nicht abwehren oder eine Blockadehaltung einnehmen. Vielmehr wollen wir das ausdrücklich anerkennen. Wir sind der Überzeugung, dass Europa dann stark ist, wenn es sich auf seine Kernkompetenzen beschränkt und diese auch intensiv gestaltet. In diesem Sinn kommen wir zu einem positiven Ergebnis auch für die europäische Ebene.

Kollege Walter, wir hatten, glaube ich, vereinbart, dass über die Beschlussanträge heute nicht abgestimmt werden muss.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Genau! Das hatte ich vergessen!)

– Ja, dann sage ich es. Ich tue Ihnen den Gefallen. Wir müssen hier nicht darüber abstimmen, sondern werden das in den entsprechenden Beratungen im Ausschuss tun.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Sehr gut! Danke!)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hofelich.

Abg. Peter Hofelich SPD: Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Ich war vor ca. fünf Wochen aus alter sozialliberaler Sentimentalität bei einem Kongress der Theodor-Heuss-Stiftung in der Alten Reithalle in Stuttgart. Da ist der Theodor-Heuss-Preis an Berthold Leibinger

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

und an Michael Otto verliehen worden. Michael Otto vom Otto-Versand hat den Preis dafür bekommen, dass er mit seinem Versandhandel weltweite Einkaufsstandards durchgesetzt hat, die z. B. darauf beruhen, dass Baumwolle, die er verwendet, nicht durch giftige Substanzen gezogen wird, dass keine Produkte aus Kinderarbeit angeboten werden usw.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

– Ganz klar, lieber Kollege Zimmermann. Aber es wird gleich noch ein bisschen ernsthafter.

Er hat es geschafft, europäische Mitbewerber im Versandhandel zu überzeugen – vor allem diejenigen, die auf das Internet setzen. Nicht jeder Deutsche hat die Internetphase erkannt; manche haben sie verschlafen. Aber er hat mit denen, die in Europa seine Mitbewerber sind, diese Standards gemeinsam gemacht und damit bewiesen – so viel zum Thema Ökonomie –, dass das Erbe von Europa immer von starker Ökonomie, aber auch von starker humaner und humanistischer Gesinnung geprägt ist. Das war möglich, weil er diese Überzeugung hatte.

Es wird in der Welt der Wirtschaft oft so sein – vielleicht ein bisschen anders als in der Welt der Politik –, dass es nicht um Zuständigkeiten und um Grenzen, sondern um Überzeugungen geht, die man vom starken Boden Europas aus in der Welt durchsetzen kann.

Da muss man sich immer fragen, mit welchen Begriffen man operiert und ob der Begriff der Subsidiarität als ein abwehrender Begriff in jedem Fall angemessen ist. Das ist auch für das starke Wirtschaftsland Baden-Württemberg, für unsere eigene Haltung in dieser Sache entscheidend.

Ich bin dankbar, dass der Antrag der Grünen, auch wenn seine Einbringung lange zurückliegt, heute aufgerufen ist. Na-

(Peter Hofelich)

türlich können wir das Thema heute nicht erschöpfend diskutieren. Ich will das angesichts des heutigen Tagesablaufs auch nicht tun.

Es geht aber nicht um die Frage „Subsidiarität: Ja oder Nein?“. Es geht um die Frage „Mitgestaltung oder Abwehr europäischer Politik?“, und es geht um ein offensives oder ein defensives Europaverständnis unseres Landes. Letztlich geht es um die mentale Einstellung Baden-Württembergs zu Europa. Das muss dieses Haus beschäftigen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Es gibt dazu Eindrücke. Die kann man hier im Parlament haben. Ich nehme da keine Zuweisungen vor, welchen Eindruck man von wem haben mag. Aber Tatsache ist auf jeden Fall, dass es dazu im Haus ganz offenbar noch immer unterschiedliche Haltungen gibt. Das bedauere ich.

Ich glaube nicht, dass wir mit Subsidiaritätsprüfungen in unserer Rolle in Europa wirklich weiterkommen. Ich glaube, dass eine andere Haltung, nämlich die des Mitargumentierens, des Mitgestaltens, viel wichtiger geworden ist, dass wir dies auch als Parlament leben müssen und uns nicht allein auf die Exekutive verlassen dürfen. Das ist meine Überzeugung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Jürgen Walter GRÜNE – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Sehr gut!)

Ich will das einmal an ein paar Beispielen, die eine Rolle gespielt haben, verdeutlichen. Thema „Mobilität in der Stadt“: Lieber Kollege Blenke, natürlich kann man es leicht ins Lächerliche ziehen, indem man sagt, jedes Kommunalparlament beschließe selbst. Aber ich sage Ihnen, was real passieren wird.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das ist nicht lächerlich!)

– Gut, dann kann man es so skizzieren. Ich sage es einmal neutral. Es soll ja keine Schärfe in die Debatte kommen.

Ich sage Ihnen einmal, was ich als ehemaliger Vizepräsident der Region Stuttgart ehrenamtlich zum Thema Mobilität gemacht habe. Wir haben uns natürlich an Wettbewerben beteiligt, bei denen klar war: Wir werden unsere Stadtmobilitätskonzepte vielleicht mit denen von London, Paris oder Barcelona vergleichen müssen. Das wird passieren.

Die Rhein-Neckar-Region wird sich mit Rotterdam vergleichen und wird fragen: „Wie macht ihr es?“ Es geht um Best Practice. „Wie machen wir es?“ Das wird ganz normal passieren, egal, ob wir durchsetzen wollen, dass jemand nichts damit zu tun hat oder etwas damit zu tun hat. Vergessen wir es. Es passiert einfach. Die Kommunen werden auch in diese Richtung gehen. Herr Schuster hier in Stuttgart freut sich doch, dass er viele internationale Aufgaben hat.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Woran liegt das?)

– Das weiß ich auch nicht. Ich zerbreche mir nicht auch noch seinen Kopf.

Bei den Bildungszielen werden wir heute Folgendes erleben: Wir haben zwei parallel laufende Entwicklungen. Zunächst

einmal sind die Bildungsziele jetzt im Fünfpunktecatalog in Europa enthalten. Die Ziele sind akzeptiert, auch wenn Deutschland etwas widerspenstig war oder sich gewehrt hat und der Herr Minister jetzt sagt: „Ich habe durchgesetzt, dass man nicht kontrolliert werden kann.“

Aber gleichzeitig findet heute ein Bildungsgipfel zwischen Bund und Ländern statt. Die Frau Bundeskanzlerin – CDU – hat bereits im Vorfeld gesagt: „Mich interessieren die Menschen und nicht Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern.“ Ich bin gespannt, was von unserem Land nun zur Bundeskanzlerin gesagt wird. Tatsächlich wird in jedem Fall ganz klar sein, dass gemeinsame Bildungsziele auf dem Kontinent eine Rolle spielen. Denn wir sind der Meinung, dass es Qualifikationsrahmen gibt, die homogen sein müssen. Es wird einfach passieren, Kolleginnen und Kollegen. Auch bei der Gebäudeenergieeffizienz, bei der Bodenschutzrichtlinie usw. wird das Messen an den besseren Praktiken einfach der Normalfall sein.

Man kann nicht einfach sagen: Ich wehre legalistisch etwas ab. Man muss sich darauf einlassen. Man verlässt natürlich die Welt der Gewissheit, der klar abgegrenzten Zuständigkeiten und begibt sich in eine Welt der Verabredungen und in eine Welt der Überzeugungen. Aber das wird so sein müssen, wenn man im Sinne von Michael Otto und hoffentlich vielen anderen, die so agieren, einen starken Raum Europa in dieser Welt herstellen will. Das ist unsere Aufgabe, auch wenn der Lissabon-Vertrag und all das, was verabredet worden ist, Europa als eine supranationale Instanz sieht und nicht als einen Bundesstaat.

Ich glaube, dass wir jetzt einfach einiges machen müssen. Das Erste ist, dass wir als Baden-Württemberger im Wirtschafts- und Sozialraum, im Natur- und Zivilisationsraum Europa dafür werben müssen, dass wir mehr gemeinsame Standards brauchen. Es geht nicht um die Welt der Gesetze; es geht um die Welt der Standards. Diese muss man anstreben, und dafür braucht man ein aktives Baden-Württemberg.

Ich glaube, dass wir eine Regierung brauchen, die den Landtag in allen gesetzlichen Kernaufgaben, die er als Landtag hat, auch wirklich aktiv einbezieht, und zwar nicht nur über eine Unterrichtung en passant. Dieser Landtag muss tatsächlich – das habe ich auch von Kolleginnen und Kollegen der CDU gehört – rechtzeitig bei den eigenen Kernaufgaben – Bildung, Sicherheit dieses Landes – wirklich europäisch mitdiskutieren und nicht nur nachvollziehen, was die Exekutive vorgibt. Das ist auch ein wichtiger Punkt.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

Der dritte wichtige Punkt ist, dass die Regierung tatsächlich in den Gremien dieses Landtags präsent ist, dass wir in der Lage sind, miteinander zu sprechen, und dass wir dies rechtzeitig tun. Dafür wollen wir eine Art Frühwarnsystem zur Informationsübermittlung einsetzen. Wir wollen dann, wenn es notwendig ist, auch die Subsidiaritätskontrolle wirksam werden lassen. Das setzt aber eine Gesprächssituation voraus und kann nicht nach dem Muster geschehen: „Wir folgen euch, weil ihr der Meinung seid, dem Land Baden-Württemberg geschieht etwas Unrechtes; irgendetwas bricht über uns herein.“ Dafür muss man miteinander sprechen und sich politisch auseinandersetzen. Das vermisse ich derzeit.

(Peter Hofelich)

Viertens brauchen wir so etwas wie eine europäische Öffentlichkeitsarbeit in diesem Land Baden-Württemberg. Ich sehe sie im Augenblick zu wenig. Ich sehe im Westdeutschen Rundfunk das „Europamagazin“, das dort jede Woche oder alle 14 Tage ausgestrahlt wird. Der SWR hat keine Programmschiene für etwas Derartiges. Ich würde mich freuen, wenn wir in der Lage wären, vorhandenen Ressentiments – „wir zahlen denen ja bloß“ – durch eine gute europäische Öffentlichkeitsarbeit auch bei uns den Boden zu entziehen und stattdessen eine proeuropäische Haltung zu schaffen.

Ich glaube, das muss uns beim Thema Subsidiarität beschäftigen – nicht ein Einigeln, ein Verschanzen in Positionen. Das ist als Ausgangspunkt für eine eigene europapolitische Haltung notwendig.

Lassen Sie mich zum Schluss noch eines sagen – der Begriff Subsidiarität steht ja nicht zusammenhanglos in der Welt –: Aus der katholischen Soziallehre ist klar, dass zur Subsidiarität neben der Personalität immer auch die Solidarität gehört. Das sind die drei Punkte, die Trias, die eine Rolle spielen, die sich gegenseitig bedingen. Ich wünsche mir, dass wir in der Lage sind, neben der europäischen Subsidiarität dort, wo es wirksam ist, insbesondere im Blick auf unsere Kommunen, die europäische Solidarität auch zu leben. Diese ist nicht gemeint als eine Solidarität nach dem Motto „Wir geben etwas“, sondern als ein gemeinsames Denken, ein gemeinsames Diskutieren. Wenn nicht der Landtag von Baden-Württemberg, mitten im Herzen von Europa, wer dann ist eigentlich aufgerufen, diese Grundhaltung zu haben?

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sie hätten einen guten Italiener abgegeben!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Noll.

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn man den Antrag der Fraktion GRÜNE gelesen hat und wenn man die Reden, vor allem die von Herrn Walter, gehört hat, könnte man zu dem Eindruck gelangen, dass Subsidiarität und glühender Kampf für Europa ein Widerspruch sei. Dem ist nicht so.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Was hat denn im Wesentlichen überhaupt erst zu der Verdrossenheit der Bürgerinnen und Bürger beim Thema Europa geführt? Diese Verdrossenheit kommt daher, dass sich Europa eben nicht auf seine Kernbereiche beschränkt und dass Europa im Bewusstsein der Bürger diesen Mehrwert – Frieden, Wohlstand, Sicherheit – jetzt eben nicht garantiert, sondern dass man sich an viel zu vielen Stellen verzettelt hat, weil man sich in allen möglichen Politikbereichen bis in die kleinsten Details eingemischt hat.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Karl Zimmermann CDU – Widerspruch bei der SPD)

Deswegen sage ich: Wer Subsidiarität einfordert, so wie wir es tun – dazu stehe ich –, der ist kein Antieuropäer, sondern er ist gerade jemand, der ein starkes Europa will. Jemand wie er sagt den Menschen: Jawohl, wir stehen hinter diesem Eu-

ropa; Europa bedeutet für uns alle die Zukunft. Aber wir stehen nicht für ein bürokratisches Monster, das uns ständig mit neuen Vorschriften verwirrt.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es!)

Subsidiarität ist der Schlüsselbegriff. Dieses Prinzip wird doch im Grunde von niemandem bestritten.

Jetzt ist Herr Hofelich auf die katholische Soziallehre, aus der das subsidiäre Prinzip kommt, eingegangen. Ich gehe noch ein Stück weiter zurück als Sie. Woher stammt denn das Wort „subsidium“ respektive „subsidia“? Das war ein militärischer Begriff der Römer. Er bedeutete, dass das Imperium, wenn Soldaten vor Ort mit irgendeinem Problem nicht fertig geworden sind, Hilfstruppen schicken konnte, um des Problems Herr zu werden. Das nämlich heißt „subsidia“.

Jetzt möchte ich die Hilfstruppen auf die heutige Zeit beziehen: Gegen internationale Finanzspekulationen brauchen wir Hilfe. Aber Hilfe, die uns aufgedrängt wird, die uns bei der Lösung unserer Probleme nur behindert, wollen wir natürlich nicht haben.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es!)

Es ist natürlich völlig legitim, dass in den Debatten in diesem Haus auch unterschiedliche Schwerpunkte gesehen werden. Es sind verschiedene Bereiche genannt worden.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Mir liegt natürlich der Sozialbereich, der Gesundheitsbereich näher. Auch dabei ist klar, dass man in einem zusammenwachsenden Europa z. B. beim Verbraucherschutz Standards haben muss,

(Abg. Peter Hofelich SPD: Standards!)

damit man sicher sein kann. Oder denken Sie an Organtransplantationen. Das funktioniert doch nur, wenn wir einheitliche Standards haben, durch die gewährleistet ist, dass, wenn das Organ etwa von einem Spender aus Frankreich kommt, bei der Entnahme und allem anderen wirklich Sicherheit herrscht. Auch da gibt es im Grunde genommen einen Mehrwert.

Aber wir wollen doch nicht, dass die Gesundheitssysteme letztlich harmonisiert werden, sodass alle nach dem gleichen Modell funktionieren. Das geht schon aus historischen Gründen nicht. Ich glaube, darin sind wir uns einig.

Beim Thema Daseinsvorsorge wird es ganz offenkundig, auch in den Debatten hier im Landtag. In manchen Ländern werden bestimmte Aufgaben, die bei uns staatliche Aufgaben sind, ganz selbstverständlich von Privaten übernommen. Möglicherweise wird man sich da im Laufe der Jahrzehnte angleichen.

Manchmal, vor allem in grenznahen Bereichen, gibt es auch Verwerfungen. Ich denke z. B. an Krankentransporte, an Rettungsdienste. Da haben wir historisch bedingt eine andere Situation als die Franzosen. Aber man kann daran sehen, dass es natürlich auch anders funktionieren kann.

(Dr. Ulrich Noll)

Ich glaube, man sollte schon dazu stehen, dass man von Beispielen anderer Länder im Dialog lernen kann. Herr Hofelich, da haben Sie völlig recht. Aber das geht nicht, indem man es anderen aufoktroziert, sondern indem man im positiven Sinn voneinander lernt. Dazu gehört auch das Thema Subsidiarität.

Die Möglichkeiten, die die Mitgliedsstaaten aufgrund des Lissabon-Vertrags haben, begrüßen wir alle. Die Mitgliedsstaaten haben damit eine stärkere Stellung insofern, als ihre Regierungen eine Subsidiaritätsrüge aussprechen bzw. Klage erheben und diese jeweils androhen können. Das hat natürlich auch einen präventiven Effekt. All diejenigen, die sich möglicherweise etwas ausdenken, was man noch regeln könnte, wissen jetzt, dass dies auf Widerstand – auch auf rechtlich begründbaren Widerstand – stoßen kann. Daher sehe ich dies nicht als Widerspruch, sondern durchaus als eine Möglichkeit der Mitgestaltung.

Lassen Sie mich abschließend genau das, was Sie jetzt auch wieder ein wenig skeptisch benannt haben, anführen. Ich habe es als großen Erfolg empfunden, dass unserem Kollegen, Herrn Professor Reinhart,

(Abg. Sabine Fohler SPD: Minister Reinhart!)

bei einem wirklich zentralen Punkt, nämlich bei der Definition der Kernziele der Strategie Europa 2020, etwas Wichtiges gelungen ist: Bei der Frage nach der Akademikerquote hat er es geschafft, dass wir endlich mitgestalten und in Europa einmal klarmachen, dass unsere duale Ausbildung durchaus mit dem, was in anderen Ländern über ein Studium erreicht wird, vergleichbar ist.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: So ist es!)

Es ist in der Tat so – da darf ich Herrn Professor Reinhart zitieren –: „Der Techniker bei Bosch, der Meister oder die hoch qualifizierte Krankenschwester, deren Ausbildung in anderen EU-Staaten über ein Studium läuft“, sind durchaus auf diese Quote anrechenbar. Dass wir jetzt erreicht haben, dass Europa das so sieht und wir nicht etwa noch Sanktionen zu erwarten haben, weil wir keine vergleichbaren Studienmöglichkeiten bzw. -abschlüsse haben, das halte ich für einen großen Erfolg.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Da sind wir uns einig!)

– Sehen Sie. Da ist das Thema Subsidiarität – wir müssen anpassen, dass nicht alles über einen Kamm geschoren wird; wir müssen unsere spezielle Sicht einbringen – sehr erfolgreich umgesetzt worden.

Deswegen glaube ich, dass wir eigentlich gemeinsam, liebe Kollegen Hofelich, Walter und Blenke, stolz darauf sein können, dass wir im Europaausschuss auch im Einklang mit der Regierung – übrigens mit der ganzen Mann- und Frauschaft, mit der Professor Reinhart arbeitet – meist zu den gleichen Ergebnissen und Bewertungen kommen. Wir sollten diese Themen – da haben Sie recht, Herr Hofelich – in der Öffentlichkeit vielleicht noch ein bisschen stärker vermitteln.

(Zuruf der Abg. Sabine Fohler SPD)

Seien wir doch froh, dass es an diesem einen Punkt einmal gelungen ist, und machen wir weiter so.

(Abg. Wolfgang Stehmer SPD: Das reicht nicht!)

Dann habe ich keine Sorge, dass das glühende Kämpfen für die Fortentwicklung Europas kein Widerspruch zur Forderung nach Subsidiarität ist und wir Riesenfortschritte machen können.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Brillante Rede!)

Präsident Peter Straub: Für die Landesregierung erteile ich dem Minister für Bundes-, Europa- und internationale Angelegenheiten Professor Dr. Reinhart das Wort.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Jetzt ist es richtig eingeführt! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jetzt lacht er wieder!)

Minister für Bundes-, Europa- und internationale Angelegenheiten Dr. Wolfgang Reinhart: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst herzlichen Dank für die übereinstimmenden Bekenntnisse zu Europa. Ich kann dem nur beipflichten. Ich denke, sowohl der Europaausschuss dieses Hauses als auch die Landesregierung sind allesamt überzeugte Europäer. Deshalb geht es eigentlich immer nur um die Frage, wie wir dieses Europa weiter gestalten wollen. Wohin wollen wir gehen, und – vor allem – wie weit können wir gehen, in welchem Tempo, und wie können wir die Bürger mitnehmen?

Ich habe vor wenigen Tagen einer Europaministerkonferenz in Berlin vorgesessen und hatte den neuen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Herrn Voßkuhle, eingeladen. Wir waren allesamt der Überzeugung, dass wir in den frühen Jahrzehnten ein Europa der Eliten hatten, wo man elitär in Hinterzimmern – auch in Brüssel – Entscheidungen getroffen und das Europa weiterentwickelt hat. Aber diese Zeit, in der nur wenige Eliten über Europa entschieden haben, ist vorbei.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Gott sei Dank!)

Wir hatten eine Zäsur, wir hatten auch eine Grundlage. Jetzt sind wir in einer Situation, einer Zeit der Herausforderung, in der es um ernste Weggabelungen in diesem Europa geht. Deshalb ist es ganz wichtig – davon bin ich überzeugt –, bei all den Themen die Bürger mitzunehmen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Denn das Schlimmste, was uns passieren könnte, wäre, dass die Bürger skeptisch sind und sagen: Wir halten nichts mehr von diesem Europa.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es!)

Deshalb geht es auch nicht mehr nur nach dem Lissabon-Vertrag – das wurde zu Recht angesprochen –; vor allem müssen wir immer auch die deutsche Verfassungslage sehen. Viele, die auf der einen Seite nur die Motorbewegung sehen und nur einseitig sagen „mehr Integration, mehr Integration“, und auch

(Minister Dr. Wolfgang Reinhart)

diejenigen, die einen europäischen Bundesstaat fordern, verkennen, dass nach unserem Grundgesetz, nach unserer Verfassung ein europäischer Bundesstaat nicht möglich ist. Das müssen wir wissen. Dazu bräuchten wir erst eine neue Verfassung. Das müssten erst unsere Bürger wollen.

Deshalb müssen wir immer sehen: Was können wir auf der Basis von Verfassung, von Recht, auch auf der Basis von bisherigem europäischem Recht und der geltenden Verträge erreichen? Ich glaube, dazu haben wir derzeit einen großen Gegensatz, den wir auch in Berlin diskutiert haben: Wir Deutschen wollen die Vorherrschaft des Rechts, andere Länder wollen die Herrschaft der Politik. Das zeigt sich bei Auseinandersetzungen wie beispielsweise der Diskussion über die Wirtschaftsregierung. Wir in Deutschland wollen eine Wirtschaftsregierung auf der Basis der bestehenden Verträge. Wir wollen keine neuen Institutionen. Vor allem wollen wir zwar eine Koordinierung, aber die Wirtschaftsregierung soll nur koordinieren und nicht dirigieren, wie dies andere Länder wollen.

Deshalb stehen wir vor spannenden Fragen, und das in einer Zeit, in der es – ich will nur fünf Bereiche kurz stichwortartig nennen – um entscheidende Weggabelungen geht. Nehmen wir als Beispiel die Griechenlandhilfe, die Sie, Herr Kollege Walter, angesprochen haben, die am 7. Mai 2010 beschlossen wurde. Ich hatte im Bundesrat für Baden-Württemberg sechs Stimmen für eine Entschließung abgegeben, die ich zur Lektüre empfehle.

Sie sagen, die Bundeskanzlerin hätte mit Blick auf die Wahlen in Nordrhein-Westfalen nicht gehandelt.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Wochenlang nicht gehandelt! Und dann auf einmal! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Spät!)

Dazu kann ich Ihnen nur sagen: Wenn sie die Wahlen in Nordrhein-Westfalen im Blick gehabt hätte, hätten wir nicht gerade in der Woche vor der Wahl in Nordrhein-Westfalen

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das war doch auf Druck!)

die wichtigsten Entschließungen beschlossen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das war doch auf Druck! Das war doch keine freiwillige Entscheidung! – Weitere Zurufe)

– Lieber Herr Kollege Schmiedel, es geht um die sachliche Subsumtion einer Aussage. Da sagt der Zeitablauf eigentlich alles. Er zeigt nämlich, dass wir diese Entschließungen genau in der Woche vor der Wahl in Nordrhein-Westfalen behandelt haben. Sie kamen montags ins Kabinett,

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das wissen wir doch!)

wurden im Bundestag gelesen, freitags am 4. Mai – Entschuldigung, nein; jedenfalls am Freitag vor den Wahlen in Nordrhein-Westfalen

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: 30. April!)

wurden sie verabschiedet. Der Bundespräsident hat nachmittags unterzeichnet. Dies wurde genau zwei Tage vor der Wahl in Nordrhein-Westfalen entschieden. Deshalb ist das nicht zu treffend, was Sie uns hier glauben machen wollen, Herr Kollege Walter.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Sie hätten dies bereits vier Wochen vorher tun können! Darum geht es! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das Verhältnis stimmt nicht! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie haben es verschlechtert!)

– Sehen Sie. Ich empfehle Ihnen: Sitzen Sie nicht jedem in den Medien genannten Vorurteil auf.

(Lachen des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Ich bin davon überzeugt, dass die Bürger der Bundesrepublik Deutschland großen Wert darauf gelegt haben, dass wir den Griechen gerade keinen Blankoscheck gegeben haben, sondern dass wir Konditionen formuliert haben.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Die gleichen Konditionen galten übrigens auch zwei Wochen später beim Eurorettungsschirm über 750 Milliarden €, der eröffnet wurde, wovon 250 Milliarden € den IWF betreffen, 60 Milliarden € den EU-Haushalt und 440 Milliarden € von den 16 Staaten der Eurozone getragen werden.

Bei diesen 16 Ländern der Eurozone gab es natürlich auch unterschiedliche Interessen. Die Südländer wollten bei der Zweckgesellschaft, die jetzt am 8. Juni gegründet wurde, eine gesamtschuldnerische Haftung, wie wir das von den BGB-Gesellschaften her kennen. Deutschland hat sich durchgesetzt und hat gesagt: Wir sind bereit, die angesprochene Solidarität gegenüber Europa zu beweisen und – auch unter guten Gesichtspunkten, weil die Folgen einer Alternative nicht absehbar gewesen wären – in dieser Zweckgesellschaft 123 Milliarden € Haftung zu übernehmen, aber pro rata und nicht gesamtschuldnerisch über die gesamten 440 Milliarden €. Auch da gab es unterschiedliche Interessen.

Warum sage ich das? Weil wir bei so schwierigen Themen und großen Weggabelungen Europas schon auch darauf achten müssen, dass wir nicht auf dem Rücken der Bevölkerung in unabsehbare Haftungen geraten. Deshalb sagen wir: Dem Grunde nach wollen wir keine Transferunion in Europa.

(Abg. Claus Schmiedel SPD meldet sich. – Abg. Claus Schmiedel SPD: Kurzintervention!)

Dies war eine schwierige Entscheidung. In dieser schwierigen Entscheidung ging es vor allem darum, in der Güterabwägung abzuwägen: Stimmt man einem solchen Paket überhaupt zu, und wo liegt die Alternative? There is no alternative. Dies wird mit TINA abgekürzt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Oettinger lässt grüßen! Lieber bei Deutsch bleiben! – Vereinzelt Heiterkeit – Glocke des Präsidenten)

(Minister Dr. Wolfgang Reinhart)

TINA ist keine junge Dame, sondern das ist die Frage, die sich hier genau in diesem Punkt gestellt hat: Gibt es eine Alternative?

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Alternativen gibt es immer!)

– Ja, lieber Herr Kollege Kretschmann.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Don't Westerwelle!)

Genau das war die große Herausforderung.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Alternativen gibt es immer! Die Frage ist, ob sie gut sind!)

– Ich muss Ihnen sagen: In diesem Punkt haben die Grünen sehr wohl Verantwortung gezeigt,

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Wie immer!)

was diese Abstimmung angegangen ist, im Gegensatz zu anderen, die sich enthalten haben.

Präsident Peter Straub: Herr Minister Dr. Reinhart, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schmiedel?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Kurzintervention! Ich will nichts fragen!)

– Bitte?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Kurzintervention!)

– Eine Kurzintervention wird auch gestattet.

Minister für Bundes-, Europa- und internationale Angelegenheiten Dr. Wolfgang Reinhart: Ich gestatte beim Kollegen Schmiedel sowohl eine Kurzintervention als auch eine Frage.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Solange es keine Invasion ist!)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Minister Reinhart, ich will nur richtigstellen, wie der Ablauf war: Die Bundeskanzlerin hat sich zu einem Zeitpunkt, als es dringend eines Signals bedurft hätte,

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

– Sie sind jetzt nicht dran –, dass es eine europäische Solidarität für Griechenland gibt – keinen Blankoscheck, aber eine europäische Solidarität –, in der „Bild“-Zeitung als „eiserne Kanzlerin“ feiern lassen, die gesagt hat: Wir geben nichts, wir helfen nicht, es ist die Sache Griechenlands und nicht die unsrige. Für diese Aussage hat sie sich über Tage feiern lassen und die internationalen Spekulanten angeheizt, gegen Griechenland zu setzen, weil sie Griechenland nach dieser Aussage der Kanzlerin isoliert wähen mussten. Die Absicht – die man nur vermuten kann, weil sie das in der „Bild“-Zeitung nicht gesagt hat – war, dass sie das Thema Griechenland hinter die NRW-Wahl schieben wollte, weil sie wusste, dass die Hilfsaktion unpopulär ist. Dann haben sich die Ereignisse überschlagen.

(Zuruf von der CDU: Wie war das Abstimmungsverhalten der SPD?)

Es gab dann keine andere Alternative mehr, als rasch eine Zusage zu machen und dann auch rasch den Schirm zu zimmern, um den Fall des Euro zu verhindern. Denn das stand letztlich zum Ziel.

Deshalb erfolgte die Aussage, die Kanzlerin habe sich wegen der Wahl in Nordrhein-Westfalen vor einer rechtzeitigen Entscheidung gedrückt. Da brauchen Sie keine Opposition aufzumachen, es ginge um einen Blankoscheck oder um ein Aussetzen. Es wäre aber darum gegangen, sich als größter Staat und als verantwortungsvolle Regierung in Europa nicht von Franzosen und Italienern das Tempo und die Richtung bestimmen zu lassen, sondern am Ende selbst Führungsstärke zu zeigen.

(Beifall bei der SPD)

Minister für Bundes-, Europa- und internationale Angelegenheiten Dr. Wolfgang Reinhart: Wissen Sie, Herr Schmiedel, die Wahrheit ist manchmal etwas komplizierter und nicht so schlicht, wie Sie es darstellen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ich hatte nur drei Minuten, aber das war der Kern! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Es kommt der Wahrheit aber näher!)

Diese Mär über Spekulanten ist eben auch zu schlicht. Es gibt schlichtweg Ursachen für die Probleme, die wir derzeit haben. Die Ursachen liegen in den öffentlichen Haushalten der betroffenen Südländer; das wissen Sie. Nun ist es eben so, dass in Berlin zu Recht Konditionen aufgestellt wurden – zu diesem Thema lasse ich Ihnen gern meine eigene Rede im Bundesrat zukommen –, dass wir nämlich gesagt haben: Wir wollen zumindest jetzt konditionieren, dass eine solche Situation nicht wieder eintreten kann. Das ist übrigens ein gutes Beispiel dafür, dass wir Europa und internationale Regeln brauchen, weil es der Nationalstaat allein nicht regeln kann.

Um welche Konditionen handelt es sich? Die Konditionen sind, dass wir gesagt haben, wir brauchen Restrukturierungs-lösungen. Es kann nicht sein, dass es für den Fall, dass Staaten überschuldet sind, keine Regeln gibt und dass dann in Zukunft die Gemeinschaft die Folgen trägt. Deshalb lautet unsere Forderung: Wir wollen Insolvenzregeln und vor allem auch mehr Regulierung auf den Finanzmärkten, u. a. auch bei CDS; daher auch die heutige Entscheidung zum Leerverkaufsverbot. Auch das war eine Forderung, die wir aufgestellt haben, weil wir im Grunde genommen sagen: Es kann nicht sein, dass, wenn wir jetzt nicht daraus lernen, dadurch in unreglementierten Bereichen die gesamte Finanzarchitektur Europas oder weltweit gefährdet wird.

Insoweit hat die Kanzlerin mit Sicherheit von all denen Unterstützung gehabt, die sagen: keine Schnellschüsse und keine Blankoschecks, sondern wenn schon, dann klare und harte Bedingungen, übrigens auch zu den Themen Ratingagenturen und Hedgefonds und vielen mehr. Ich kann nur auf die Entschließung verweisen, an der auch Baden-Württemberg im Bundesrat mitgewirkt hat und der das Land letztlich auch zugestimmt hat. Die Dinge sind also etwas komplizierter, als dass man einfach sagen könnte, es ginge hier um einen Wahlzeitpunkt.

(Beifall des Abg. Thomas Blenke CDU – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das war ein guter Abschluss!)

(Minister Dr. Wolfgang Reinhart)

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, es ging auch um die Themen Euroschirm, Finanzmarktregulierung und Europa-2020-Strategie. Ich spreche das deshalb an, weil ich glaube: Aus all dem wird klar, dass dies, wenn wir heute über Subsidiarität reden – da haben Kollege Blenke und Kollege Noll völlig recht gehabt –, keine Gegensätze sind. In meinen Augen bedingt vielmehr das eine das andere.

Sie haben den Tenor als reine Abwehrhaltung dargestellt. Ich kann sagen: Wir brauchen Europa in wichtigen Bereichen, die ich eben genannt habe, auch bei der Frage der Terrorabwehr, bei der Frage des Klimas, um nur einige zu nennen, weil wir nur mit europäischen oder gar weltweiten Regeln weiterkommen. Aber wir brauchen Europa nicht überall und nicht bei jeder Kleinigkeit.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Da sind wir uns doch einig!)

Deshalb ist es richtig, dass übrigens auch im Lissabon-Vertrag das Subsidiaritätsprinzip seinen Niederschlag gefunden hat.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Es entspricht übrigens auch unserer Überzeugung. Herr Kollege Walter, die CDU war nicht nur unter Helmut Kohl eine Europapartei,

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Jetzt ist sie es aber gar nicht mehr!)

sie ist es auch heute,

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Na, na, na!)

und sie ist eine tragende Führungskraft auch in diesem gemeinsamen Europa.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

– Nein, nein.

Ich will Ihnen schon sagen: Es ist berechtigt, wenn man sagt – das wurde von den Kollegen auch hier angesprochen –, dass man nicht bei jeder Sache – – Das Beispiel Citymaut war z. B. sehr zutreffend, das Beispiel Bodenschutz ist auch zutreffend. Im Übrigen trifft auch Ihr Einwand beim Verbraucherschutz zu, dass man auch dort Spielraum braucht, übrigens nicht nur in die eine Richtung, sondern auch in die andere Richtung.

Dieses Europa in Vielfalt muss die Handlungsspielräume für den Nationalstaat offenhalten, es muss aber auch das Europa der Regionen und der Kommunen im Auge behalten. Deshalb kann ich nur sagen: Das eine schließt das andere nicht aus. Denn wir haben hier natürlich Beispiele, bei denen es gerade um Subsidiarität geht.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Z. B. bei Schuläpfeln! Warum machen wir denn so einen Quatsch mit? Europäische Schuläpfel! – Weitere Zurufe)

– Schauen Sie einmal, wo die Akteure in Brüssel unterwegs waren, dann werden Sie sicherlich auch – übrigens bei Ihren eigenen Parteifreunden, Herr Schmiedel – mit Überzeugungsarbeit beginnen können.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Moment! Das ist eine Regierungsthematik! Subsidiarität! Und wir befassen uns hier mit europäischen Schuläpfeln!)

– Ich bin überzeugt davon, dass das noch das geringste Problem ist, wenn die Schüler die Äpfel vom Bodensee in gesunder Ernährung genießen. Ich glaube, da müssen wir Europa nicht vertieft problematisieren.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU zu Abg. Claus Schmiedel SPD: Haben Sie etwas gegen baden-württembergische Agrarprodukte? – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Es geht darum: Eine europäische Regelung soll nur erfolgen, soweit einzelne Bereiche auf EU-Ebene besser zu lösen sind. Aber umgekehrt gilt das eben auch.

Herr Kollege Walter, Sie haben gesagt, es müsse mehr geben als den Markt. Auch Kollege Hofelich hat das sinngemäß angesprochen. Da kann ich Ihnen nur recht geben. Das ist genau die Diskussion, der wir uns irgendwann stellen müssen in der Frage, wie weit wir Europa erweitern wollen. Natürlich darf Europa nicht nur ein Europa der Ökonomen sein, sondern Europa ist mehr: Europa ist eine Herkunft, eine Tradition, Europa ist griechischer Geist, römisches Recht, jüdischer Ein-Gott-Glaube, christliches Abendland, Aufklärung, Dichter und Denker, Humanismus. Das heißt, Europa ist auch eine Wertegemeinschaft.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Da sind wir uns ja einig! – Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

– Ja. Nur, Herr Kollege Hofelich, das müssen wir auch anwenden, wenn wir fragen: Wie weit wollen wir Europa erweitern, und wie viele Staaten wollen wir aufnehmen?

(Abg. Peter Hofelich SPD: Darüber hat ja keiner geredet!)

Ich bin sicher: Europa ist mehr als ein geografischer Begriff. Deshalb müssen wir immer sagen: Diejenigen, bei denen noch übereinstimmende Werte vorhanden sind, können zur europäischen Familie hinzukommen. Wo aber die Werte nicht geteilt werden, müssen wir uns sehr, sehr gut überlegen, ob wir Europa nicht überdehnen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Peter Hofelich SPD: Dieses Thema habe ich gar nicht aufgebracht!)

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, deshalb glaube ich: Wir sollten keine Abwehrkampfdiskussion führen,

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Sehr gut!)

wie sie heute begonnen wurde

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf)

– ja, keine Abwehrkampfdiskussion –, sondern wir müssen diese Themen, Herr Kollege, differenziert angehen. Da bin ich überzeugt davon, dass es darum gehen wird, übrigens jetzt auch bei der Europa-2020-Strategie – – Herr Kollege Walter meinte, ich ließe mich feiern. Jetzt will ich Ihnen einmal ein Beispiel nennen, ein abschließendes Beispiel.

(Zuruf des Abg. Jörg Döpfer CDU)

(Minister Dr. Wolfgang Reinhart)

Dann komme ich zum Schluss.

Es geht um das Thema Bildung, das von den Kollegen auch angesprochen wurde.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Feiern lassen darf man!)

– Ja, Herr Kollege Noll, Sie wissen, da sind wir belastbar.

Das Beispiel Bildung ist ein sehr gutes Beispiel, weil es dieses Plenum, diese Abgeordneten, diesen Landtag betrifft, was die Kompetenz und die verfassungsmäßige Zuständigkeit angeht. Deshalb war ich bei diesem Thema sehr leidenschaftlich. Das ist wahr. Ich habe den Bundesrat und die Europakammer zum ersten Mal seit zehn Jahren überhaupt einen entsprechenden Beschluss fassen lassen. Das war vor dem Treffen des Rates im März in Berlin. Übrigens habe ich bei einer EMK in Brüssel den neuen Ratspräsidenten Van Rompuy eingeladen.

Diese Beschlüsse waren uns wichtig, weil wir bei den fünf neuen Kernbereichen der Ziele vielem zustimmen und in vielem übereinstimmen. Die Forderung in der Europa-2020-Strategie, 3 % des Bruttoinlandsprodukts der EU in Forschung und Entwicklung zu investieren, ist in Ordnung. Die Forderung nach einer Beschäftigungsquote bei den 20- bis 64-Jährigen in Höhe von 75 % teilen wir. Das alles tragen wir mit. Aber auch die Klimaschutzziele 20-20-20 der EU – das heißt, 20 % regenerative Energien, 20 % mehr Effizienz, 20 % weniger CO₂-Ausstoß – halten wir für wichtig für Europa und tragen wir mit.

Aber wir haben gesagt: Bei der Bildung können wir als Ziel keine quantitativen Vorgaben geben.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Wir haben gesagt: Es geht auch nicht an, dass ihr wie bei der Wirtschaftspolitik Verwarnungen an die Nationalstaaten ausspricht, wozu ihr nicht die verfassungsmäßige Kompetenz habt. Wegen unserer Aktivität von Deutschland aus, die ich im Bundesrat angeführt habe, hat Van Rompuy gesagt: Es wird nicht im März beschlossen, sondern auf die Tagung des Rats im Juni verschoben.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr gut!)

Dann ging es um die weitere Frage: Was subsumieren wir unter den Bildungszielen? Dabei hat das 40%-Ziel im Raum gestanden. 40 % tertiäre Abschlüsse waren gefordert. In der Tat sind dies bei uns in Deutschland nicht nur die Universitäts- bzw. die Hochschulabschlüsse. Vielmehr haben wir im dualen Bereich Ausbildungsgänge, die in den anderen der 27 EU-Mitgliedsstaaten teilweise tertiären Abschlüssen entsprechen. Deshalb muss „Europa in Vielfalt“ bedeuten, dass wir unsere Besonderheiten gerade bei der Bildung behalten, bei der wir, der Landtag und die Landesregierung, die Kompetenz haben und nicht der Bund. Wir müssen diese Kompetenz behalten und bewahren und dürfen uns nicht von Europa Quantitäten vorschreiben lassen. Darum ging es mir.

(Beifall der Abg. Thomas Blenke CDU sowie Beate Fauser und Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Deshalb sagen wir mit aller Leidenschaft: Wir haben tüchtige Techniker, die Patente anmelden, die die gleichen Chancen haben sollen, genauso wie z. B. auch Krankenschwestern. Es gibt weitere Beispiele. Bildung bedeutet heute lebenslanges Lernen. Auch im postsekundären Bereich, z. B. bei Weiterbildungsakademien, können Bildungsabschlüsse erworben werden.

Deshalb haben wir gesagt: Wir wollen Gleichwertigkeit, aber keine quantitativen Zwänge. Ich gehe davon aus, dass wir auch bei der nächsten Ratstagung in der kommenden Woche mit diesem Prinzip Erfolg haben werden.

(Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

Meine Damen und Herren, Europa ist sehr komplex. Aber ich glaube, wir in Baden-Württemberg können auf die europäischen Aktivitäten des Landes stolz sein.

Wir haben im Übrigen in Brüssel einen Kommissar, der aus Baden-Württemberg kommt.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ja, das wissen wir!)

Der Vorsitzende des Europaausschusses des Bundestags, der ersten Kammer, kommt aus Baden-Württemberg.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr gut!)

Wir haben weiter in meiner Person den Europaausschussvorsitzenden der zweiten Kammer.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr gut!)

Ich kann nur eines sagen: Wir sind in Europa personell, aber auch institutionell und vor allem inhaltlich aktiv. Wir haben ein Jahr Vorsitz der Europaministerkonferenz hinter uns. Ich glaube, Ende Juni können wir eine Bilanz aufweisen, die Aktivitäten auf dieser Ebene gezeitigt hat, die in dieser Intensität bisher selten waren. Es musste deshalb so viel geschehen, weil wir dazu teilweise auch gezwungen waren, beispielsweise durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 30. Juni des letzten Jahres zum Lissabon-Vertrag.

Aber auch das zeigt: Europa ist ein dynamischer Prozess. Das sagt auch das Bundesverfassungsgericht. Deshalb ist es Motor, aber auch Grenzsetzer, und zwar dahin gehend, dass es keine Einbahnstraße sein darf, auf der wir Dinge nach Europa transportieren, sondern dass auch Dinge zurückkommen müssen, die wir im Land, in der Region, in der Heimat besser machen können. So müssen wir Subsidiarität und auch Europa verstehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Bravo!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Nachdem der Vertreter der Landesregierung die vereinbarte Redezeit um über 50 % überschritten hat,

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Es war aber eine gute Rede!)

muss ich gemäß § 83 a Abs. 1 Satz 4 der Geschäftsordnung den Fraktionen weitere Redezeit anbieten.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Wir schenken Ihnen die Redezeit!)

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Ich richte die Frage an die SPD: Wünscht noch jemand das Wort? – Das ist nicht der Fall. Wünschen die Grünen das Wort?

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Wir schenken euch die Redezeit! Wir hätten höchstens noch etwas zum „Herz von Europa“ sagen können!)

– Ich stelle eine Frage, die mit Ja oder mit Nein beantwortet werden soll, und möchte keine weiteren Erklärungen.

Möchte die FDP/DVP noch sprechen? – Wie sieht es mit der CDU aus?

(Abg. Thomas Blenke CDU: Ich will mich nicht bei meiner Fraktion unbeliebt machen! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Die Rede des Ministers war aber sehr gut! – Heiterkeit)

– Gut. Ich muss dennoch feststellen, dass Herr Minister Dr. Reinhart seine Redezeit überzogen hat.

Wir kommen jetzt zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 14/4341. Abschnitt I dieses Antrags ist ein Berichtsteil, der mit der Aussprache für erledigt erklärt werden kann.

Abschnitt II beinhaltet einen Beschlussteil mit Handlungsersuchen.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: An den Ausschuss überweisen!)

– Abschnitt II des Antrags soll an den Europaausschuss überwiesen werden. – Es ist so beschlossen. Danke.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Das „Herz von Europa“ wäre jetzt gut!)

Punkt 10 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 13** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 10. März 2010 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2006 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2004 – Beitrag Nr. 20: Landesbibliotheken Karlsruhe und Stuttgart – Drucksachen 14/6004, 14/6350

Berichterstatteerin: Abg. Ursula Lazarus

Der Finanzausschuss empfiehlt Ihnen, von der Mitteilung der Landesregierung vom 10. März 2010 Kenntnis zu nehmen. – Es ist einstimmig so beschlossen.

Punkt 13 der Tagesordnung ist erledigt.

Ich rufe **Punkt 14** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 30. September 2009 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2008 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2006 – Beitrag Nr. 12: Finanzierung der Staatlichen Heimsonderschulen – Drucksachen 14/5196, 14/6351

Berichterstatteerin: Abg. Ursula Lazarus

Der Finanzausschuss empfiehlt Ihnen auch hier Kenntnisnahme. – Sie beschließen das. Vielen Dank.

Punkt 14 der Tagesordnung ist erledigt.

Ich rufe **Punkt 15** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 14/6407, 14/6408, 14/6409, 14/6410, 14/6411

Gemäß § 96 Abs. 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 16** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 14/6385

Gemäß § 96 Abs. 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. – Es ist so beschlossen. Vielen Dank.

Punkt 16 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Wir sind damit am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Ich darf Sie darauf hinweisen, dass die im Sitzungsplan aufgeführten Plenarsitzungen am 30. Juni und 1. Juli 2010 entfallen.

Die nächste Sitzung findet am Dienstag, 13. Juli 2010, um 10:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss 16:03 Uhr

Vorschlagsliste

der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der FDP/DVP

für die Wahl der Mitglieder zur 14. Bundesversammlung

Vorschlag der Fraktion der CDU:

Name	Vorname	Wohnort
Mitglieder:		
1. Allgäuer	Waltraud	Fronreute
2. Beck MdL	Norbert	Baiersbronn
3. Bopp MdL	Thomas	Stuttgart
4. Bormann MdL	Monika	Rottenburg
5. Dr. Burda	Hubert	München
6. Dieter	Ralf	Stuttgart
7. Dönninghaus	Jürgen	Dischingen
8. Dr. Dulger	Rainer	Heidelberg
9. Fischer MdL	Albrecht	Vaihingen a. d. Enz
10. Groh MdL	Manfred	Karlsruhe
11. Hauk MdL Fraktionsvorsitzender	Peter	Adelsheim
12. Hengstenberg	Steffen	Esslingen
13. Hettich	Georg	Schonach
14. Hollenbach MdL	Manfred	Murr
15. Jägel MdL	Karl-Wolfgang	Rastatt
16. Jeggler MdEP	Elisabeth	Biberach a. d. Riß
17. Kehle	Roger	Wernau
18. Klein MdL	Karl	Mühlhausen
19. Kößler MdL	Joachim	Gondelsheim
20. Kurtz MdL	Sabine	Leonberg
21. Locherer MdL	Paul	Amtzell
22. Dr. Löffler MdL	Reinhard	Stuttgart
23. Lusche MdL	Ulrich	Lörrach

Name	Vorname	Wohnort
24. Mappus MdL Ministerpräsident	Stefan	Pforzheim
25. Nemeth MdL	Paul	Böblingen
26. Offele	Josef	Ettlingen
27. Palm MdL	Christoph	Fellbach
28. Raab MdL	Werner	Bruchsal
29. Razavi MdL	Nicole	Salach
30. Repnik	Hans-Peter	Radolfzell-Markelfingen
31. Schätzle MdL	Bernhard	Freiburg
32. Schmidt-Weiss	Werner	Crailsheim
33. Schütz MdL	Katrin	Karlsruhe
34. Schwehr MdL	Marcel	Endingen
35. Dr. h. c. Späth Ministerpräsident a. D.	Lothar	Gerlingen
36. Teufel MdL	Stefan	Rottweil
37. Dr. h. c. Teufel Ministerpräsident a. D.	Erwin	Spaichingen
38. Wieland MdEP	Rainer	Gerlingen
39. Wieland	Therese	Stuttgart
40. Wolf MdL	Guido	Tuttlingen
Ersatzmitglieder:		
1. Warken	Nina	Tauberbischofsheim
2. Holtmann	Matthias	Heiningen
3. Straub MdL Landtagspräsident	Peter	Waldshut-Tiengen
4. Vosschulte MdL Stellv. Landtagspräsidentin	Christa	Esslingen

Vorschlag der Fraktion der SPD:

Name	Vorname	Wohnort
Mitglieder:		
1. Altpeter MdL	Katrin	Waiblingen
2. Bentele	Verena Monika	München
3. Bosch	Barbara	Reutlingen
4. Brechtken	Rainer	Schorndorf
5. Breymaier	Leni	Eislingen/Fils
6. Drexler MdL Stellv. Landtagspräsident	Wolfgang	Esslingen
7. Gall MdL	Reinhold	Obersulm
8. Gönner	Ivo	Ulm
9. Gueye	Saliou	Ludwigsburg
10. Heberer MdL	Helen	Mannheim
11. Kaufmann MdL	Gunter	Rastatt
12. Knapp MdL	Thomas	Mühlacker
13. Kottnik	Klaus-Dieter	Berlin
14. Dr. Kurz	Peter	Mannheim
15. Landgraf	Nikolaus	Riederich
16. Sakellariou MdL	Nikolaos	Schwäbisch Hall
17. Sarikas	Zahide	Konstanz
18. Dr. Schmid MdL	Nils	Nürtingen
19. Schmiedel MdL Fraktionsvorsitzender	Claus	Ludwigsburg
20. Sittler	Walter	Stuttgart
21. Staudt	Erwin	Leonberg
22. Winkler MdL	Alfred	Rheinfelden-Herten
Ersatzmitglieder:		
1. Hofelich MdL	Peter	Salach
2. Dr. Prewo MdL	Rainer	Nagold
3. Stehmer MdL	Wolfgang	Hemmingen
4. Stober MdL	Johannes	Karlsruhe

Vorschlag der Fraktion GRÜNE:

Name	Vorname	Wohnort
Mitglieder:		
1. Kretschmann MdL Fraktionsvorsitzender	Winfried	Sigmaringen
2. Krebs	Silke	Freiburg
3. Lösch MdL	Brigitte	Stuttgart
4. Mielich MdL	Bärbl	Pfaffenweiler
5. Özdemir	Cem	Berlin
6. Palmer	Boris	Tübingen
7. Schwarz	Andreas	Kirchheim unter Teck
8. Sitzmann MdL	Edith	Freiburg
9. Dr. Splett MdL	Gisela	Karlsruhe
Ersatzmitglied:		
1. Kühn	Christian	Tübingen

Vorschlag der Fraktion der FDP/DVP:

Name	Vorname	Wohnort
Mitglieder:		
1. Dr. Bach	Thomas	Tauberbischofsheim
2. Berroth MdL	Heiderose	Renningen
3. Dr. Bullinger MdL	Friedrich	Rot am See
4. Ehret MdL	Dieter	Weisweil
5. Fauser MdL	Beate	Althengstett
6. Prof. Dr. Goll MdL Justizminister	Ulrich	Waiblingen
7. Pfister MdL Wirtschaftsminister	Ernst	Trossingen
8. Dr. Rülke MdL Fraktionsvorsitzender	Hans-Ulrich	Pforzheim

Ersatzmitglieder:

1. Maushart	Bärbl	Straubenhardt
2. Dr. Wetzel MdL	Hans-Peter	Überlingen

10. 06. 2010

Peter Hauk und Fraktion
Claus Schmiedel und Fraktion
Winfried Kretschmann und Fraktion
Dr. Hans-Ulrich Rülke und Fraktion